



## DIW-Konjunkturprognose Sommer 2025

**347 Editorial** von Marcel Fratzscher

**349 Bericht** von den DIW-Konjunkturforscher\*innen

### Zollchaos überschattet Weltwirtschaft – Finanzpaket stützt deutsche Konjunktur



**351**

Deutsche Wirtschaft: Finanzpaket lässt auf stärkere  
Binnenwirtschaft hoffen



**373**

Weltwirtschaft: Trumps Zollpolitik hinterlässt  
Spuren – insbesondere in den USA

**372 Interview** mit Geraldine Dany-Knedlik

**386 Anhang**

**392 Kommentar** von Marcel Fratzscher

Merz und sein gefährlicher Irrweg in  
der Migrationspolitik



# 100 JAHRE – 100 GESCHICHTEN

## DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

### 1925 BIS 2025



© DIW Berlin 2025

## 42 Jahre am DIW – Reiner Stäglin und die Input-Output-Rechnung



42 Jahre lang hat Reiner Stäglin für das DIW Berlin gearbeitet – vom Studium bis zur Rente. Er kam im April 1962 ans Institut und entwickelte maßgeblich die Input-Output-Rechnung für Deutschland mit. Später leitete er die entsprechende Unterabteilung. „Die Input-Output-Rechnung ist mein Leben, zumindest das berufliche“, erzählt Reiner Stäglin bei einem Treffen im April 2025. 100 Jahre DIW Berlin, 100 Jahre Wirtschaftsforschung für Deutschland und die Welt. Da darf Reiner Stäglin nicht fehlen.

Eigentlich hatte Stäglin nach seinem Uniabschluss der Volkswirtschaftslehre 1962 schon einen Arbeitsvertrag unterschrieben, als er von Rolf Krenkel, Leiter der Industrieabteilung, erfuhr, dass das DIW eine eigene Wissenschaftlergruppe zur Input-Output-Rechnung aufbauen wollte. Zu diesem Zeitpunkt stand diese Art der Berechnung noch ganz am Anfang. „Ich wusste, dass die Input-Output-Rechnung etwas bietet, was andere volkswirtschaftlichen Instrumente nicht können: Sie berücksichtigt die vor- und die nachgelagerten Wirtschaftszweige“, erklärt Stäglin ...

Die ganze Geschichte und viele weitere können Sie auf unserer Jubiläumswebsite lesen: [www.diw.de/100jahre](http://www.diw.de/100jahre)



## IMPRESSUM

### DIW BERLIN

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

[www.diw.de](http://www.diw.de)

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: [kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)

92. Jahrgang 13. Juni 2025

#### Herausgeber\*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

#### Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann; Kristina van Deuverden

#### Lektorat

Dr. Alexander Schiersch

#### Redaktion

Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer; Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

#### Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

#### Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

#### Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter [www.diw.de/wochenbericht](http://www.diw.de/wochenbericht) abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter [www.diw.de/wb-anmeldung](http://www.diw.de/wb-anmeldung)

ISSN 1860-8787

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig ([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)).

# Zwischen Optimismus und Unsicherheit – deutsche Wirtschaft am Wendepunkt

Von Marcel Fratzscher

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland könnte einen wichtigen Wendepunkt erreicht haben – erste Lichtblicke sind deutlich erkennbar. Insbesondere der Kurswechsel der Bundesregierung mit der Ankündigung eines großen Investitionspakets von 500 Milliarden Euro über zwölf Jahre sowie einer Reform der Schuldenbremse im Hinblick auf Verteidigungsausgaben könnte der entscheidende Impuls für den lang erwarteten wirtschaftlichen Aufschwung sein. Die Risiken bleiben zwar beträchtlich – geopolitische Spannungen, Eskalation im Handelskonflikt mit den USA und China, Sorgen um die Finanzstabilität in den USA. Unsere Sommer-Konjunkturprognose zeigt, dass der Ausblick der deutschen Wirtschaft für 2026 hoffnungsvoll und zuversichtlich ist.

Gegenwärtig ist die Lage der deutschen Wirtschaft weiter durchwachsen. Zwar haben sich viele Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes in den vergangenen Monaten stabilisiert und zeigen erste Hoffnungsschimmer, dass die Talsohle erreicht ist und sich Nachfrage und Investitionen in den kommenden Quartalen graduell erholen. Auf der anderen Seite haben sich die Aussichten in einigen Dienstleistungssektoren unerwartet deutlich eingetrübt. Es bleibt abzuwarten, ob dies primär eine Reaktion auf die industrielle Schwäche der vergangenen Jahre widerspiegelt oder andere Ursachen hat.

Auch der private Konsum war und ist weiterhin eine Achillesferse: Viele Menschen erhöhen trotz steigender Reallöhne und zunehmender Kaufkraft ihre Ausgaben kaum und sparen immer noch einen hohen Anteil.

Die größte Schwäche bleibt das fehlende Vertrauen und die schlechte Stimmung – sowohl bei vielen Unternehmen als auch bei Konsumentinnen und Konsumenten. Die Laune hat sich in den vergangenen Monaten aber etwas gebes-

sert. Die Hoffnung besteht, dass die neue Bundesregierung durch verlässliches und glaubwürdiges Handeln zu einer Verbesserung der Stimmung in Wirtschaft und Gesellschaft beiträgt. Die Verantwortung dafür liegt aber nicht allein bei der Politik, auch Unternehmen und Zivilgesellschaft müssen dazu beitragen.

Nach einem leichten Wachstum von 0,3 Prozent in diesem Jahr erwarten wir für 2026 eine starke Erholung mit einem Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent. Dieser Optimismus in unserer Prognose beruht auf vier zentralen Argumenten:

Erstens: Das Investitionspaket der Bundesregierung von 500 Milliarden Euro über zwölf Jahre könnte bereits 2026 einen wichtigen Impuls setzen. Unsere Prognose unterscheidet sich von anderen vor allem durch die Annahme der sogenannten Multiplikatoren. Zahlreiche wissenschaftliche Publikationen, auch von Kolleginnen und Kollegen des DIW Berlin, zeigen, dass der Multiplikator für öffentliche Investitionen im langfristigen Durchschnitt bei ungefähr zwei liegen könnte – jeder Euro an staatlichen Investitionen könnte also einen zusätzlichen Euro an Investitionen beziehungsweise Konsum auslösen. Diese Annahme beruht auf Erfahrungen aus der Vergangenheit, die immer wieder den beträchtlichen positiven wirtschaftlichen Effekt öffentlicher Investitionen unterstrichen haben. Für andere Verwendungszwecke der öffentlichen Mehrausgaben wie Konsum und Subventionen sind gerade in Zeiten der Unterauslastung Multiplikatoren von eins oder wenig mehr wahrscheinlich.

Ob das enorme Finanzpaket eine starke wirtschaftliche Erholung auslöst, hängt von zentralen Voraussetzungen ab: Zum einen muss das Geld tatsächlich für zusätzliche Investitionen und nicht für Konsumausgaben verwendet werden. Zum anderen müssen vereinfachte Verfahren und Bürokratieabbau öffentlichen Institutionen – insbesondere den

Kommunen – ermöglichen, schnell und effektiv die zusätzlichen Gelder für sinnvolle Investitionsprojekte einzusetzen. Auch muss der Privatsektor, insbesondere die Bauwirtschaft, zusätzliche Kapazitäten aufbauen, damit die öffentlichen Investitionen nicht primär zu Preissteigerungen, sondern zu zusätzlicher Aktivität und privaten Investitionen führen. Es liegt nun an Bund, Ländern und Kommunen, diese Chance zu nutzen.

Zweitens: Ab 2026 dürften sich die Finanzierungsbedingungen weiter verbessern – durch Zinssenkungen der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie durch verfügbare Kapazitäten in der Privatwirtschaft, da die deutsche Wirtschaft nach Jahren der Stagnation noch immer deutlich unter ihrem Potenzial produziert.

Drittens: Die deutlichen Lohnerhöhungen der vergangenen Monate lassen eine ordentliche Erholung der privaten Konsumnachfrage erwarten. Besonders wenn sich die Bundesregierung auf eine Anhebung des Mindestlohns auf 14 oder 15 Euro einigen sollte, dürfte die Konsumnachfrage und damit das Wachstum in den kommenden Jahren zunehmen. Denn ein höherer Mindestlohn wirkt stärker auf die Konsumnachfrage als Lohnerhöhungen bei Spitzenverdienern, da Menschen in unteren Einkommensgruppen nahezu jeden zusätzlichen Euro ausgeben. Gleichzeitig zeigen die Erfahrungen der vergangenen zehn Jahre, dass ein höherer Mindestlohn weder die Arbeitslosigkeit noch die Inflation signifikant erhöht.

Viertens: Die Stimmung bei Unternehmen und Konsumentinnen und Konsumenten verbessert sich zunehmend. Die von der Bundesregierung geplanten steuerlichen Erleichterungen bei Abschreibungen sowie die versprochenen Entlastungen bei Bürokratie und Regulierung könnten das Vertrauen stärken und zusätzliche Investitionen anstoßen.

Auch wenn mit einer deutlichen Expansion im kommenden Jahr zu rechnen ist, müssen wir uns der weiterhin erheblichen Risiken bewusst sein. Eine Eskalation im Handels-

konflikt mit den USA zeichnet sich zunehmend ab. Dies könnte die ohnehin geschwächten deutschen Exportunternehmen empfindlich treffen und kurzfristig 2025 zu einem erneuten Schrumpfen der deutschen Wirtschaft führen.

Ein zweites Risiko ist die Unsicherheit über die Finanzstabilität und mögliche Turbulenzen auf den Finanzmärkten – ausgelöst durch Steuer- und Handelspolitik von US-Präsident Donald Trump. Seine Steuererleichterungen könnten die Staatsverschuldung in den USA gefährlich erhöhen und Turbulenzen an den globalen Kapitalmärkten auslösen. Schlechtere Finanzierungsbedingungen könnten private Investitionen empfindlich schwächen, weshalb es so wichtig ist, dass die EZB diese Risiken im Blick behält und flexibel reagiert.

Ein drittes Risiko ist eine erneute politische Blockade in Deutschland und Europa. Die neue Bundesregierung hat viele richtige Signale gesendet, muss nun aber dringend die Haushalte für 2025 und 2026 verabschieden und dabei nicht nur eine klare Zukunftsvision präsentieren, sondern auch interne Konflikte – vor allem bei Steuern und Sozialausgaben – lösen. Der Koalitionsvertrag ist in vielen Punkten vage; die neue Regierung muss sich nun zusammenraufen und einen konsistenten, überzeugenden politischen Zukunftskurs definieren.

Die Unsicherheit über die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands und Europas bleibt hoch. Unsere Sommerprognose 2025 sieht jedoch einen möglichen Wendepunkt. Die entscheidenden Faktoren für die Zukunft Deutschlands liegen nicht im Ausland, sondern im eigenen Land – in der Frage, ob Politik, Wirtschaft und Gesellschaft eine neue Stimmung des Vertrauens und der Zuversicht schaffen können. Gelingt es der Bundesregierung, ihr Investitionspaket überzeugend umzusetzen, könnte Deutschland 2026 und 2027 eine beachtliche wirtschaftliche Erholung erfahren – auch wenn viele strukturelle und langfristige Herausforderungen weiterhin bestehen bleiben.

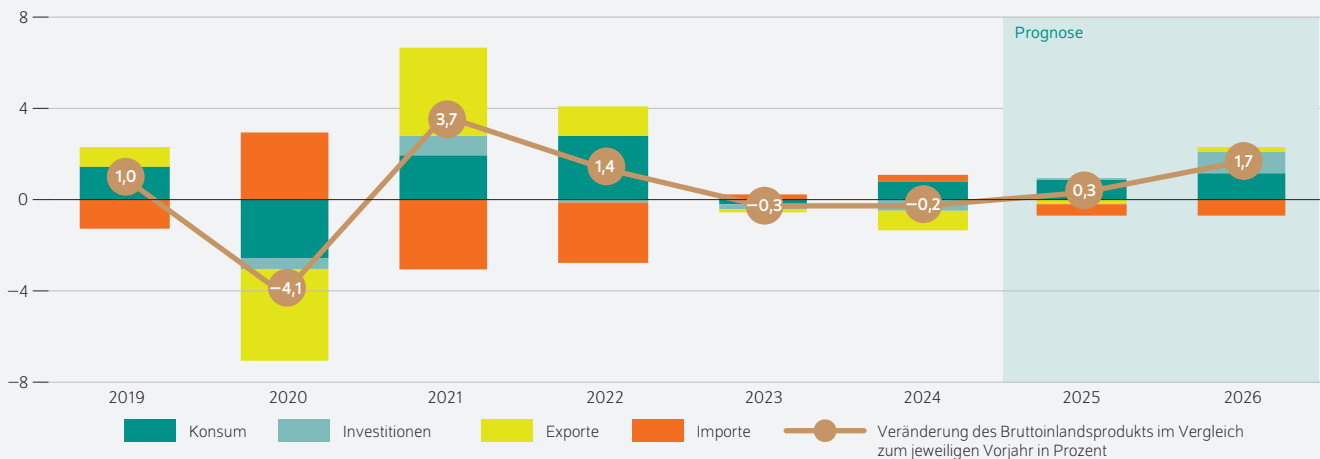
# Zollchaos überschattet Weltwirtschaft – Finanzpaket stützt deutsche Konjunktur

Von den DIW-Konjunkturforscher\*innen

- Deutsche Wirtschaft vor dem Aufschwung – Wachstum von 0,3 in diesem und 1,7 Prozent im kommenden Jahr erwartet – DIW Berlin hebt Prognose an
- Investitionspaket der Bundesregierung als Impulsgeber – Effekt in diesem Jahr aufgrund von Planungsverzögerungen noch gering, aber spürbare Mittelabflüsse im kommenden Jahr
- Vorgezogene US-Exporte aufgrund erwarteter Zölle und Konsum stützen Konjunktur im ersten Quartal 2025 – wohl Abkühlung in zweiter Jahreshälfte
- Lage am Arbeitsmarkt bleibt angespannt, die Arbeitslosigkeit steigt zunächst – Inflation verharrt 2025 bei 2,1 Prozent und steigt auf 2,2 Prozent im nächsten Jahr
- Geopolitische Spannungen und protektionistische Tendenzen belasten Weltwirtschaft: Wachstum von 3,3 Prozent in diesem und 3,4 Prozent im kommenden Jahr erwartet

## Deutsche Wirtschaft kehrt auf Wachstumspfad zurück

Wachstumsbeiträge der einzelnen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten



## ZITAT

„Die deutsche Wirtschaft ist schwungvoll ins neue Jahr gestartet. Das ändert aber nichts an den strukturellen Problemen wie der abnehmenden Wettbewerbsfähigkeit und dem Fachkräftemangel. Ein starker Lichtblick ist das Investitionspaket für die Infrastruktur, das im kommenden Jahr spürbar wirken dürfte.“

— Geraldine Dany-Knedlik —

## MEDIATHEK



Audio-Interview mit Geraldine Dany-Knedlik  
[www.diw.de/mediathek](http://www.diw.de/mediathek)

# Zollchaos überschattet Weltwirtschaft – Finanzpaket stützt deutsche Konjunktur

Von Geraldine Dany-Knedlik, Guido Baldi, Nina Maria Brehl, Hella Engerer, Angelina Hackmann, Konstantin A. Kholodilin, Frederik Kurcz, Laura Pagenhardt, Jan-Christopher Scherer, Teresa Schildmann, Hannah Magdalena Seidl, Ruben Staffa und Kristin Trautmann

## EXECUTIVE SUMMARY

Trotz des kraftvollen Jahresauftakts bleibt die Lage der deutschen Wirtschaft zunächst durchwachsen, bevor sich gegen Ende des Jahres wohl der lang erwartete Aufschwung einstellt. Das DIW Berlin prognostiziert für dieses Jahr ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 0,3 Prozent, für 2026 werden 1,7 Prozent erwartet. Damit hebt das Institut seine Prognose deutlich an.

Die expansive Finanzpolitik stemmt sich gegen die Auswirkungen der höheren Handelszölle. Aus dem milliardenschweren Finanzpaket werden voraussichtlich ab dem kommenden Jahr Mittel in beträchtlicher Höhe abfließen, die Konsum und Investitionen ankurbeln. In diesem Jahr werden die neuen Finanzspielräume kaum zu Buche schlagen, da der öffentliche Haushalt 2025 erst im Herbst verabschiedet werden dürfte und sich damit die Planungs-, Genehmigungs- und Vergabeverfahren verzögern. Auch für 2026 dürfte der Mittelabfluss den durchschnittlichen jährlichen Investitionsbetrag für Infrastruktur von rund 40 Milliarden Euro noch deutlich unterschreiten. Dennoch werden die positiven Effekte spürbar sein und den dämpfenden Auswirkungen der strukturell schwächelnden Industrie und dem durch hohe Zölle gebeutelten Außenhandel entgegenwirken. Allerdings bleiben auch Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung bestehen: anhaltende geopolitische Spannungen und eine mögliche Eskalation im Handelskonflikt zwischen den USA und der EU. Schwungvoll in das neue Jahr gestartet ist die deutsche Konjunktur maßgeblich,

weil Warenexporte in die USA angesichts drohender Zoll-erhöhung durch die US-Regierung vorgezogen wurden. Aber auch der private Konsum legte zu, während die saisonbereinigte Sparquote ungewöhnlich stark zurückging. Für das Verarbeitete Gewerbe gab es Hoffungsschimmer, bei den Dienstleistern trübte sich die Stimmung allerdings zuletzt etwas ein. Im laufenden Quartal dürften bei den Exporten nur noch leichte Vorzieheffekte greifen, auch wenn nicht mehr so stark wie in den ersten drei Monaten. Der private Konsum dürfte weiter zulegen, jedoch mit geringerer Dynamik. Auf dem Arbeitsmarkt bleibt die Lage angespannt, die Zahl der Arbeitslosen steigt, viele fürchten einen Jobverlust.

In der zweiten Jahreshälfte dürfte sich die Konjunktur leicht abkühlen und dann zum Jahresende mit den allmählich greifenden finanzpolitischen Maßnahmen erneut an Tempo gewinnen. Die Inflation bleibt mit 2,1 Prozent in diesem Jahr stabil, dürfte 2026 leicht auf 2,2 Prozent steigen. Von der alles in allem positiven Entwicklung in Deutschland dürften auch einige EU-Mitgliedsländer und damit der gesamte Euroraum profitieren. Insgesamt aber bleibt die Weltwirtschaft überschattet von der US-Zollpolitik. Dies wird aber wohl am meisten die USA selbst treffen, deren Wirtschaft nach 2,8 Prozent im vergangenen Jahr wohl nur noch um 1,4 in diesem Jahr und 1,6 Prozent im kommenden Jahr wachsen dürfte. Für die globale Wirtschaft wird mit einem Wachstum von 3,3 Prozent in diesem und 3,4 Prozent im kommenden Jahr gerechnet.

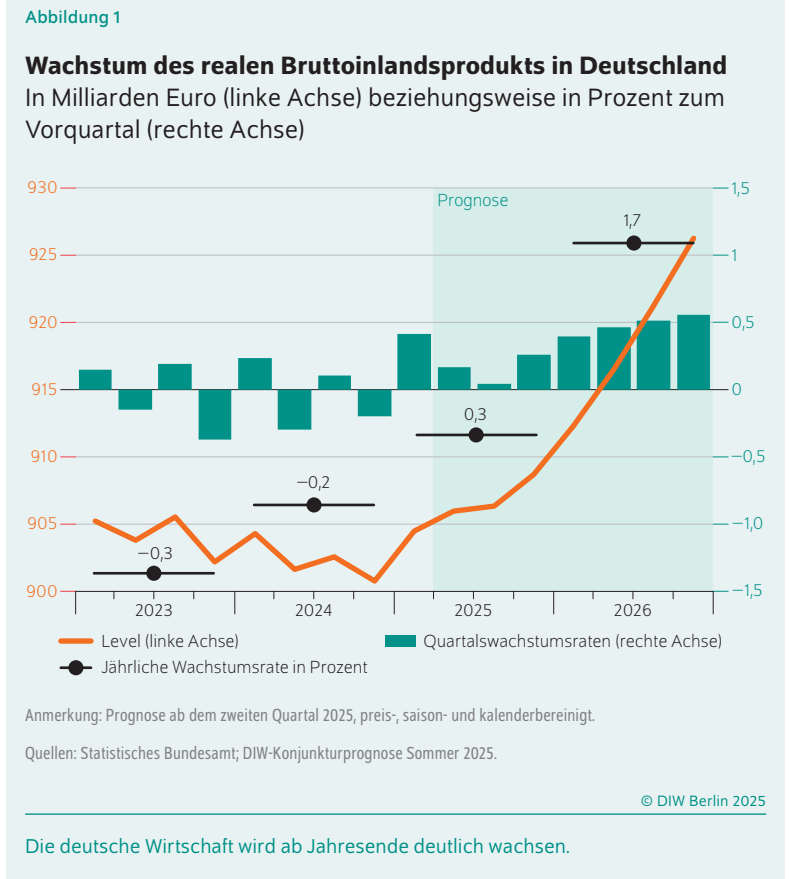
# Deutsche Wirtschaft: Finanzpaket lässt auf stärkere Binnenwirtschaft hoffen

Die deutsche Wirtschaft ist schwungvoll in das laufende Jahr gestartet: Mit 0,4 Prozent im Vergleich zum Vorquartal expandierte die Wirtschaftsleistung in den ersten drei Monaten kräftig (Abbildung 1). Hinter dem Plus stehen unter anderem starke Exporte in die USA, die allerdings wohl in Erwartung weiterer US-Zollerhöhungen vorgezogen wurden. Nach wie vor drücken die US-Handelspolitik und die damit verbundene Unsicherheit auf die deutsche Konjunktur. Zudem steckt die deutsche Wirtschaft mitten im strukturellen Wandel: Sie ringt mit sinkender Wettbewerbsfähigkeit, Fachkräftemangel und Dekarbonisierung. Ein Lichtblick auch für die langfristigen Wachstumsperspektiven sind die geplanten öffentlichen Investitionen der neuen Bundesregierung, die die deutsche Wirtschaft vor allem ab dem kommenden Jahr spürbar stützen dürften.

Die Ausfuhren insgesamt legten zum Jahresauftakt um 3,2 Prozent zu (Tabelle 1), nachdem sie zwei Quartale in Folge um jeweils mehr als zweieinhalb Prozent geschrumpft waren (Abbildung 2). Insbesondere die Warenexporte in die USA zogen deutlich an. Ausfuhren von Waren an andere wichtige Handelspartner legten nur leicht zu. Obwohl die Exporte eine hohe Importintensität aufweisen, also viele Vorleistungsgüter für den Produktionsprozess aus dem Ausland bezogen werden, entwickelten sich die Importe weniger dynamisch. Dies könnte darauf hindeuten, dass vorgezogene Lieferungen in die USA teilweise aus Lagerbeständen bedient wurden und somit zum ungewöhnlich stark negativen Lagerbeitrag im ersten Quartal beigetragen haben.

Außer steigenden Exporten stützte auch ein kräftiger Zuwachs des privaten Verbrauchs die Wirtschaftsleistung zu Jahresbeginn. Zwar gingen die real verfügbaren Einkommen insgesamt leicht zurück, doch jene privaten Haushalte, die aus ihrem laufenden Einkommen Ersparnisse bilden können, legten im ersten Quartal deutlich weniger beiseite: Die saisonbereinigte Sparquote sank ungewöhnlich sprunghaft von 11,3 Prozent auf 10,4 Prozent.

Neben kräftigen Zuwächsen des privaten Konsums legten die Investitionen in Ausrüstungen, Bauten und sonstige Anlagen im ersten Quartal mit 0,9 Prozent ebenfalls zu und stützten die deutsche Binnenwirtschaft. Der schwungvolle Jahresstart der Unternehmen spiegelte sich auch in der Bruttowertschöpfung wider. Das Verarbeitende Gewerbe verzeichnete nach Rückgängen in den vergangenen sechs Quartalen einen Zuwachs von einem Prozent. Auch die Dienstleistungen schlugen mit einem Plus in der Bruttowertschöpfung zu Buche. Insgesamt wurde die Bruttowertschöpfung um 0,6 Prozent ausgeweitet. Dass vor allem die Industrie in Deutschland trotzdem weiter in Schwierigkeiten steckt, lässt sich derweil am Arbeitsmarkt ablesen. Insgesamt stagnierte die Beschäftigung (Tabelle 2), im Verarbeitenden



Gewerbe ging sie erneut zurück. Zudem ist die Arbeitslosigkeit weiter gestiegen.

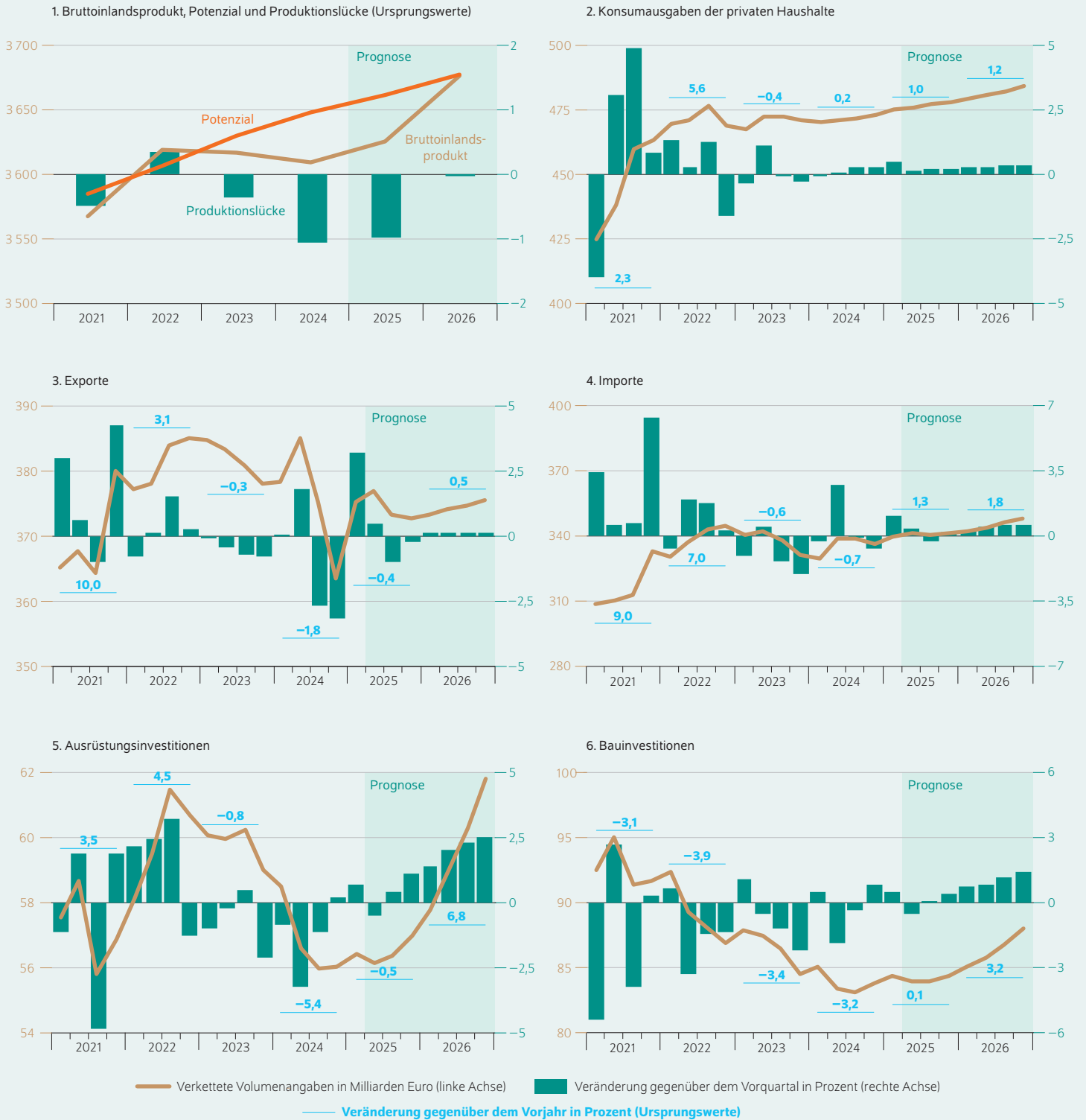
## Handelskonflikt prägt auch zweites Quartal

Die USA haben seit dem zum „Liberation Day“ erklärten 2. April die Zölle gegenüber mehr als hundert Ländern inklusive der EU deutlich angezogen. Seitdem wechseln die USA zwischen Drohungen, Ankündigungen und vorübergehenden Zollpausen. Das ließ die Aktienmärkte zeitweise abrutschen und trieb die Verunsicherung in die Höhe. So gilt ein Basiszollsatz von zehn Prozent. Zusätzlich werden auch höhere sektorale Zölle auf Fahrzeuge, Fahrzeugteile, Stahl und Aluminium erhoben (Kasten 1).<sup>1</sup> Wegen der unsicheren Entwicklung des Handelskonfliktes und der Gefahr einer Eskalation ist auch für dieses Quartal mit leichten Vorzieheffekten im Außenhandel zu rechnen.

<sup>1</sup> Derzeit gelten erhöhte Importzölle auf Aluminium und Stahl von 50 Prozent. Es wird davon ausgegangen, dass es zu einem Zugeständnis kommt, sodass diese annahmegemäß wie Fahrzeuge und Fahrzeugteile künftig nur mit 25 Prozent bezollt werden.

Abbildung 2

**Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten**  
Saison-, kalender- und preisbereinigter Verlauf



Anmerkung: Prognose ab dem zweiten Quartal 2025, preis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2025.

Tabelle 1

**Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungs- und Entstehungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland**

In Prozent (jeweils gegenüber dem Vorquartal, saison- und kalenderbereinigt)

	2024				2025				2026			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	-0,1	0,1	0,3	0,2	0,5	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3
Öffentliche Konsumausgaben	0,5	1,5	1,2	0,4	-0,3	0,2	0,9	0,7	0,3	0,5	0,6	0,6
Bruttoanlageinvestitionen	0,2	-1,8	-0,4	0,5	0,9	-0,2	0,3	0,8	1,1	1,4	1,6	1,8
Bauten	0,5	-1,8	-0,3	0,8	0,5	-0,4	0,1	0,4	0,7	0,8	1,2	1,4
Ausrüstungen	-0,9	-3,2	-1,1	0,2	0,7	-0,5	0,4	1,1	1,4	2,0	2,3	2,5
Sonstige Investitionen	1,0	0,5	0,7	0,2	2,0	0,7	0,8	1,2	1,5	1,7	1,7	1,9
Lagerveränderung <sup>1</sup>	0,0	0,0	0,9	0,5	-0,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,2	0,0	1,3	0,9	-0,5	0,1	0,4	0,5	0,5	0,6	0,7	0,7
Außenbeitrag	0,1	-0,3	-1,1	-1,1	0,9	0,1	-0,3	-0,2	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Export	0,1	1,8	-2,6	-3,1	3,2	0,5	-1,0	-0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Import	-0,3	2,8	-0,1	-0,7	1,1	0,4	-0,2	0,3	0,3	0,5	0,6	0,6
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>0,2</b>	<b>-0,3</b>	<b>0,1</b>	<b>-0,2</b>	<b>0,4</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,3</b>	<b>0,4</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	<b>0,6</b>
<b>Bruttowertschöpfung</b>	<b>-0,5</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,4</b>	<b>-0,3</b>	<b>0,6</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,3</b>	<b>0,4</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	<b>0,6</b>
Verarbeitendes Gewerbe	-0,7	-0,6	-1,3	-0,3	1,0	0,1	-0,2	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4
Baugewerbe	0,6	-2,8	-1,0	-0,1	0,9	-0,4	0,1	0,5	0,8	1,1	1,3	1,6
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	0,4	-0,7	-0,1	0,6	1,1	0,1	0,1	0,2	0,3	0,5	0,5	0,5
Unternehmensdienstleister	-0,2	0,2	-0,7	-0,3	0,0	0,0	0,0	0,2	0,3	0,4	0,5	0,6
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	0,7	0,3	1,5	0,0	-0,2	0,3	0,2	0,3	0,4	0,5	0,5	0,5

1 Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Anmerkung: Prognose ab dem zweiten Quartal 2025.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2025.

© DIW Berlin 2025

Auch wegen dieser handelspolitischen Unwägbarkeiten ist die Stimmung der Unternehmen im laufenden Quartal wohl noch verhalten. In der Industrie bleibt die Geschäftslage laut Einkaufsmanagerindex angespannt und verharrt knapp unterhalb der Expansionsschwelle. Gleichzeitig zeigen sich laut Umfragen des ifo Instituts erste Anzeichen einer Stabilisierung: Sowohl im Verarbeitenden Gewerbe als auch im Dienstleistungsbereich hat sich das Geschäftsklima verbessert – vor allem die Erwartungen der Unternehmen haben seit Jahresbeginn spürbar zugelegt. Dennoch ist das Bild gemischt. Besonders in den unternehmensnahen Dienstleistungen ist die Unsicherheit weiterhin hoch. Der Einkaufsmanagerindex für den Dienstleistungssektor ist seit Januar deutlich gefallen und lag im Mai klar unter der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Die anhaltende Schwäche der Industrie belastet die Auftragslage in Bereichen wie den Ingenieurs- und IT-Dienstleistungen: Laut ifo-Umfrage hat sich der Anteil der Unternehmen in diesen Branchen, die Nachfragemangel als Geschäftshindernis angeben, seit 2023 teilweise verdreifacht. Etwas besser sieht es im konsumnahen Dienstleistungssektor aus, auch wenn der erhoffte Aufschwung wohl noch auf sich warten lässt. Die Konsumstimmung hellt sich laut GfK zwar langsam auf, die Einzelhandelsumsätze sind im April im Vergleich zum ersten Quartal jedoch wieder gesunken (Abbildung 3).

Tabelle 2

**Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland**

	2024	2025	2026
Bruttoinlandsprodukt <sup>1</sup>	-0,2	0,3	1,7
Erwerbstätige <sup>2</sup> (1 000 Personen)	46 081	46 033	46 071
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 787	2 958	2 914
Arbeitslosenquote BA <sup>3</sup> (in Prozent)	6,0	6,3	6,2
Verbraucherpreise <sup>4</sup>	2,2	2,1	2,2
Lohnstückkosten <sup>5</sup>	5,6	3,1	1,7
Finanzierungssaldo des Staates <sup>6</sup>			
in Milliarden Euro	-115,6	-115,2	-149,3
in Prozent des nominalen BIP	-2,7	-2,6	-3,3
Leistungsbilanzsaldo			
in Milliarden Euro	246,7	233,5	209,3
in Prozent des nominalen BIP	5,7	5,3	4,6

1 Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

2 Inlandskonzept.

3 Arbeitslose in Prozent der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

4 Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

5 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigenstunde.

6 In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2025.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Bundesbank; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2025.

© DIW Berlin 2025

Kasten 1

**Annahmen zu Zöllen**

Die Handelshemmnisse haben seit Beginn des zweiten Quartals dieses Jahres weiter zugenommen. Am 2. April verkündete US-Präsident Trump auf dem von ihm betitelten „Liberation Day“ länderspezifische, aber güterübergreifende Basiszollsätze für mehr als hundert Handelspartner. Sie traten mit sofortiger Wirkung in Kraft. Die Zölle wurden als reziprok bezeichnet, entsprechen in ihren Berechnungen allerdings nicht dem Erhebungsverfahren von reziproken Zollanpassungen. Statt die US-Zölle an die Zölle anderer Länder auf US-Exporte anzugleichen, basieren die am 2. April angekündigten Maßnahmen auf einer Berechnung „impliziter Zölle“. Dabei wird das Handelsbilanzdefizit der USA mit einem Land durch dessen Exporte in die USA geteilt. Die von den USA als reziprok bezeichneten Zölle sind länderspezifische Basiszollsätze, die in der Regel halb so hoch ausfallen wie die berechneten impliziten Zölle. In jedem Fall erheben die USA einen Basiszollsatz von zehn Prozent für jedes aufgeführte Land. Insgesamt erscheint das Verfahren nicht wissenschaftlich fundiert und willkürlich. Beispielsweise wurden für Waren aus China und der EU Basiszölle von 125 Prozent und 20 Prozent verhängt.

Die Zollpolitik vom 2. April führte zunächst zu Turbulenzen an den Aktienmärkten. So brachen Dow Jones und Dax am Folgetag um vier beziehungsweise drei Prozent ein. Zwischen dem 1. und 8. April gaben sie um elf beziehungsweise neun Prozent nach. Am Staatsanleihenmarkt kam es zu kräftigen Risikoaufschlägen, so stiegen Zinsen auf 10-jährige Anleihen um fast einen halben Prozentpunkt. Diese Verwerfungen sorgten wohl dafür, dass die US-Regierung am 9. April viele der sehr hohen Zollsätze vorübergehend zurücknahm. So wurde der Basiszollsatz für Einfuhren aus der EU für 90 Tage von 20 auf zehn Prozent reduziert. Bis Ende Mai erholten sich die Aktienmärkte und knüpften an ihren vorherigen Aufwärtspfad an. Auch wenn die US-Zölle vom 2. April die Verhandlungen von Handelsabkommen zwischen den USA und Drittländern beschleunigten, dürften die daraus resultierenden Handelsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten deutlich höhere durchschnittliche Zölle mit sich bringen als vor Amtsantritt des Präsidenten.

Für diese Prognose wird unterstellt, dass Handelseinigungen bestehen bleiben – wie etwa die Zollsätze zwischen den USA und China, Mexiko oder dem Vereinigten Königreich (Tabelle). Zudem wird unterstellt, dass es zu einer Einigung zwischen der EU und den USA kommt, die einen Basiszollsatz von zehn Prozent enthält. Zudem wird davon ausgegangen, dass es zu einem Zugeständnis bei den Zöllen von Aluminium und Stahl kommt, sodass diese sowie Fahrzeuge und Fahrzeugteile annahmegemäß künftig nur mit 25 Prozent bezollt werden. Im Gegenzug dürfte die EU Gegenmaßnahmen ergreifen, die sich auf die von der EU-Kommission veröffentlichten Güterliste für künftige Gegenzölle stützen und industrielle sowie landwirtschaftliche Wareneinfuhren im Wert von 95 Milliarden Euro der USA betreffen.<sup>1</sup> Eine Bezollung dieser Güterliste von 35 Prozent entspräche zwar etwa einer proportionalen Vergeltung, die EU dürfte wie in der Vergangenheit zum Schutz in der EU ansässiger Unternehmen allerdings etwas zurückhaltender reagieren. So wird angenommen, dass die EU bereits beschlossene, aber noch nicht umgesetzte Zölle von 25 Prozent auf Waren im Wert von rund 21 Milliarden Euro einführt und für die übrigen Produkte der Güterliste den US-Zollsatz von zehn Prozent übernimmt. Diese Maßnahmen fallen zwar milder aus, tragen aber auch dem Umstand Rechnung, dass die EU schon vor der Eskalation unter der Trump-Administration höhere durchschnittliche Zölle auf US-Importe erhob als umgekehrt.

Tabelle

**Handelspolitische Annahmen**

Zollerhebendes Land	Handelspartner	Produktkategorie	Zollsatz/Bemerkung
USA	Welt	Allgemein	Basiszollsatz von 10 Prozent
USA	China	Allgemein	40 Prozent
USA	Mexiko	Allgemein	25 Prozent, ausgenommen USMCA-konformer Handel
USA	Kanada	Allgemein	25 Prozent, 10 Prozent Energie und Kali, ausgenommen USMCA-konformer Handel
USA	Welt	Stahl und Aluminium	25 Prozent
USA	Welt	Fahrzeuge und Fahrzeugteile	25 Prozent
<b>Vergeltungszölle</b>			
China	USA	Allgemein	10 Prozent
Kanada	USA	Ausgewählte Produkte	25 Prozent auf Importe im Wert von 29,8 Milliarden kanadische Dollar
Autoexportländer	USA	Ausgewählte Produkte	Größenordnung gemäß Wirkung der US-Autozölle
EU	USA	Ausgewählte Produkte	Ab Juli, gezielt und moderater als US-Zölle

Quellen: DIW-Konjunkturprognose Sommer 2025.

<sup>1</sup> Vgl. Pressemitteilung der Europäischen Kommission (2025): Reaktion auf US-Zölle: Kommission startet Konsultation und bereitet WTO-Verfahren vor (online verfügbar).

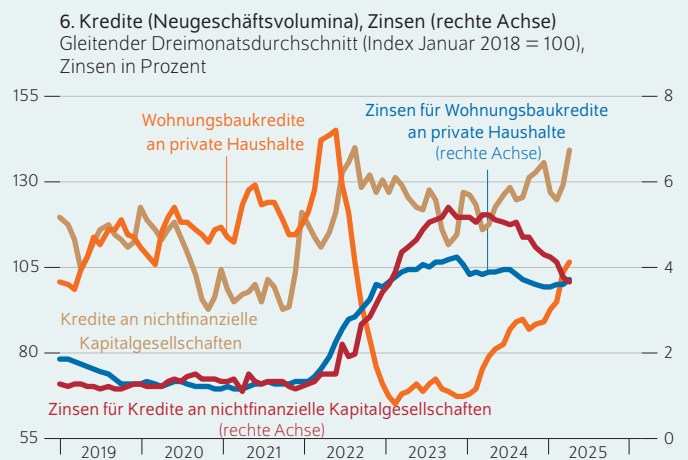
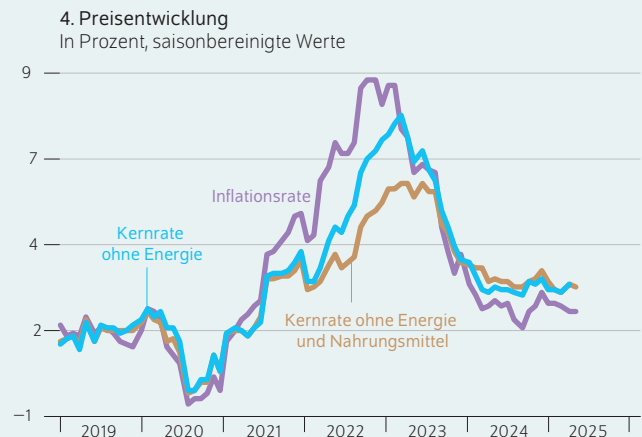
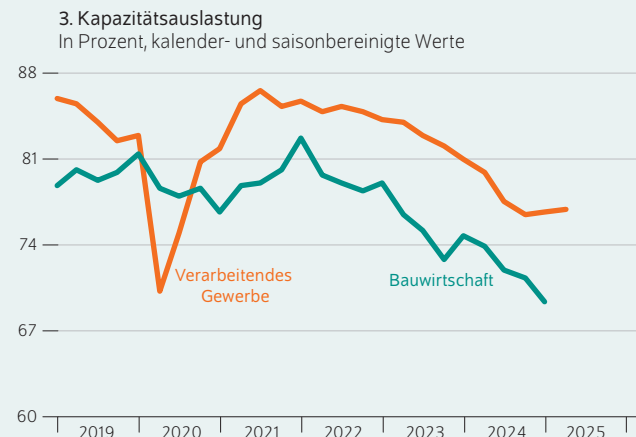
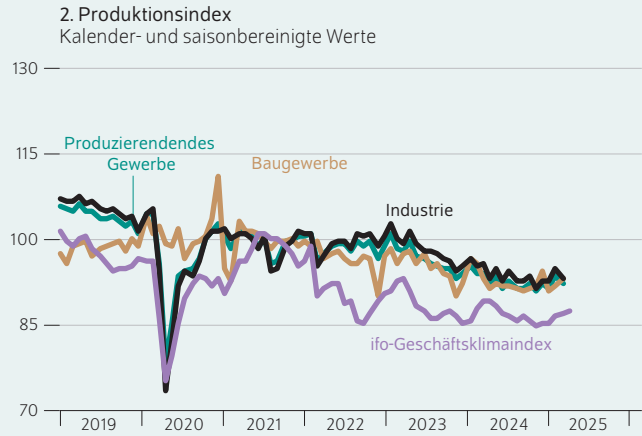
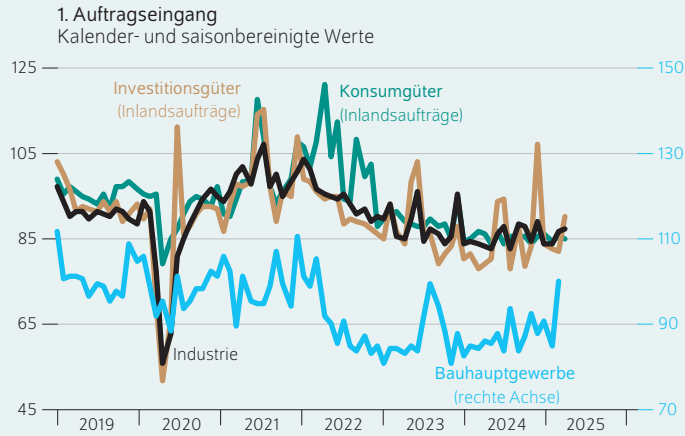
Insgesamt dürfte die deutsche Wirtschaft im laufenden Quartal im Vergleich zum Vorquartal leicht um 0,1 Prozent expandieren. Das Produzierende Gewerbe dürfte zunächst kaum mehr als stagnieren: Zwar kann das Verarbeitende Gewerbe wohl leicht zulegen, eine sinkende Produktion im Baugewerbe verhindert jedoch eine stärkere Ausweitung. Gestützt wird die Produktion wohl von den öffentlichen

Dienstleistungsbereichen. Konsum- und unternehmensnahe Dienstleistungen dürften angesichts der angespannten Lage dagegen wenig zur Dynamik beitragen.

Der private Konsum dürfte zulegen, allerdings nicht mit der Dynamik des ersten Quartals. Gestützt wird er von weiterhin steigenden Löhnen und zuletzt geringer als erwartet

Abbildung 3

**Konjunkturindikatoren für Deutschland**  
Indizes (sofern nicht anders angegeben)



Quellen: Statistisches Bundesamt (1), (2), (4), (5); Bundesinstitut für Bauwesen und Raumordnung (3); ifo-Institut (2), (3); GfK (5); Deutsche Bundesbank (3), (6).

Tabelle 3

**Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland**

In Prozentpunkten (preisbereinigt)

	Veränderungsbeiträge <sup>1</sup>		
	2024	2025	2026
Konsumausgaben	0,8	0,9	1,1
Private Haushalte	0,1	0,5	0,6
Staat	0,7	0,4	0,5
Bruttoanlageinvestitionen	-0,6	0,1	1,0
Bauten	-0,4	0,0	0,4
Ausrüstungen	-0,4	0,0	0,4
Sonstige Anlagen	0,1	0,2	0,2
Vorratsveränderungen	0,1	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,3	1,0	2,1
Außenbeitrag	-0,5	-0,7	-0,5
Exporte	-0,8	-0,2	0,2
Importe	-0,3	0,5	0,7
<b>Bruttoinlandsprodukt<sup>2</sup></b>	<b>-0,2</b>	<b>0,3</b>	<b>1,7</b>

1 Verwendungssaggregate abzüglich ihres Importgehalts.

2 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2025.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2025.

© DIW Berlin 2025

ausfallenden Energiepreisen (Kasten 2). Anhaltende Sorgen um den Arbeitsplatz angesichts weiter steigender Arbeitslosenzahlen dürften die Kauflaune dagegen trüben. Der Staatskonsum wird nach einem rückläufigen ersten Quartal aufgrund der andauernden vorläufigen Haushaltsführung wohl zunächst nur geringfügig expandieren. Die Investitionstätigkeit dürfte nach dem starken Jahresauftakt vorübergehend den Rückwärtsgang einlegen: Noch erschweren die unklare Zoll- und die bislang unkonkrete Ausgestaltung der Finanzpolitik offenbar die Planbarkeit von Investitionsprojekten. Vom Außenhandel dürften leicht positive Impulse ausgehen: Vorgezogene Lieferungen in die USA werden wohl den Exporten noch etwas Anschub verleihen, während die Importe angesichts der schwachen binnenwirtschaftlichen Entwicklung nur moderat anziehen dürften.

**Finanzpolitik stemmt sich allmählich gegen Zollbelastungen**

Im weiteren Prognoseverlauf werden die Zollbelastungen den Außenhandel und damit die wirtschaftliche Aktivität wohl bremsen (Tabelle 3). Nach einer kurzen Anlaufphase dürfte das umfangreiche Finanzpaket vor allem die Binnenwirtschaft anschieben. Insgesamt kühlt deshalb die Konjunktur wohl zunächst etwas ab, bis sie dann ab dem Jahreswechsel an Fahrt gewinnt.

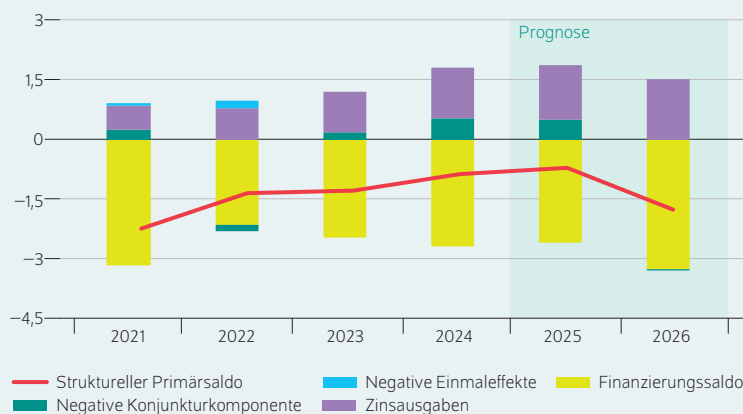
Insbesondere durch den Wegfall der vorgezogenen Nachfrage aus den USA wird sich in der zweiten Jahreshälfte wohl eine Gegenbewegung im Außenhandel einstellen. Außerdem dürften die weiterhin geschwächte Wettbewerbsposition Deutschlands als Wirtschaftsstandort und die kontinuierlich abnehmenden Exporte nach China die Ausfuhren belasten. Entsprechend ist zu erwarten, dass die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe zunächst weiter zurückgefahren wird, wenn Unternehmen sich an diese strukturellen Veränderungen anpassen.

Die Arbeitslosigkeit insgesamt wird im Laufe dieses Jahres wohl noch etwas steigen und die Arbeitsplatzsorgen der privaten Haushalte bestärken. Gleichzeitig dürften die real verfügbaren Einkommen weiter zulegen, vor allem wie auch im vergangenen Jahr getrieben durch Zuwächse bei den mittleren bis oberen Arbeitseinkommensgruppen (Kasten 3). Die privaten Haushalte in diesen Einkommensgruppen dürften sich aufgrund der Arbeitsplatzunsicherheit wohl dazu entscheiden, einen bedeutenden Anteil ihres Einkommens auf die hohe Kante zu legen. So ist davon auszugehen, dass die Sparquote noch länger über ihrem langfristigen Niveau liegen wird. Anhaltend stabile Preise begünstigen hingegen die Kauflaune. Zwar steigen die Preise bei Dienstleistungen im Schnitt wohl weiterhin etwas stärker als zwei Prozent, zum Teil ausgeglichen wird dies aber von rückläufigen Energiepreisen. Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung und der damit einhergehend höheren Arbeitskräftenachfrage im Jahr 2026 wird die Arbeitszeit wohl wieder steigen und die Arbeitslosigkeit sinken. Weniger Angst vor Jobverlusten und die verbesserte Verhandlungsposition der Arbeitnehmer\*innen dürften die Lohndynamik beschleunigen

Abbildung 4

**Struktureller Primärsaldo**

In Prozent (in Relation zum nominalen Produktionspotenzial)



Anmerkung: Der strukturelle Primärsaldo ergibt sich als Summe der Balken. Prognose ab dem Jahr 2025.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2025.

© DIW Berlin 2025

Der strukturelle Primärsaldo bleibt im negativen Bereich und geht weiter zurück.

Kasten 2

**Annahmen und Rahmenbedingungen**

Der Prognose liegen Annahmen zum Verlauf der Leitzinsen, Wechselkurse und Rohstoffpreise zugrunde (Tabelle). Diese Annahmen basieren auf bisherigen Entwicklungen, den Preisen an Terminmärkten sowie den Schlussständen zum Stichtag der Prognose am 12. Mai 2025.

Der Rückgang der Inflation im Euroraum setzt sich, wie auch von der EZB erwartet, weiter fort. Vor diesem Hintergrund senkte die Zentralbank die Leitzinsen im April und Juni erneut um jeweils 25 Basispunkte. Mit einem Einlagesatz von 2,0 Prozent dürfte die Geldpolitik nun neutral ausgerichtet sein.<sup>1</sup> In dieser Prognose wird angenommen, dass die Zentralbank die Zinsen nun auf dem erreichten Niveau bis zum Ende des Prognosehorizonts halten wird. Damit sind die geldpolitischen Annahmen unverändert zur DIW-Konjunkturprognose im Frühjahr.

Im Einklang mit den Leitzinsen sind auch die Geldmarktzinsen stetig gesunken und dürften, geknüpft an die Leitzinsen, nun auf einem Niveau von knapp unter zwei Prozent verharren. Die Normalisierung zeichnete sich auch in sinkenden Refinanzierungskosten für Unternehmen und Kreditkosten für Haushalte ab. Für die Prognose wird angenommen, dass diese Kreditzinsen auch nach dem Ende der geldpolitischen Lockerung noch weiter fallen werden. Die Renditen auf zehnjährige Staatsanleihen stiegen zwar Anfang März im Zuge der Ankündigung von Investitionspaketen für Infrastruktur in Deutschland und gestiegenen Finanzierungsmöglichkeiten von Militärausgaben in Deutschland sowie auf EU-Ebene sprunghaft, haben sich aber zu Beginn des zweiten Quartals wieder normalisiert. Ähnlich wie in der DIW-Prognose im Frühjahr 2025 wird angenommen, dass die Kapitalmarktzinsen über den Prognosehorizont weitestgehend unverändert bei 2,5 Prozent für Deutschland und 3,1 Prozent für den Euroraum liegen werden.

Der Euro hat gegenüber dem Dollar zuletzt aufgewertet. Es wird angenommen, dass der Wechselkurs des Euro auf dem zum Datenschluss erreichten Niveau von 1,11 US-Dollar pro Euro

<sup>1</sup> Vgl. European Central Bank (2024): Economic Bulletin Issue 1 (online verfügbar, abgerufen am 2. Juni 2025).

verbleibt, leicht höher als noch im Frühjahr unterstellt. Der Preis für Brent-Rohöl ist zuletzt aufgrund von Angebotsausweitungen durch Uneinigkeiten der OPEC+ stark gesunken. Basierend auf Future-Preisen wird angenommen, dass der Preis von Rohöl nur noch leicht sinken und für das laufende Jahr im Durchschnitt bei rund 65 US-Dollar und im kommenden Jahr bei rund 62 US-Dollar pro Barrel liegen wird. Damit ist ein um jeweils etwa 13 beziehungsweise zwölf Prozent niedriger Rohölpreis im Vergleich zum Frühjahr unterstellt. Auch die Großhandelspreise für Gas (TTF) sind zuletzt leicht gesunken. Die noch im Frühjahr leicht erhöhten Preiserwartungen haben sich im Laufe der letzten Monate deutlich entspannt. In diesem Jahr dürften sie im Schnitt 38 Euro je Megawattstunde betragen, bevor sie im Jahr 2026 auf rund 33 Euro je Megawattstunden sinken dürften. Damit werden für die beiden Prognosejahre die Gaspreisannahmen um 26 und 20 Prozent gesenkt im Vergleich zum Frühjahr. Dieser Prognose liegen zudem handelspolitische Annahmen zugrunde (Kasten 1).

Tabelle

**Annahmen dieser Prognose**

		2023	2024	2025	2026
EZB-Einlagefazilität <sup>1</sup> (Jahresende)	Prozent	4,0	3,0	2,0	2,0
EZB-Leitzins (Jahresende)	Prozent	4,5	3,15	2,15	2,15
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	3,4	3,6	2,0	1,8
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit zehnjähriger Restlaufzeit	3,3	3,0	3,1	3,1
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit zehnjähriger Restlaufzeit	2,6	2,4	2,6	2,5
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,08	1,08	1,10	1,11
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	82,0	79,7	65,0	62,4
Gaspreis	Euro/Megawattstunde	42,1	34,5	37,6	32,5

<sup>1</sup> Die EZB steuert die Wirtschaft aktuell über den Einlagefazilität, nicht den Hauptrefinanzierungssatz (Leitzins).

Anmerkung: Jahresdurchschnittswerte; EZB-Einlagefazilität-Werte zum Jahresende.

Quellen: Europäische Zentralbank; European Money Markets Institute (EMMI); Eurex Exchange; Deutsche Bundesbank; Federal Reserve; Energy Information Administration (EIA); Intercontinental Exchange (ICE); CME Group; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2025.

und den privaten Konsum stärken. Größerer Druck auf die Verbraucherpreise durch steigende Löhne ist aber nicht zu erwarten.

In dieser Prognose ist unterstellt, dass nach den jüngsten Zinssenkungen der Europäischen Zentralbank (EZB) keine weiteren Zinsschritte folgen (Kasten 2). Die Renditen der zehnjährigen Bundesanleihen liegen nach einem starken Anstieg im März im Zusammenhang mit dem angekündigten Finanzpaket in Deutschland und den erweiterten Finanzierungsmöglichkeiten für Sicherheitsausgaben in Europa wieder auf dem Niveau von vor der Ankündigung. Damit haben sich die Finanzierungsbedingungen für Investitionen

im Vorjahresvergleich weiter deutlich verbessert. Dies dürfte eine merkliche Ausweitung der Investitionstätigkeit ab der zweiten Jahreshälfte und insbesondere im kommenden Jahr stützen.

Von der Finanzpolitik dürften vor allem ab dem kommenden Jahr spürbare Impulse für Investitionen und Konsum ausgehen. Die Bundesregierung hat im März eine Grundgesetzänderung zur Lockerung der Schuldenbremse für verteidigungsnahe Ausgaben sowie ein Sondervermögen für Infrastruktur in Höhe von 500 Milliarden Euro über zwölf Jahre auf den Weg gebracht. Allerdings wird der Bundeshaushalt 2025 voraussichtlich erst nach der Sommerpause

Kasten 3

**Nowcast der Arbeitseinkommensungleichheit**

Das DIW Berlin hat ein Modell entwickelt, das die Arbeitseinkommensungleichheit bis an den aktuellen Rand prognostizieren kann (sogenannter Nowcast). Es kombiniert jährlich vorliegende mikroökonomische Daten aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) mit einer Vielzahl höherfrequenter gesamtwirtschaftlicher und Arbeitsmarkt-Indikatoren sowie die aktuellen Ergebnisse der DIW-Konjunkturprognosen in einem makroökonomischen Modell, um so die durchschnittlichen Arbeitseinkommen

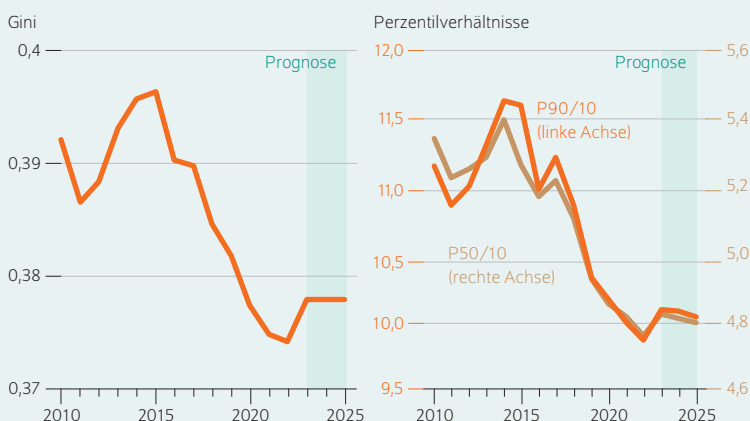
verschiedener Einkommensgruppen fortzuschreiben. Auf Basis der Modellergebnisse kann unter bestimmten Verteilungsannahmen eine Arbeitseinkommensverteilung für die Gesamtbevölkerung erstellt werden.

Die SOEP-Daten liegen aktuell bis zum Jahr 2022 (Welle v39) vor. Somit wird das Modell genutzt, um die Entwicklung der Ungleichheit für die Jahre 2023, 2024 und 2025 zu schätzen. Dabei beruht die Schätzung für 2023 und 2024 ausschließlich auf makroökonomischen Daten aus der öffentlichen Statistik, während der Nowcast für das aktuelle Jahr auch die Konjunkturprognose des DIW Berlin beinhaltet.

Die Modellergebnisse zeigen, dass sich die Arbeitseinkommen seit 2023 wieder etwas ungleicher über die erwerbstätige Bevölkerung verteilen, nachdem die Ungleichheit vor allem in der Corona-Pandemie, aber auch während der Energiekrise kontinuierlich abgenommen hat (Abbildung). Der Gini-Koeffizient steigt von 0,374 im Jahr 2022 auf 0,378 im Jahr 2023 und verharrt seitdem in etwa auf diesem Niveau. Dass die Ungleichheit vor allem 2023 zugenommen hat, dürfte in erster Linie daran liegen, dass die mittleren bis topverdienenden Haushalte von den Lohnverhandlungen und entsprechend kräftigen Reallohnzuwächsen nach der Energiekrise profitiert haben. Dies legt auch nahe, dass die finanzpolitische Ausrichtung in Deutschland einen Anstieg der Arbeitseinkommensungleichheit zumindest nicht verhindern konnte. Erkennen lässt sich das auch daran, dass die Einkommensverhältnisse zwischen Spitzen- und Niedrigverdienenden (P90/10) sowie zwischen der Mitte und dem unteren Ende der Verteilung (P50/10) im Jahr 2023 ebenfalls steigen. Dank etwas stärkerer Zuwächse am unteren Ende der Verteilung gehen sie am aktuellen Rand zumindest leicht zurück.

Abbildung

**Nowcast der Arbeitseinkommensungleichheit: Gini-Koeffizient und ausgewählte Perzentilverhältnisse**  
 Indexpunkte (linke Grafik), Prozent (rechte Grafik)



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP); Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2025.

© DIW Berlin 2025

Die Arbeitsabkommen sind seit 2023 wieder etwas ungleicher verteilt.

verabschiedet. Zudem müssen viele Projekte zunächst geplant, ausgeschrieben und vergeben werden, sodass für das laufende Jahr lediglich ein Abfluss von rund drei Milliarden Euro aus dem Sondervermögen über den Klima- und Transformationsfonds (KTF) unterstellt wird. Im Jahr 2026 ist dagegen ein deutlich stärkerer finanzpolitischer Impuls von nominal rund 25,7 Milliarden Euro zu erwarten. Davon entfallen etwa 14,5 Milliarden Euro auf das Sondervermögen Infrastruktur und rund elf Milliarden Euro auf Verteidigungsausgaben. Für das Sondervermögen Infrastruktur liegen die Abflüsse damit deutlich unter den 41,7 Milliarden Euro, die sich ergeben, wenn die Gesamtsumme gleichmäßig auf zwölf Jahre verteilt würde. Zwar gibt es auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene bereits Projektpläne, die aufgrund fehlender Finanzierung bislang auf Eis lagen. Einige davon könnten zügig angestoßen werden. Dennoch ist angesichts hoher bürokratischer Anforderungen und personeller Engpässe bei der Planung auch im kommenden Jahr nur mit einem begrenzten Mittelabfluss zu rechnen. Auch die implementierten kurzfristigen Anreize für

Unternehmensinvestitionen wie die angekündigte Sonderabschreibung dürften den Mittelabfluss nur begrenzt beschleunigen. Insgesamt wird die Finanzpolitik nach einer leicht restriktiven Ausrichtung in diesem Jahr im kommenden Jahr deutlich expansiver wirken (Kasten 4). Die Fehlbeträge im gesamtstaatlichen Haushalt verbessern sich mit minus 2,6 Prozent in Relation zur Wirtschaftsleistung 2025 im Vorjahresvergleich (minus 2,7 Prozent) minimal. Im kommenden Jahr weiten sie sich mit minus 3,3 Prozent deutlich aus. Bereinigt um die Konjunkturkomponente und Zinszahlungen ergibt sich somit ein strukturelles Primärdefizit in Relation zum Potenzial-BIP von minus 0,7 Prozent im laufenden und minus 1,8 Prozent im kommenden Jahr, nach minus 0,9 Prozent im Jahr 2024 (Abbildung 4).

Wissenschaftliche Studien zu den Effekten dieser zusätzlichen finanzpolitischen Impulse auf die privaten Investitionen und den privaten Verbrauch (sogenannte Fiskalmultiplikatoren) zeigen ein recht breites Spektrum. Dabei hängt die Wirkung eines zusätzlich vom Staat ausgegebenen Euro auf

das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von der Art der Ausgaben, den strukturellen Merkmalen der Volkswirtschaft (beispielsweise Beschäftigungsstruktur und Offenheitsgrad), dem Stand des Konjunkturzyklus und der Dauer des Impulses ab.<sup>2</sup> Die Ergebnisse dieser Prognose unterstellen, dass die finanzpolitischen Impulse aus den zusätzlichen 25 Milliarden Euro im kommenden Jahr den Zuwachs des BIP um insgesamt 0,8 Prozentpunkte steigern. So schieben die Finanzmittel im kommenden Jahr die Investitionstätigkeit und den Konsum spürbar an und ziehen nur moderate Preissteigerungen mit sich. Wie auch die Literatur zeigt, dürfte die Aussicht auf langfristig angelegte öffentliche Mehrausgaben in Erwartung zukünftiger Aufträge private Investitionen und den Beschäftigungsaufbau anregen. Die private Investitionstätigkeit profitiert zudem bereits kurzfristig etwas von erhöhten Abschreibungsmöglichkeiten im Rahmen des Investitionssofortprogramms. Ein erheblicher Teil der staatlichen Mittel wird wohl in sicherheitsrelevante Projekte und Infrastruktur fließen und damit vor allem in den Bausektor. Mit einer Kapazitätsauslastung von aktuell knapp unter 70 Prozent bestehen dort kurzfristig Reserven, um die Bautätigkeit zu steigern. Auch der Dienstleistungssektor – etwa Planungs- und Beratungsleistungen – dürfte durch staatlichen Konsum in Form von Vorleistungen für öffentliche Vorhaben frühzeitig stimuliert werden. Anders sieht es bei den Verteidigungsausgaben aus: Hier begrenzen kurzfristig bestehende Produktionsengpässe wohl den wachstumsfördernden Effekt. Die inländischen Kapazitäten zur Bereitstellung moderner Rüstungsgüter und -dienstleistungen müssen zunächst deutlich ausgebaut werden, weshalb kurzfristig verstärkt Importe zu erwarten sind.

Klammert man größere Impulse der öffentlichen Hand durch Infrastruktur- und Rüstungsaufträge aus, dürften die strukturellen Veränderungen durch gesteigerten internationalen Wettbewerb, hohe inländische Produktionskosten und demografischen Wandel die deutsche Wirtschaft im Prognoseverlauf weiter belasten. Vor allem die Exporte dürften auf der Stelle treten. Zwar ist damit zu rechnen, dass diese sich stabilisieren und von der allmählichen Belebung der Unternehmensinvestitionen insbesondere im europäischen Ausland profitieren. Im globalen Umfeld eines wuchernenden Protektionismus sowie der weiter abnehmenden Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen – insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe gegenüber chinesischen Produzenten – ist jedoch nicht zu erwarten, dass die heimische Exportwirtschaft zu alter Stärke zurückfinden wird.

Alles in allem dürfte das preisbereinigte BIP in Deutschland in diesem Jahr infolge des schwungvollen Jahresauftakts um 0,3 Prozent zulegen. Im kommenden Jahr wird es voraussichtlich deutlich um 1,7 Prozent expandieren. Dies geht vor allem auf die Wirkung der finanzpolitischen Impulse, aber auch teilweise auf eine höhere Zahl an Arbeitstagen als in

diesem Jahr und einen statistischen Überhang zurück.<sup>3</sup> Das DIW Berlin revidiert seine Wachstumsprognose somit nach oben, um 0,3 beziehungsweise 0,6 Prozentpunkte.

Das potenzielle BIP entwickelt sich bis 2029 mit einer durchschnittlichen Rate von 0,4 Prozent (Kasten 5). Das Arbeitsvolumen dürfte aufgrund der demografischen Alterung weiter sinken. Angesichts der nur leichten Belebung der Wirtschaftsleistung im Jahr 2025 dürfte sich die Produktionslücke nur etwas schließen und im Jahresdurchschnitt minus ein Prozent des potenziellen BIP betragen. Mit der Erholung im Prognosezeitraum schließt sich die Produktionslücke weitgehend bis zum Ende des Jahres 2026 und wird in der mittleren Frist deutlich positiv.

Die Verbraucherpreisinflation wird im Prognoseverlauf wohl leicht steigen. Nach 2,2 Prozent im vergangenen Jahr drücken sinkende Energiepreise zunächst die Inflation, während im kommenden Jahr moderate Preissteigerungen durch die expansive Finanzpolitik zu erwarten sind. Insgesamt hält das DIW Berlin für das laufende Jahr mit einer Jahresdurchschnittsrate von 2,1 Prozent an seiner Inflationsprognose fest. Im kommenden Jahr dürfte die Inflation dann mit 2,2 Prozent leicht höher ausfallen als noch im Frühjahr angenommen.

Die Ergebnisse dieser Prognose unterliegen erheblichen Risiken. Die unsichere US-Handelspolitik bleibt eine Belastung und stellt für die deutsche Wirtschaft wie auch für die Weltwirtschaft ein Abwärtsrisiko dar. Sollten die Zölle für europäische und deutsche Güter höher ausfallen als erwartet, hätte dies negative Folgen für die Exportwirtschaft und das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland. Dies könnte sich wiederum negativ auf den Arbeitsmarkt, die privaten Investitionen und den Konsum auswirken.

Zudem ist die Abschätzung der Effekte des Finanzpakets mit großer Unsicherheit behaftet. Zum einen ist aufgrund der noch ausstehenden Haushaltplanung bislang unklar, wie die Mittel genau eingesetzt werden und daraus abgeleitet, wann welche Mittelabflüsse zu erwarten sind. Zum anderen ist der gesamtwirtschaftliche Effekt ungewiss. Beispielsweise könnte die Wirkung geringer ausfallen aufgrund von Kapazitätsengpässen in besonders adressierten Wirtschaftszweigen wie dem Tiefbau oder der Rüstungsindustrie und lediglich in merklichen Preisanstiegen münden. Andererseits könnten die fiskalpolitischen Maßnahmen schneller und effizienter umgesetzt werden, wenn bürokratische Prozesse und Genehmigungsverfahren vereinfacht werden.

Ein weiteres Aufwärtsrisiko besteht in der bevorstehenden Mindestloohnerhöhung. Wenn es bei der bisherigen nachlaufenden Orientierung an der Tarifentwicklung bleibt, dürfte der Mindestlohn im Jahr 2026 steigen. Grund dafür sind die deutlichen Tariflohnzuwächse im Jahr 2024. Sollte sich die

<sup>2</sup> Vgl. Valerie A. Ramey (2019): Ten years after the financial crisis: What have we learned from the renaissance in fiscal research?, *Journal of Economic Perspectives* 33.2 (2019): 89-114.

<sup>3</sup> Um Kalendereffekte bereinigt dürfte der Zuwachs der Wirtschaftsleistung im kommenden Jahr bei 1,4 Prozent liegen. Der statistische Überhang dürfte für das Jahr 2026 bei 0,3 Prozentpunkten liegen.

## Kasten 4

**Annahmen zu den finanzpolitischen Maßnahmen**

Im laufenden Jahr ist die Finanzpolitik restriktiv ausgerichtet (Tabelle). Dies liegt vor allem an steigenden Einnahmen. Zum einen sind seit dem Auslaufen der Inflationsausgleichsprämie zum Jahreswechsel wieder alle Lohnbestandteile abgabenpflichtig. Zum anderen führen die erheblichen Erhöhungen der Sozialbeiträge zu Mehreinnahmen. Im kommenden Jahr setzen kreditfinanzierte Ausgaben im Rahmen der erweiterten Verschuldungsspielräume für Infrastruktur und Verteidigung, verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten und ein Absenken der Stromsteuer und Netzentgelte einen kräftigen expansiven Impuls.

**Ausgaben für Sicherheit und Infrastruktur**

Für das Sondervermögen Infrastruktur und zusätzliche Ausgaben für Sicherheit wird in dieser Prognose unterstellt, dass

1. im Rahmen des Sondervermögens Bundeswehr jeweils im Vergleich zum Vorjahr Mehrausgaben von 7,2 Milliarden Euro im laufenden und 4,6 Milliarden Euro im kommenden Jahr getätigt werden.
2. im kommenden Jahr zusätzlich zu den Abflüssen aus dem Sondervermögen Bundeswehr gut elf Milliarden Euro an weiteren Ausgaben für die Verteidigung abfließen.
3. aus dem Sondervermögen Infrastruktur nach drei Milliarden Euro im laufenden Jahr im kommenden Jahr weitere Mehrausgaben von 14,5 Milliarden Euro zu Buche schlagen.

Obwohl der Bundeshaushalt für 2025 wohl spätestens im Herbst verabschiedet wird, dürften die neuen Finanzspielräume aufgrund von Planungs-, Genehmigungs- und Vergabeverfahren im laufenden Jahr noch nicht genutzt werden. Die einzige Ausnahme stellt die Aufstockung des Klima- und Transformationsfonds (KTF) dar, aus dem annahmegemäß drei Milliarden Euro als Vermögensstransfers an Haushalte und Unternehmen ausgeschüttet werden. Nach dem ersten Anlaufen von Projekten im Infrastrukturbereich im kommenden Jahr ist davon auszugehen, dass die Mittelabflüsse über die Mittelfrist kontinuierlich zunehmen werden.

Die Berechnung der zusätzlichen Ausgaben für Verteidigung lehnt sich an das neue angestrebte NATO-Ziel von Verteidigungsausgaben in Höhe von 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2032 an. Daher wird unterstellt, dass sich die staatliche Ausgabenquote im Bereich Verteidigung von 1,8 Prozent im laufenden Jahr im kommenden Jahr auf 2,1 Prozent erhöht. Bis zum Jahr 2032 steigt sie weiter kontinuierlich auf 2,8 Prozent an.<sup>1</sup>

Die Mehrausgaben schlagen sich zu etwa gleichen Teilen im Konsum und den Investitionen nieder. Die Annahmen zur Mittelverwendung und ihre zeitliche Verteilung unterliegen erheblicher Unsicherheit, da die nötigen Errichtungsgesetze noch nicht konkretisiert und verabschiedet wurden.

<sup>1</sup> Die staatlichen Ausgaben, die direkt dem Bereich Verteidigung zuordbar sind, sind die Ausgaben laut Einzelplan 14, Abflüsse aus dem Sondervermögen Bundeswehr sowie Angaben zur Ertüchtigungshilfe. Diese Definition ist enger gefasst als die Ausgaben, die in die NATO-Quote eingehen, daher fällt die hier konstruierte Ausgaben-Quote geringer aus.

**Weitere Einnahmen und Ausgaben und Gesamtwirkung**

Zusätzlich zu Abflüssen aus den erweiterten Verschuldungsspielräumen werden folgende expansive Elemente aus dem „Sofortprogramm“ der Bundesregierung unterstellt: Die Einführung einer degressiven Abschreibung für Ausrüstungen von maximal 30 Prozent für die Jahre 2025 bis 2027, die Ausweitung der Forschungszulage und die steuerliche Begünstigung von Elektroautos. Zudem wird die Senkung der Stromsteuer auf das auf europäischer Ebene erlaubte Mindestmaß sowie die Reduzierung von Umlagen und Netzentgelten zur Senkung der Energiekosten angenommen.

Auf der Einnahmeseite generieren die Gebietskörperschaften im laufenden Jahr wohl noch Mehreinnahmen, da Pandemie- und energiepreisbedingte Maßnahmen wegfallen. Hierunter fällt insbesondere die Inflationsausgleichsprämie, in dem Maße, in dem sie durch steuerpflichtige Lohnbestandteile ersetzt wird, wie auch die ausgelaufenen Umsatzsteuersenkungen auf Gas und in der Gastronomie. Zudem tragen die Erhöhungen der CO<sub>2</sub>-Abgabe in den Bereichen Wärme und Verkehr jeweils zum Jahreswechsel zu deutlichen Mehreinnahmen bei. Die im Vorjahr umgesetzte Erhöhung der Luftverkehrsabgabe und die Anhebung und Ausweitung der Lkw-Maut und der Tabaksteuer wirken vor allem im laufenden Jahr restriktiv. Zudem werden auf Initiative der EU eine globale Mindestbesteuerung und eine Plastikabgabe eingeführt, die im kommenden Jahr erstmalig für Einnahmen sorgen.

Anpassungen des Einkommensteuertarifs entlasten in beiden Jahren des Prognosehorizonts die privaten Haushalte spürbar: Neben der fortwährenden Wirkung des Inflationsausgleichsgesetzes und Anpassungen des Einkommensteuertarifs zur Freistellung des Existenzminimums wirken hier die Anhebung des Kindergelds und die Verschiebung der Tarifeckwerte zum Ausgleich der kalten Progression. Unternehmen profitieren weiterhin von verbesserten Abschreibungsregeln durch das Wachstumschancengesetz. Die Ausweitung der steuerlichen Begünstigung von Unternehmensinvestitionen durch degressive Absetzungsmöglichkeiten im Rahmen des „Sofortprogramms“ gleicht im kommenden Jahr den restriktiven Impuls ausgelauener Maßnahmen aus den Zweiten und Vierten Corona-Steuerhilfegesetzen aus. Zudem schlagen bei den Unternehmen auch steuerliche Anreize zur Anschaffung von Elektrofahrzeugen und die Ausweitung der Forschungszulage positiv zu Buche. Eine deutliche Entlastung der Haushalte und Unternehmen insbesondere im Jahr 2026 rührt zuletzt von den im Koalitionsausschuss beschlossenen Senkungen der Stromsteuer, Umlagen und Netzentgelte her.

Auf Seiten der Sozialversicherungen sorgt der Wegfall der Inflationsausgleichsprämie für deutlich höhere Einnahmen im laufenden Jahr. Während dieser Effekt nur temporär wirkt, senden steigende Sozialbeiträge über den gesamten Prognosehorizont restriktive Impulse aus. So liegt der durchschnittliche erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung im Jahr 2025 nach aktuellem Stand um 1,2 Prozentpunkte höher als im Vorjahr und wird im nächsten Jahr voraussichtlich nochmals um 0,3 Prozentpunkte steigen. Der Beitragssatz zur Pflegeversicherung

Tabelle

**Finanzpolitische Maßnahmen: Be- (–) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts**  
In Milliarden Euro (gegenüber dem Vorjahr)

	2025	2026		2025	2026
<b>Einnahmen der Gebietskörperschaften</b>			<b>Erhöhung Beitragssatz in der gesetzlichen Pflegeversicherung</b>		
Jahressteuergesetz 2022	1,0	–1,1	Abgabefreiheit Inflationsausgleichsprämie	8,1	0,0
Inflationsausgleichsgesetz (Anpassung Einkommenssteuertarif)	–2,4	–1,0	Erhöhung Insolvenzgeldumlage	1,1	0,0
Anpassungen zur steuerlichen Freistellung des Existenzminimums	–3,3	1,3	<b>Ausgaben der Gebietskörperschaften</b>		
Steuerfortentwicklungsgesetz	–7,2	–6,3	Strom- und Gaspreisbremsen, Stabilisierung der Übertragungsnetz-entgelte	1,3	0,0
Abgabefreiheit Inflationsausgleichsprämie	6,0	0,0	Kürzungen beim Bürgergeld	0,1	0,0
Jahressteuergesetz 2024	–0,8	0,3	Wohngeldreform	–0,4	0,4
Wegfall Begünstigung Agrardiesel	0,2	0,1	Deutschland-Ticket	–0,3	0,0
Erhöhung Luftverkehrsabgabe	0,2	0,0	Kürzungen beim Elterngeld für Spitzenverdienende	0,3	0,1
Absenkung der Stromsteuer	0,0	0,3	Startchancenprogramm für Schulen	–0,5	–0,5
temporäre Umsatzsteuersenkung auf Gas	1,0	0,0	Digitalpakt Schule	0,2	0,5
temporäre Umsatzsteuersenkung in der Gastronomie	0,5	0,0	BAföG-Reform	–0,2	0,0
Erlöse Brennstoffemissionshandel (BEHG)	3,2	3,0	Sondervermögen KTF	–3,5	–4,6
Degressive AfA (Zweites und Viertes Corona-Steuerhilfegesetz)	5,0	3,8	Mehrausgaben für Verteidigung (inkl. Sondervermögen Bundeswehr)	–7,2	–15,9
Investitionsfortprogramm (Degressive AfA, steuerliche Begünstigung Elektro-Autos, Ausweitung Forschungszulage)	–2,5	–5,6	Mehrausgaben für Infrastruktur (ohne KTF)	0,0	–12,5
Anhebung LKW-Maut	0,9	0,2	<b>Ausgaben der Sozialversicherungen</b>		
Wachstumschancengesetz	–2,1	–0,7	Grundrente	–0,1	0,0
Anhebung der Tabaksteuer	0,9	0,8	Zuschlag Erwerbsminderungsrente	–1,3	0,0
Zukunftsfinanzierungsgesetz	–0,2	–0,1	Krankenhausreform	–0,4	0,7
Globale Mindestbesteuerung (Säule 2)	0,0	1,0	Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz	–3,0	–0,2
Plastikabgabe	0,0	1,4	Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz	–0,4	0,0
Senkung der Energiepreise (Sofortprogramm)	–2,9	–8,6	Verlängerung Bezugsdauer Kurzarbeitergeld	–0,2	0,2
Sonstige steuerliche Maßnahmen <sup>1</sup>	0,0	0,2	<b>Insgesamt</b>	<b>8,2</b>	<b>–38,8</b>
<b>Einnahmen der Sozialversicherungen</b>			<b>In Relation zum BIP in Prozent</b>		
Erhöhung durchschnittlicher Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung	13,5	4,0		0,2	–0,8

1 Sonstige steuerliche Maßnahmen beinhalten das Jahressteuergesetz 2020, das Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuerrechts, die Anhebung der Kinderfreibeträge in den Jahren 2025 und 2026 sowie die Ausweitung der Forschungszulage. Nicht berücksichtigte Maßnahmen sind das Aus- und Weiterbildungsgesetz, auslaufende Corona-Maßnahmen (Unternehmenshilfen) sowie das 29. BaföG-Änderungsgesetz.

Anmerkung: Ohne makroökonomische Rückwirkungen.

Quellen: Bundesregierung (Haushaltsplan, Gesetzesentwürfe, Monatsberichte des Bundesfinanzministeriums, Finanzberichte der Jahre 2021 bis 2024, Datensammlung zur Steuerpolitik); DIW-Konjunkturprognose Sommer 2025.

© DIW Berlin 2025

wurde im laufenden Jahr bereits um 0,2 Prozentpunkte angehoben. Insgesamt ist die Finanzpolitik auf der Einnahmenseite im laufenden Jahr restriktiv und im kommenden Jahr leicht expansiv ausgerichtet.

Die finanzpolitische Gestaltung der Ausgabenseite des Staates zeigt im Prognosehorizont deutlich expansiven Charakter. Zwar gehen von den ausgelaufenen Strom- und Gaspreisbremsen in diesem Jahr noch letzte ausgabenmindernde Impulse aus, wie auch von Kürzungen beim Bürgergeld und beim Elterngeld und dem Ende des Digitalpakt Schule. Auf der anderen Seite führt die Aufstockung des KTF um 100 Milliarden Euro im Rahmen des Sondervermögens Infrastruktur allerdings dazu, dass sich der Mittelabfluss hier wieder beschleunigt. Zudem ist unterstellt, dass das Sondervermögen Infrastruktur im kommenden Jahr auch auf Seiten des Bundes und der Länder und Kommunen erste expansive Wirkung entfaltet. Mit dem Startchancenprogramm für Schulen gehen in beiden Jahren des

Prognosehorizonts ebenfalls Mehrausgaben einher. Zudem schlagen bedeutsame Mittelabflüsse aus dem Sondervermögen Bundeswehr zu Buche, die im kommenden Jahr durch weitere Ausgaben im Rahmen des erweiterten Verteidigungsbegriffs ergänzt werden.

Auf der Ausgabenseite der Sozialversicherungen gehen im laufenden Jahr insbesondere vom Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz expansive Impulse aus. Auch Maßnahmen wie der Zuschlag zur Erwerbsminderungsrente, das Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz und die Krankenhausreform führen zu staatlichen Mehrausgaben seitens der Sozialversicherungen. Im kommenden Jahr dürften die finanzpolitischen Maßnahmen hier insgesamt neutral ausgerichtet sein. Alles in allem beläuft sich die Budgetwirkung der finanzpolitischen Maßnahmen im laufenden Jahr auf 8,2 Milliarden Euro (0,2 Prozent in Relation zum nominalen BIP) und im Jahr 2026 auf minus 38,8 Milliarden Euro (minus 0,8 Prozent).

Kommission zudem an der 60-Prozent-Marke des Medianlohns orientieren, wie in der europäischen Mindestlohnrichtlinie verankert, dürfte der Anstieg noch deutlicher ausfallen und die Effektivverdienste weiter antreiben. Dies könnte positive Auswirkungen auf die verfügbaren Einkommen und den privaten Konsum haben und zu einer stärkeren Belebung führen als in dieser Prognose angenommen.

### Arbeitsmarkt unter Druck – Leichte Erholung wohl erst 2026

Der seit Mitte vergangenen Jahres anhaltende Rückgang der Erwerbstätigkeit setzt sich im ersten Quartal fort, verlangsamt sich jedoch zunehmend (Abbildung 5). Im ersten Quartal sank die Zahl der Erwerbstätigen saisonbereinigt um 7000, da der Rückgang bei den Selbstständigen (minus 19000) den Zuwachs bei den abhängigen Beschäftigten (12000) überstieg. Das Produzierende Gewerbe, vor allem das Verarbeitende Gewerbe, verzeichnete das größte Minus. Gleichzeitig legte der Dienstleistungsbereich, insbesondere öffentliche Dienstleistungen, Erziehung und Gesundheit am meisten zu. Allerdings schwächte sich der Beschäftigungszuwachs im Dienstleistungsgewerbe in den vergangenen zwei Quartalen insgesamt ab. Die ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung hat sich seit Ende letzten Jahres stabilisiert und auch der Zuwachs der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stagnierte zuletzt. Die Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Vorjahresvergleich wird seit 2024 vor allem durch Teilzeitbeschäftigte und ausländische Staatsangehörige insbesondere aus Drittstaaten getragen.

Seit Jahresbeginn 2023 steigt die Zahl der Arbeitslosen stetig. Im Mai wuchs sie saisonbereinigt noch einmal deutlich um 34000. Dazu trug neben der konjunkturellen Schwäche auch bei, dass die Zahl von Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen oder kurzfristig Arbeitsunfähigen zurückging. Die Zahl der Arbeitslosen nahm in den vergangenen beiden Jahren um insgesamt 375000 zu. Vor allem ein Anstieg in der konjunkturellen Arbeitslosigkeit (Rechtskreis SGB III) trug zu dieser Entwicklung bei (233000 Personen). Im Rechtskreis SGB II (Bürgergeld) erhöhte sich die Zahl um 142000. Die Kurzarbeit ist zu Jahresbeginn leicht auf 232000 Betroffene zurückgegangen. Der gleichzeitig deutliche Anstieg der Arbeitslosigkeit lässt auf einen langfristig niedrigeren Arbeitskräftebedarf schließen.

Frühindikatoren wie das ifo-Beschäftigungsbarometer und Befragungen lokaler Arbeitsagenturen (IAB-Arbeitsmarktbarometer) deuten auf eine weiter steigende Arbeitslosigkeit hin, begleitet von einer Stagnation der Beschäftigung. Laut ifo-Umfragen planen Unternehmen mehrheitlich weiter, Personal abzubauen. Lediglich der Dienstleistungssektor, darunter vor allem die Leiharbeitsbranche, plant zusätzliche Einstellungen in geringem Umfang. Auch der Rückgang offen gemeldeter Stellen deutet auf eine abnehmende Arbeitskräftenachfrage hin. Gleichzeitig bleiben Stellen trotz hoher Arbeitslosigkeit weiterhin oft lange vakant, was den Fachkräftemangel in einigen Berufen unterstreicht.

#### Kasten 5

### Produktionspotenzial

Die Berechnung des Produktionspotenzials basiert auf dem Verfahren der Europäischen Kommission.<sup>1</sup> Demografische Effekte werden durch ein Alterskohortenmodell berücksichtigt.<sup>2</sup>

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird im Wesentlichen anhand der 2021 aktualisierten Bevölkerungsprojektion (mittleres Szenario zwischen „moderater Wanderungssaldo“ und „hoher Wanderungssaldo“) fortgeschrieben.<sup>3</sup> Diese Projektion musste infolge der starken Fluchtzuwanderung im Jahr 2022 vor allem aus der Ukraine angepasst werden. Denn im Jahr 2022 erreichte die Nettozuwanderung mit knapp 1,46 Millionen Personen eine Rekordhöhe seit 1950.<sup>4</sup> In dem laufenden Jahr soll die Nettoeinwanderung auf geschätzt 354000 Personen zurückgehen und damit unter den Durchschnitt der vergangenen zehn Jahren liegen. Unter solchen Bedingungen wird die Erwerbsbevölkerung in Deutschland insgesamt noch bis zum Jahr 2024 zunehmen, danach aber im Zuge der Alterung allmählich sinken (Tabelle 2). Für den Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung bei den Erwerbszuwander\*innen und den Nicht-Erwerbszuwander\*innen wird der Wert aus dem Ausländerzentralregister angesetzt.<sup>5</sup> Die Partizipationsquoten werden für Geflüchtete und die übrige Bevölkerung getrennt geschätzt und anschließend zusammengefasst. Angefangen mit 75,1 Prozent im Jahr 2025 steigt die gesamte Partizipationsquote leicht bis zum Jahr 2026. Danach geht sie zurück. Auch die natürliche Erwerbslosenquote ergibt sich als gewichteter Durchschnitt der entsprechenden Werte für Geflüchtete und der übrigen Bevölkerung. Sie liegt im Jahr 2025 bei 3,2 Prozent und sinkt bis 2029 auf 2,9 Prozent.

Die durchschnittliche Wachstumsrate des Arbeitsvolumens dürfte bis 2029 bei minus 0,3 Prozentpunkten liegen (Tabelle 1). Bis 2024 wird sie hauptsächlich durch die wachsende Erwerbsbevölkerung getrieben, danach durch einen Abwärtstrend bei der Arbeitszeit und der Partizipationsquote. Außerdem wird auch die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den Jahren 2025 bis 2029 einen negativen Wachstumsbeitrag leisten. Alles in allem dürfte das potenzielle Arbeitsvolumen in Stunden bis 2029 damit durchschnittlich einen Wachstumsbeitrag von minus 0,1 Prozentpunkten leisten.

<sup>1</sup> Für eine ausführliche Beschreibung dieser Methode siehe Karel Havik et al. (2010): The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates and Output Gaps. Europäische Kommission in ihrer Reihe European Economy – Economic Papers Nr. 420.

<sup>2</sup> Vgl. Ferdinand Fichtner et al. (2017): Deutsche Wirtschaft bleibt gut ausgelastet: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Herbst 2017. DIW Wochenbericht Nr. 36, 715–736 (online verfügbar).

<sup>3</sup> Statistisches Bundesamt: Ausblick auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und den Bundesländern nach dem Corona-Jahr 2020 – Erste mittelfristige Bevölkerungsvorausberechnung 2021 bis 2035, Wiesbaden, 2021.

<sup>4</sup> Destatis (2025) Tabelle „Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland, Zugezogene, Fortgezogene und Saldo. Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland“ (online verfügbar).

<sup>5</sup> Rund 90 Prozent der EU-Zuwanderer sind im erwerbsfähigen Alter. Bei der Nicht-EU-Zuwanderung beträgt der Anteil 71 Prozent. Siehe Statistisches Bundesamt (2020): Ausländische Bevölkerung – Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2019. Fachserie 1, Reihe 2.

Zusammen mit dem Wachstumsbeitrag des Kapitalstocks in Höhe von 0,3 Prozentpunkten und dem der totalen Faktorproduktivität in Höhe von 0,2 Prozentpunkten ergibt sich, dass das reale Produktionspotential bis 2029 um jahresdurchschnittlich 0,4 Prozent zunehmen wird, wobei die Raten demografisch bedingt von Jahr zu Jahr sinken (Abbildung).

Tabelle 1

**Wachstum des realen Produktionspotenzials**  
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent

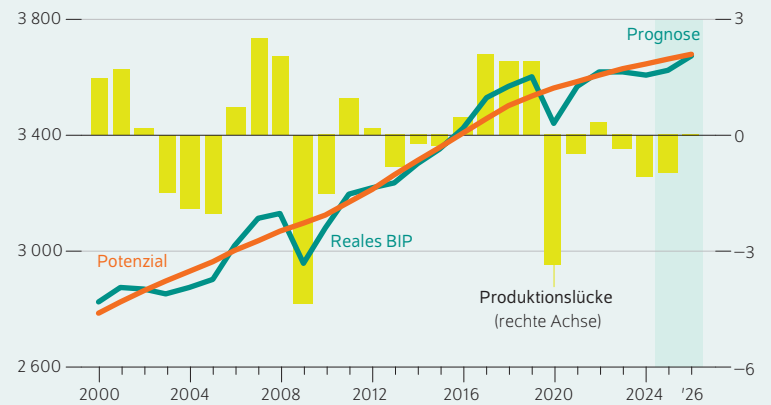
	2020-2024	2024-2029
Produktionspotential	0,6	0,4
<b>Wachstumsbeiträge</b>		
Arbeitsvolumen	0,7	-0,1
Kapitalvolumen	0,3	0,3
<b>Totale Faktorproduktivität</b>	0,2	0,2

Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2025.

© DIW Berlin 2025

Abbildung

**Bruttoinlandsprodukt und Potenzial bzw. Produktionslücke**  
In Milliarden Euro (linke Achse) bzw. Prozent des Potenzials (rechte Achse)



Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2025.

Quelle: DIW-Konjunkturprognose Sommer 2025.

© DIW Berlin 2025

Die Wachstumsraten des Produktionspotenzials sinken.

Tabelle 2

**Mittelfrist: Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitszeit**  
In tausend Personen (sofern nicht anders angegeben)

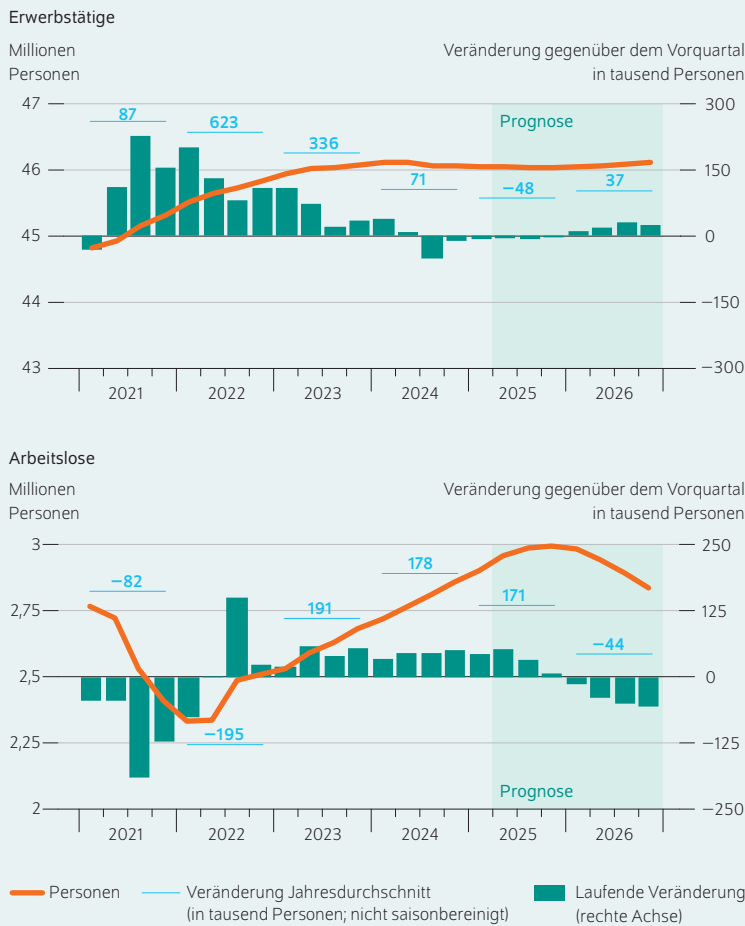
Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitszeit								
	Erwerbstätige (Inland)	beschäftigte Arbeitnehmer*innen (Inland)	jährliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				preisbereinigt, verkettete Volumenwerte				
				insgesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigenstunde	in jeweiligen Preisen	Deflator
	in Tausenden	in Tausenden	in Stunden	in Milliarden Euro	in Euro	in Euro	in Milliarden Euro	2020 = 100
2020	44 966	40 927	1313	3 450	76 717	58	3 450	100
2024	46 081	42 307	1332	3 607	78 274	59	4 305	119
2029	45 942	42 267	1333	3 774	82 157	62	5 016	133
	Jahresdurchschnittliche Veränderung in %							
2024/2020	0,6	0,8	0,3	1,1	0,5	0,2	5,7	4,5
2029/2024	-0,1	0,0	0,0	0,9	1,0	1,0	3,1	2,2

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2025.

© DIW Berlin 2025

Abbildung 5

### Erwerbstätige und Arbeitslose in Deutschland Zahl der Personen (saisonbereinigt)



Anmerkung: Prognose ab dem zweiten Quartal 2025.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2025.

© DIW Berlin 2025

Der Beschäftigungsaufbau stagniert nahezu, die Zahl der Arbeitslosen geht im kommenden Jahr zurück.

Die Beschäftigungsdynamik trübt sich ebenfalls weiter ein. So ist die von der Bundesagentur für Arbeit gemessene Chance, aus der Arbeitslosigkeit in Beschäftigung zu wechseln, auf einem historisch niedrigen Niveau. Indes steigt das Risiko, arbeitslos zu werden, kontinuierlich, bleibt jedoch im langjährigen Vergleich niedrig. Dies deutet eher auf einen Beschäftigungsabbau durch Nichtneubesetzung von offenen Stellen als durch Entlassungen hin.

Insgesamt dürfte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Laufe dieses Jahres kaum verbessern. So ist ein leichter Rückgang der Erwerbstätigen um 48 000 zu erwarten, der sich erst mit der wirtschaftlichen Erholung im Jahr 2026 wieder umkehren dürfte (plus 37 000 Personen). Entsprechend dürfte auch die Arbeitslosigkeit zunächst noch steigen, bevor der Arbeitskräftebedarf im kommenden Jahr wieder

Tabelle 4

### Arbeitsmarktbilanz

In tausend Personen (sofern nicht anders angegeben)

	2024	2025	2026
Arbeitsvolumen (Mio. Stunden)	61 355	61 319	61 704
Erwerbstätige Inland	46 081	46 033	46 071
Arbeitnehmer*innen	42 307	42 323	42 374
darunter:			
SV Beschäftigte	34 938	34 997	35 113
Geringfügig Beschäftigte	4 178	4 144	4 127
Selbstständige	3 774	3 711	3 697
Pendlersaldo	204	200	200
Erwerbstätige Inländer	45 877	45 833	45 871
Arbeitslose	2 787	2 958	2 914
Arbeitslosenquote BA <sup>1</sup>	6,0	6,3	6,2
Erwerbslose <sup>2</sup>	1 516	1 596	1 571
Erwerbslosenquote <sup>3</sup>	3,4	3,6	3,6

1 Arbeitslose in Prozent der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

2 Definition der ILO.

3 Erwerbslose in Prozent der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer\*innen plus Erwerbslose).

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2025.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2025.

© DIW Berlin 2025

zunimmt. Die Arbeitslosenquote dürfte damit im Jahr 2025 bei 6,3 Prozent liegen und im Jahr 2026 auf 6,2 Prozent zurückgehen (Tabelle 4).

Nach einem starken vierten Quartal 2024 ist die Arbeitszeit je Erwerbstätigen im ersten Quartal 2025 gesunken. Gründe dafür sind hauptsächlich ein erhöhter Krankenstand sowie ein weiterer Abbau von Arbeitszeitkonten aufgrund der aktuell verhaltenen wirtschaftlichen Lage. Mit einer wirtschaftlichen Erholung im kommenden Jahr dürfte die Auslastung der Kapazitäten wieder zunehmen, was den Wiederaufbau der Arbeitszeitkonten begünstigen und zu einem Anstieg der geleisteten Arbeitszeit führen dürfte. Zudem stehen im Jahr 2026 mehr Arbeitstage zur Verfügung, was zusätzlich stützend wirken dürfte.

### Lohnwachstum verlangsamt sich

Die Tariflohnzuwächse inklusive Sonderzahlungen waren im ersten Quartal mit einem Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal deutlich schwächer als noch im vierten Quartal 2024, als der Zuwachs 4,2 Prozent betrug. Hauptgrund dafür ist der Wegfall der Inflationsausgleichsprämie zum Jahresbeginn 2025. Zudem fallen neue Tarifabschlüsse angesichts der wirtschaftlich verhaltenen Lage und des abnehmenden Preisdrucks mittlerweile geringer aus.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> Der jüngste Tarifabschluss bei Bund und Kommunen betraf 2,6 Millionen Beschäftigte und fiel moderat aus mit einer Entgelterhöhung in Höhe von 3,0 Prozent im April 2025, mindestens jedoch von 110 Euro, und 2,8 Prozent im Mai 2026.

Tabelle 5

**Entwicklung der Löhne<sup>1</sup> in Deutschland**  
In Prozent (jeweils gegenüber dem Vorjahr)

	2023	2024	2025	2026
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,1	-0,1	0,1	0,6
Verdienst je Arbeitnehmer*in	6,4	5,4	3,1	3,3
Verdienst je Stunde	6,6	5,6	3,0	2,7
Lohndrift (Arbeitnehmer*in)	2,9	0,8	0,6	0,8
Tariflohn (Monat)	3,6	4,7	2,5	2,5

1 Inlandskonzept.

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2025.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2025.

© DIW Berlin 2025

Im ersten Quartal wuchsen die Effektivverdienste um 3,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal und fielen damit ebenfalls etwas schwächer aus als in den Vorquartalen. Die stärksten Anstiege entfielen auf die Bereiche Information und Kommunikation sowie Unternehmensdienstleistungen. Angesichts der konjunkturellen Schwäche und der hohen Zahl an Arbeitslosen verschlechtert sich die Verhandlungsposition der Arbeitnehmenden vorerst. Zudem geht durch die Unterauslastung die Zahl der bezahlten Überstunden zurück. Zusammengenommen mindert dies die Dynamik der Effektivverdienste. Die prognostizierte wirtschaftliche Erholung im Jahr 2026 dürfte hingegen dazu führen, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften wieder steigt, sodass Arbeitszeitkonten aufgebaut werden und die Arbeitslosigkeit sinkt, was die Lohndynamik beschleunigen dürfte.<sup>5</sup>

Für das laufende und das kommende Jahr ist mit einem moderaten Anstieg der Tariflöhne von jeweils 2,5 Prozent zu rechnen. Die Effektivverdienste, die Änderungen in der Verhandlungsposition von Arbeitnehmenden früher spiegeln als die Tariflöhne, dürften im Jahr 2025 um 3,1 Prozent und im Jahr 2026 – dank der prognostizierten wirtschaftlichen Erholung – um 3,3 Prozent zulegen (Tabelle 5).

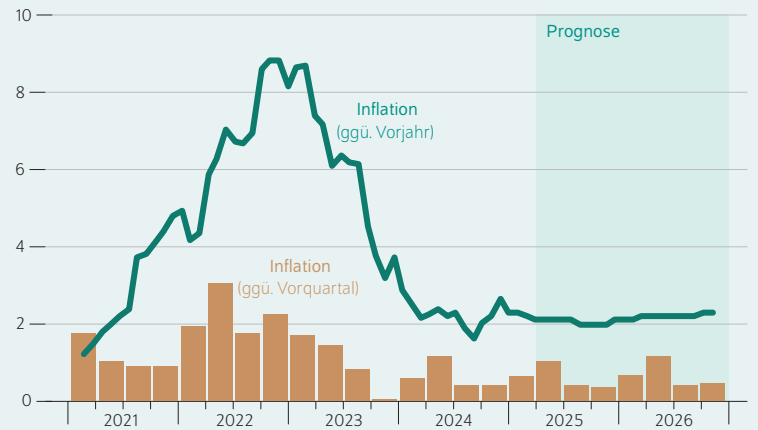
**Inflationsrate nähert sich zunächst Zwei-Prozent-Ziel**

Die Verbraucherpreisinflation in Deutschland lag 2024 mit einem Jahresdurchschnitt von 2,2 Prozent noch leicht über dem Zwei-Prozent-Ziel der EZB. Seit Jahresbeginn ging die Teuerungsrate nur langsam zurück – im April und Mai maß die Inflation jeweils 2,1 Prozent im Vorjahresvergleich. Preistreibend wirkte dabei zum einen die Dienstleistungskomponente, die zuletzt mit einer Rate von 3,4 Prozent wuchs und knapp 50 Prozent der Gewichtung im Warenkorb ausmacht. Zum anderen trugen Anstiege der Nahrungsmittelpreise zur Inflationsdynamik bei. Insbesondere

<sup>5</sup> Für das Jahr 2026 wird eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns erwartet. Diese ist jedoch in der vorliegenden Prognose nicht eingepreist, da die Mindestlohnkommission erst Ende Juni 2025 eine Entscheidung über das Ausmaß der Steigerung trifft.

Abbildung 6

**Verbraucherpreisinflation in Deutschland**  
In Prozent



Anmerkung: Prognose ab dem zweiten Quartal 2025.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2025.

© DIW Berlin 2025

Die Inflation nähert sich zunächst dem Zwei-Prozent-Ziel.

bei Obst und Gemüse sowie bei Kaffee, Tee und Kakao sind seit Beginn des Jahres erhöhte Teuerungsrate zu beobachten. Dem entgegen wirkten die zuletzt noch einmal stärker gesunkenen Energiepreise. Die Kerninflationsrate, also die Teuerungsrate ohne Berücksichtigung von Energie- und Lebensmittelpreisen, sank etwas weniger schnell als noch im Frühjahr erwartet und lag im Mai bei 2,8 Prozent, was die hohen Zuwächse der Dienstleistungspreise widerspiegelt.

Die Energiepreise dürften auch weiterhin dämpfend auf die Teuerung wirken. Darauf deuten die Ölpreise hin, die seit den Aussagen von US-Präsident Trump zum „Liberation Day“ sowie den Ankündigungen der OPEC+ über Erhöhung der Fördermengen deutlich gefallen sind (Kasten 2). Auch die finanzpolitischen Maßnahmen zur Senkung der Steuern und Umlagen auf den Strompreis dürften die Energiepreise mindern. Ein weiterhin steigender Trend über den Prognosehorizont ist hingegen bei den Nahrungsmittelpreisen zu erwarten. Die Teuerungsrate bei Dienstleistungen dürften zwar erhöht bleiben, jedoch im Jahresverlauf merklich abnehmen. Ab 2026 werden sich die Inflationsraten sowohl für Energie als auch für Dienstleistungen aufgrund von Basiseffekten voraussichtlich wieder normalisieren. Von dem Sondervermögen für Infrastrukturprojekte sind nur leicht inflationstreibende Impulse zu erwarten. Eine Studie des DIW Berlin hat gezeigt, dass die nachfrageinduzierten Effekte nur ein mildes Ansteigen der Inflationsrate nach sich ziehen dürften.<sup>6</sup>

<sup>6</sup> Vgl. Geraldine Dany-Knedlik, Alexander Kriwoluzky und Malte Rieth (2025): Sondervermögen für Infrastruktur: 500-Milliarden-Investitionspaket würde deutsche Wirtschaft aus der Krise holen, DIW aktuell 111 (online verfügbar, abgerufen am 5. Juni 2025). Dies gilt für alle Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt.

Dieser Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass die Europäische Union auf die US-Handelspolitik mit Import-Zöllen auf ausgewählte Produkte reagieren wird (Kasten 1). Geht man von einer Umlage der Zollkosten auf die Endprodukte aus, dürfte dies zur Teuerung einzelner Produktgruppen führen. Jedoch haben diese Posten im Warenkorb, der zur Berechnung der Inflationsrate herangezogen wird, nur ein geringes Gewicht und dürften daher die Gesamtinflation nicht merklich beeinflussen.

Alles in allem dürfte die Verbraucherpreisinflation im Jahresdurchschnitt 2025 bei 2,1 Prozent liegen (Abbildung 6). Es ist zu erwarten, dass zum Jahresende das Zwei-Prozent-Ziel erreicht wird, die Raten über den Prognosehorizont jedoch wieder allmählich ansteigen, sodass sich für 2026 eine Inflationsrate von 2,2 Prozent im Jahresdurchschnitt ergibt. Damit bleibt die Inflationsprognose im Vergleich zur DIW-Konjunkturprognose vom Frühjahr für dieses Jahr unverändert und wird für das kommende Jahr um 0,2 Prozentpunkte angehoben.

### Privater Konsum hellt sich langsam auf

Zu Jahresbeginn stieg der private Konsum unerwartet stark um 0,5 Prozent im Vergleich zum Vorquartal, gleichzeitig legten die privaten Haushalte deutlich weniger von ihrem Einkommen auf die hohe Kante. Die saisonbereinigte Sparquote fiel um 0,9 Prozentpunkte auf 10,4 Prozent und lag damit auf dem tiefsten Stand seit Anfang 2023. Besonders stark wuchsen im ersten Quartal Konsumausgaben für Verkehr, die um 3,3 Prozent zulegten. Auch in den Bereichen Information und Kommunikation, Nahrungsmittel sowie Schuhe und Bekleidung erhöhten sich die Ausgaben. Rückläufig war hingegen die Nachfrage nach Versicherungs- und Finanzdienstleistungen (minus 2,6 Prozent). Auch wenn der Anstieg der Konsumausgaben für Wohnung Wasser und Energie mit 1,4 Prozent vergleichsweise gering ausfiel, bleibt dieser Posten dennoch erwähnenswert – er macht mit rund 24 Prozent einen erheblichen Anteil am Konsumbündel aus.

Im laufenden Quartal dürfte der private Konsum moderat wachsen. Zwar hellten sich die Erwartungen der Konsument\*innen zuletzt etwas auf und die Reallöhne werden wohl weiter zulegen, aufgrund der bestehenden ökonomischen Unsicherheiten dürfte die Kauflaune jedoch zunächst gedämpft bleiben. Laut GfK-Konsumklima-Index verbesserten sich zwar die Einkommens- und Konjunkturerwartungen. Gleichzeitig ging die Ausgabenbereitschaft aber zurück – im Einklang mit einer gestiegenen Sparneigung. Dies deutet sich auch in den Einzelhandelsumsätzen an, die nach einem kräftigen Anstieg im ersten Quartal im April einen deutlichen Dämpfer verzeichneten und um 1,1 Prozent zurückgingen. Dennoch bleiben die Aussichten der Einzelhändler moderat aufwärtsgerichtet. So verbesserte sich das ifo-Geschäftsklima für den Einzelhandel zuletzt merklich, insbesondere die Erwartungskomponente hellte sich deutlich auf. Daneben stagnierte die ifo-Statistik für Konsumgüterhersteller durch schwache Zahlen in der Kapazitätsauslastung und dem Auftragsbestand. Basierend auf diesem

komplexen Lagebild ist anzunehmen, dass sich die Konsumdynamik im zweiten Quartal abschwächt und die Sparquote im Vergleich zum Jahresbeginn wieder steigt. Mit 10,9 Prozent dürfte sie jedoch deutlich unter dem Niveau vom Jahresende 2024 bleiben. Insgesamt wird sich somit die rückläufige Entwicklung der Sparquote seit dem Herbst des letzten Jahres wohl fortsetzen.

Im weiteren Prognoseverlauf ist davon auszugehen, dass die erhöhte Nachfrage nach Arbeitskräften durch die investiven Impulse des Sondervermögens für Infrastruktur die Löhne merklich steigen lässt. Im Zusammenspiel mit der sich auch insgesamt deutlich beschleunigenden konjunkturellen Dynamik und Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt dürfte dies den privaten Konsum weiter stimulieren und zu einem weiteren Rückgang der Sparquote beitragen. Während die Nettolöhne zunächst nur leicht zulegen, dürften die monetären Sozialleistungen wohl erheblich steigen, zum Beispiel durch Rentensteigerungen, sodass die Masseineinkommen insgesamt wohl in beiden Jahren kräftig ausgeweitet werden.

Auch die real verfügbaren Einkommen dürften einen robusten Zuwachs verzeichnen, der sich im Jahr 2026 trotz der zum Ende des Prognosehorizonts leicht anziehenden Inflationsdynamik wohl weiter beschleunigen wird. Begünstigt werden dürfte dies durch steigende Brutto- und Nettolöhne sowie eine Belebung am Arbeitsmarkt. Wenngleich Unsicherheiten am Arbeitsmarkt und in den internationalen Handelsbeziehungen bestehen bleiben, dürften die von der neuen Bundesregierung verabschiedeten Fiskalmaßnahmen die wirtschaftspolitische Verunsicherung reduzieren und damit den Konsum in den kommenden Quartalen ankurbeln.

Durch die Belebung im Jahresverlauf und das starke erste Quartal ergibt sich für den privaten Konsum im Jahresdurchschnitt ein Zuwachs von einem Prozent. Im kommenden Jahr dürfte die Konsumdynamik dann im Rahmen der anziehenden konjunkturellen Entwicklung und des kräftigen Anstiegs der real verfügbaren Einkommen um weitere 1,2 Prozent zulegen.

### Öffentlicher Konsum stützt mit neuem Haushalt kräftig

Im ersten Quartal des laufenden Jahres ging der Staatskonsum leicht zurück. Stark beeinflusst wurde diese Entwicklung durch die nominal nur sehr geringfügig ausgeweiteten Vorleistungskäufe von Bund, Ländern und Kommunen, auf die die vorläufige Haushaltsführung des Bundes mäßigend gewirkt haben dürfte. Nachdem im laufenden Quartal aufgrund der andauernden Haushaltsschwebe nur eine geringe Ausweitung des Staatskonsums zu erwarten ist, dürfte er über den restlichen Prognosehorizont mit kräftigen Raten ausgeweitet werden. Dazu tragen sowohl strukturelle als auch finanzpolitische Faktoren bei: Die sozialen Sachleistungen der Sozialversicherungen werden sich aufgrund des demografischen Wandels weiterhin dynamisch bewegen. Auch die

öffentliche Beschäftigung wird in den Bereichen Gesundheit und Pflege wohl weiter ausgebaut werden. Zudem dürften sich ab Jahresende das Sondervermögen Infrastruktur und die erweiterten Verteidigungsausgaben allmählich bemerkbar machen und die Vorleistungskäufe und Beschäftigung in öffentlicher Verwaltung und Verteidigung im Jahresverlauf 2026 immer deutlicher anschieben.

### Öffentliche Investitionen stützen Ausrüstungsnachfrage

Die Anschaffungen von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen legten im ersten Quartal das zweite Mal in Folge zu (0,7 Prozent). Wie bereits im Vorquartal war das Plus ausschließlich von den öffentlichen Ausrüstungen getragen, die merklich expandierten (9,8 Prozent). Die privaten Investitionen gingen dagegen das vierte Mal in Folge zurück (minus 0,5 Prozent). Vor allem die enorme Unsicherheit im Handelskonflikt zwischen der EU und den USA dürfte die Investitionstätigkeit belastet haben – die Androhung von Zöllen und die Unklarheit über zukünftige Absatzmärkte halten Unternehmen wohl davon ab, mehr als nötig in ihre Produktionskapazitäten zu investieren. Zwar legte die Investitionsgüterproduktion im März kräftig zu, ein Großteil dieser Waren dürfte jedoch in den Außenhandel geflossen sein.

Die anhaltende Unsicherheit wird die Ausrüstungsinvestitionen im laufenden Quartal wohl weiter ausbremsen. Der Economic Policy Uncertainty Index (EPU), der die wirtschaftspolitische Unsicherheit in Deutschland anhand von Medientexten misst, erreichte im April einen neuen Rekordwert und blieb im Mai deutlich erhöht. Dies zeigt sich auch in den Auftragseingängen für Investitionsgüter, die sich am aktuellen Rand schwach entwickeln. Die Kapazitätsauslastung der Investitionsgüterhersteller ist zuletzt wieder etwas gesunken. Laut Frühjahrsstudie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) bleiben die Geschäftsaussichten gedämpft und Investitionsabsichten zurückhaltend. In der Industrie konzentriert sich ein Großteil der Unternehmen weiterhin auf Ersatzinvestitionen (68 Prozent), während nur 20 Prozent der Unternehmen angaben, ihre Kapazitäten ausweiten zu wollen.<sup>7</sup> Die Investitionsgüterproduktion lag im April wieder etwas unter dem Durchschnitt des Vorquartals. Zu der Zurückhaltung im privaten Bereich kommt, dass die sich Dynamik der öffentlichen Seite nach zwei kräftigen Anstiegen wohl zunächst nicht fortsetzen wird. Insgesamt dürften die Ausrüstungsinvestitionen im zweiten Quartal somit etwas zurückgehen.

Im weiteren Prognoseverlauf ist mit einer allmählichen Beschleunigung der Ausrüstungsinvestitionen zu rechnen. Ab dem kommenden Jahr dürften sie dann deutlich ausgeweitet werden. Ausschlaggebend für die positive Entwicklung dürfte dabei das umfangreiche Fiskalpaket sein, das direkt und indirekt auf die Investitionstätigkeit wirkt: Einerseits werden die geplanten Ausgaben für Militärgüter wohl dafür sorgen, dass die öffentlichen Anschaffungen im

kommenden Jahr kräftig zulegen. Auch die Mittel aus dem Sondervermögen Bundeswehr werden zunehmend abgerufen. Andererseits ist damit zu rechnen, dass die verstärkte öffentliche Nachfrage Unternehmen dazu anregt, ihre Kapazitäten auszuweiten. Verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten dürften ebenfalls Anreize setzen, Investitionen vorzuziehen. Auch wenn die Zuwachsraten im Prognoseverlauf wohl wieder kräftiger ausfallen, erreichen die privaten Ausrüstungsinvestitionen wegen struktureller Umbrüche und der anhaltenden Schwäche im Außenhandel wohl nicht die Höchstwerte vergangener Zeiten.

Insgesamt ergibt sich für das laufende Jahr ein Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen um 0,5 Prozent. Bedingt ist das Minus maßgeblich durch einen stark negativen Überhang bei den privaten Investitionen, der dort zu einer rückläufigen Jahresrate führt, während die öffentlichen Ausgaben kräftig zulegen und den Rückgang abfedern dürften. Im kommenden Jahr werden die Ausrüstungsinvestitionen insgesamt wohl kräftig um 6,8 Prozent ausgeweitet werden, maßgeblich getragen von einem Zuwachs der öffentlichen Investitionen um knapp 20 Prozent.

### Bauinvestitionen gewinnen an Dynamik

Auch die Bauinvestitionen legten im ersten Quartal das zweite Mal in Folge zu (0,5 Prozent). Damit mehren sich die Anzeichen, dass die Investitionen in Bauten die Talsohle erreicht haben. Vor allem der Wohnungsbau wurde erneut ausgeweitet, um deutliche 0,9 Prozent. Die Produktionszahlen legen nahe, dass vor allem das Ausbaugewerbe, das einen großen Anteil der Wohnungsbauinvestitionen ausmacht, diese Entwicklung getragen hat. Auch die Tiefbauproduktion legte im Quartalsdurchschnitt erneut zu, was sich in einem Plus bei den öffentlichen Nichtwohnbauinvestitionen niederschlug (1,3 Prozent). Im gewerblichen Bereich wurden nach einem starken vierten Quartal zu Jahresbeginn dagegen weniger gebaut (minus 0,9 Prozent), sodass der Nichtwohnbau insgesamt in etwa stagnierte. Für das laufende Quartal ist angesichts der anhaltend schwächelnden Nachfrage insbesondere im Hochbau, des ungewöhnlich kräftigen ersten Quartals und einer schwachen Dynamik im öffentlichen Bereich mit einem leichten Rückgang der Bauinvestitionen zu rechnen, bevor sie im weiteren Prognoseverlauf an Fahrt gewinnen dürften.

Im Wohnungsbau haben sich die Aussichten zuletzt aufgehellt. Zwar klagen laut ifo-Umfrage immer noch mehr als die Hälfte der Bauunternehmen dieser Sparte über Auftragsmangel, die Auftragseingänge und der Auftragsbestand haben sich jedoch stabilisiert und auch bei den Baugenehmigungen zeigt sich am aktuellen Rand ein vorsichtiger Aufwärtstrend. Dabei dürfte ausschlaggebend sein, dass die Finanzierungsbedingungen günstiger sind als in den vergangenen Jahren – sowohl der Preisauftrieb als auch die Zinsen für Wohnungsbaukredite haben sich 2024 verglichen zu den Vorjahren merklich stabilisiert, was sich in einem

<sup>7</sup> Vgl. DIHK Frühjahrsstudie (online verfügbar).

steigenden Kreditvolumen zeigt.<sup>8</sup> So blicken die Wohnungsbaununternehmen auch wieder etwas zuversichtlicher auf die kommenden Monate: Das Geschäftsklima und insbesondere die Erwartungen über die künftigen Entwicklungen haben sich im Frühjahr deutlich gebessert. Damit dürften die Wohnungsbauinvestitionen nach einem kurzen Anlauf in diesem Quartal im weiteren Prognoseverlauf deutlich an Dynamik gewinnen und im kommenden Jahr merklich ausgeweitet werden.

Im Nichtwohnungsbau zeichnet sich zunächst eine zweigleisige Entwicklung ab: Während sich der Wirtschaftsbau kontinuierlich beschleunigen dürfte, sind vom öffentlichen Bereich in diesem Jahr kaum noch Impulse zu erwarten. Grund hierfür ist die schwache Finanzlage der Länder und Kommunen, die große Investitionsprojekte verhindert, während im Bund die noch ausstehende Haushaltsplanung bremst. So ergibt sich für das Aggregat im laufenden Jahr nur eine Stagnation. Insgesamt ist vor allem im Tiefbau jedoch eine kräftige Dynamik angelegt. Die Auftragseingänge sind zuletzt noch einmal deutlich gestiegen. Der Austragsbestand hat im ersten Quartal einen neuen Höchststand erreicht. Gleichzeitig ist die Kapazitätsauslastung etwas gesunken, sodass Raum für neue Projekte vorhanden sein dürfte. So ist damit zu rechnen, dass Investitionen in den Nichtwohnungsbau zum Jahresende schnell in Schwung kommen und dann deutlich ausgeweitet werden. Ab dem kommenden Jahr dürfte das geplante Infrastrukturpaket der neuen Bundesregierung für zusätzliche kräftige Impulse sorgen.

Die Preisentwicklung im Baugewerbe hat sich nach den Rekordwerten der Jahre 2021 bis 2023 zuletzt normalisiert und dürfte im privaten Bereich auch im weiteren Verlauf moderat bleiben. Dagegen ist bei den öffentlichen Bauinvestitionen zu erwarten, dass die stark ansteigende Nachfrage zumindest teilweise zu höheren Preisaufschlägen führt. So wird der Deflator für die öffentlichen Bauinvestitionen im kommenden Jahr wohl wieder merklich steigen.

Insgesamt dürften die Bauinvestitionen in diesem Jahr noch in etwa stagnieren (0,1 Prozent), bevor sie im Jahr 2026 über alle Sparten hinweg wohl deutlich um 3,2 Prozent zulegen werden (Tabelle 6).

### Außenhandel – Exportaufschwung auf Zeit

Nachdem die Warenexporte in der zweiten Jahreshälfte 2025 dramatisch einbrachen, legten sie im ersten Quartal überraschend deutlich zu (3,9 Prozent). Das führte zu einem spürbaren Anstieg der Ausfuhren insgesamt (3,2 Prozent). Gestützt wurde die starke Dynamik von vorgezogenen Lieferungen in die USA: Deutliche Exportzuwächse zeigten sich vor allem bei pharmazeutischen Produkten, Kraftfahrzeugen und elektronischen Ausrüstungen. Zugleich erholten sich die zuvor stark rückläufigen Ausfuhren nach China

<sup>8</sup> Der Zuwachs der Wohnungsbaukredite betrug im ersten Quartal 2025 preisbereinigt etwa 15 Prozent zum Vorquartal und mehr als 30 Prozent zum ersten Quartal 2024. Das Volumen lag allerdings noch knapp 40 Prozent unter dem Wert des ersten Quartals 2022.

Tabelle 6

### Reale Investitionen In Prozent

	2024	2024	2025	2026
	Anteile in Prozent	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		
Wohnungsbau	60,4	-5,0	0,1	2,9
Nichtwohnungsbau	39,6	-0,3	0,1	3,8
Gewerblicher Bau	24,1	-2,9	1,3	3,6
Öffentlicher Bau	15,5	3,9	-1,8	4,2
Bauinvestitionen	100,0	-3,2	0,1	3,2
Ausrüstungen		-5,4	-0,5	6,8

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2025.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2025.

© DIW Berlin 2025

und in die Eurozone leicht. Gerade bei den China-Ausfuhren ist jedoch trotz eines Anstiegs beim sonstigen Fahrzeugbau bislang keine Trendwende erkennbar, da die Nachfrage nach Kfz- und Maschinenimporten weiterhin verhalten blieb. Die Dienstleistungsexporte nahmen im ersten Quartal um 1,3 Prozent zu, wobei die Zuwächse vor allem bei den Gebühren für geistiges Eigentum sowie IT und EDV zu verzeichnen waren.

Vorzieheffekte werden wohl auch im laufenden Quartal die Warenexporte stützen – daneben dürfte eine Belebung der innereuropäischen Nachfrage die Exporte leicht anschieben. Entsprechend haben sich die ifo-Exportorerwartungen im Mai spürbar aufgehellt. Der Zuwachs dürfte allerdings geringer ausfallen als noch zu Jahresbeginn. Die seit dem „Liberation Day“ bestehenden handelspolitischen Spannungen lasten auf den Unternehmen und halten die Exportorerwartungen im negativen Bereich. In der zweiten Jahreshälfte, wenn es annahmegemäß zu einer handelspolitischen Einigung zwischen den USA und der EU gekommen ist, dürfte der Wegfall vorgezogener Lieferungen die Warenexporte spürbar belasten. So werden die Ausfuhren im laufenden Jahr trotz des starken Auftakts voraussichtlich um 0,4 Prozent zurückgehen.

Erst im kommenden Jahr dürften die Exporte dank einer anziehenden Auslandsnachfrage wieder leicht zulegen und mit einer Rate von 0,5 Prozent wachsen. Insgesamt wird die Bedeutung der Warenexporte gemessen an der Wirtschaftsleistung im Zuge struktureller Anpassungen im Verarbeitenden Gewerbe über den Prognosezeitraum hinweg jedoch weiter kontinuierlich abnehmen.

Die Importe legten im ersten Quartal mit 1,1 Prozent ebenfalls kräftig zu. Auch hier dürften Vorzieheffekte eine Rolle gespielt haben: Die Importe zogen in ähnlichen Warenkategorien an wie die Exporte (pharmazeutische Produkte, Maschinen und elektronische Ausrüstungen). Insbesondere die gestiegene Nachfrage exportorientierter Unternehmen nach Vorleistungsgütern, aber auch die Ausweitung des

Tabelle 7

**Indikatoren zur Außenwirtschaft<sup>1</sup>**

In Prozent bzw. Milliarden Euro

	2024	2025	2026
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent		
Exporte, preisbereinigt	-1,8	-0,4	0,5
Waren	-2,7	-0,9	0,1
Dienstleistungen	1,4	1,1	2,0
Importe, preisbereinigt	-0,7	1,3	1,8
Waren	-2,5	1,4	1,6
Dienstleistungen	3,8	1,2	2,2
Terms of Trade	1,3	-0,5	-0,3
	In Milliarden Euro		
Außenbeitrag, nominal	169,0	133,9	108,8

<sup>1</sup> In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2025.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2025.

privaten Konsums dürften zum Anstieg der Einfuhren beigetragen haben. Dabei wurde vor allem aus dem europäischen Ausland mehr importiert. Bei den Dienstleistungen waren weiterhin robuste Zuwächse der Importe von IT- und EDV-Produkten zu verzeichnen, während der Reiseverkehr spürbar nachließ. Insgesamt blieb das Importvolumen der Dienstleistungen weitgehend unverändert.

Im laufenden Quartal dürften die Importe zwar zunächst noch von Vorzieheffekten profitieren, gleichzeitig aber durch eine schwache Binnennachfrage gedämpft werden. Mit dem Wegfall der Nachfrage exportorientierter Unternehmen werden sie wohl weiter abflachen. Gestützt durch das Sondervermögen für Infrastruktur und zusätzliche Militärausgaben dürfte sich die starke Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen auch in den Warenimporten niederschlagen und ab 2026 für einen deutlichen Anstieg sorgen. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass die allmähliche Erholung des privaten Konsums sowie die robuste Nachfrage nach IT- und EDV-Dienstleistungen sowohl die Waren- als auch die Dienstleistungsimporte zusätzlich stützen. Insgesamt dürften die Importe in diesem Jahr um 1,3 Prozent wachsen und sich im kommenden Jahr mit einer Rate von 1,8 Prozent nochmal beschleunigen (Tabelle 7).

Der Anstieg der Außenhandelspreise in der zweiten Jahreshälfte 2024 aufgrund gestiegener Preise fossiler Energieträger und Mineralölzeugnisse dürfte sich im laufenden Jahr nicht fortsetzen: Gemäß der Energiepreisannahmen ist mit einer Entschleunigung zu rechnen. Erste Preisdaten implizieren rückläufige Importpreise im laufenden Quartal. Im dritten und vierten Quartal des laufenden Jahres dürften die Gegenzölle der EU auf US-Einfuhren allerdings bei den Importpreisen für zusätzlichen Preisauftrieb sorgen. Damit dürften sich die Terms of Trade über den Prognosezeitraum weiter zurückbilden und in Richtung des langjährigen Mittels tendieren.

**Öffentliche Haushalte: Staat dreht Ausgabenhahn auf**

Das gesamtstaatliche Defizit stabilisiert sich im laufenden Jahr auf Vorjahresniveau. Zwar trägt die moderat restriktiv ausgerichtete Finanzpolitik dazu bei, die öffentlichen Kassen wieder etwas zu füllen. Dem gegenüber stehen allerdings Mehrausgaben aufgrund der weiterhin zunächst stockenden Konjunktur. Im nächsten Jahr ändert sich das Bild: Mit der anziehenden Wirtschaft steigen die Steuereinnahmen, während die Ausgaben für konjunkturabhängige soziale Sicherungssysteme sinken. Allerdings führt das allmähliche Ausschöpfen der neuen Verschuldungsspielräume im Rahmen des Sondervermögens Infrastruktur und für Verteidigung zu einer deutlichen Ausweitung des gesamtstaatlichen Defizits.

Während die Staatsausgaben im gesamten Prognosezeitraum stärker als das nominale BIP expandieren, weisen die Staatseinnahmen nach einem Aufholprozess in diesem Jahr im kommenden Jahr eine etwas geringere Dynamik auf als das nominale BIP.

Bei der Lohn- und Einkommensteuer dürfte eine stabil zunehmende Bruttolohnsumme, die nach dem Wegfall der Inflationsausgleichsprämie vollständig steuer- und abgabepflichtig ist, die Einnahmendynamik im laufenden Jahr stärken. Dämpfend wirken allerdings vor allem im kommenden Jahr Anpassungen des Einkommensteuertarifs zum Ausgleich der kalten Progression. Die Staatseinnahmen durch gewinnabhängige Steuern dürften wegen der wirtschaftlichen Lage im laufenden Jahr deutlich verhaltener steigen. Im kommenden Jahr ist zwar mit einer Erholung zu rechnen, einschränkend wird allerdings wohl zu Buche schlagen, dass vermehrt Abschreibungen aufgrund der im Rahmen des Investitionssofortprogramms vom Kabinett verabschiedeten degressiven Absetzung für Abnutzung (AfA) geltend gemacht werden. Einnahmen durch die Umsatzsteuer werden im laufenden und kommenden Jahr gestützt durch den anziehenden privaten Konsum und eine solide Ausweitung der Bauinvestitionen. Die sonstigen Produktionsabgaben werden wohl maßgeblich von den Erhöhungen der CO<sub>2</sub>-Abgabe zu den Jahreswechsellern 2025 und 2026 angeschoben. Insgesamt dürften die Steuereinnahmen im laufenden Jahr um 2,6 Prozent zunehmen und im Jahr 2026 schließlich um 3,0 Prozent. Die Steuerquote verharrt damit im Prognosehorizont bei circa 23 Prozent.

Die Sozialversicherungen verzeichnen im laufenden wie auch im kommenden Jahr kräftig steigende Einnahmen. Grund dafür sind der deutlich höhere durchschnittliche Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung und gestiegene Beiträge bei der Pflegeversicherung. Hinzu kommen im laufenden Jahr Mehreinnahmen dadurch, dass vormalige Zahlungen der Inflationsausgleichsprämie teilweise durch abgabenbelegte Lohnbestandteile ersetzt werden.

Die Zinssenkungen der EZB haben das Wachstum der vom Staat empfangenen Vermögenseinkommen im vergangenen

Tabelle 8

**Ausgewählte finanzpolitische Indikatoren<sup>1</sup>**  
In Prozent (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt)

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs-saldo	Nachrichtlich: Zinssteuer-quote <sup>2</sup>	Staatsschul-denquote nach Maastricht
	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozialbeträge		Zinsausgaben	Brutto-investitionen			
2015	45,4	23,4	16,2	44,5	1,4	2,4	0,9	5,9	71,2
2016	45,9	23,7	16,4	44,7	1,2	2,4	1,1	5,0	68,3
2017	45,9	23,8	16,5	44,6	1,0	2,5	1,3	4,3	64,0
2018	46,6	24,1	16,7	44,7	0,9	2,6	1,9	3,8	60,8
2019	46,9	24,1	16,9	45,6	0,8	2,7	1,3	3,3	58,7
2020	46,7	23,2	17,6	51,1	0,6	3,1	-4,4	2,8	68,0
2021	47,5	24,4	17,2	50,7	0,6	2,9	-3,2	2,4	68,1
2022	46,9	24,3	16,9	49,0	0,7	2,8	-2,1	2,9	65,0
2023	45,9	23,0	17,0	48,4	0,9	2,8	-2,5	3,8	62,9
2024	47,0	23,1	17,6	49,7	1,1	2,9	-2,7	4,6	63,8
2025	47,9	23,2	18,4	50,5	1,1	3,0	-2,6	4,9	64,9
2026	47,8	23,0	18,5	51,1	1,2	3,2	-3,3	5,3	65,8
2026/2023	47,1	23,1	17,9	49,9	1,1	3,0	-2,8	4,7	64,4

1 In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2 Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

Anmerkung: Prognose ab 2025.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2025.

Jahr deutlich gebremst. Auch für das laufende und kommende Jahr ist hier nur noch eine moderate Steigerung der Zinseinnahmen zu erwarten. Die Verkäufe des Staates wurden unter anderem durch die Anhebung und Ausweitung der Lkw-Maut im vergangenen Jahr dynamisch ausgeweitet. Im weiteren Prognoseverlauf werden sie wohl weiter solide zulegen, begünstigt durch die Anhebung des Preises des Deutschlandtickets auf 58 Euro zum Jahreswechsel 2025. Die sonstigen laufenden Transfers schwanken stark – vor allem wegen der Zahlungen aus dem Next-Generation-EU-Aufbauinstrument. Über den Prognosehorizont wird hier mit geringen Zuwächsen gerechnet.

Alles in allem dürften die Staatseinnahmen im laufenden Jahr um 4,5 Prozent und im Jahr 2026 um 3,5 Prozent steigen. Damit erhöht sich die Staatseinnahmenquote im laufenden Jahr deutlich auf 47,9 Prozent und verharrt dort im kommenden Jahr.

Auf der Ausgabenseite dürften die Staatsfinanzen durch konjunkturelle, strukturelle und diskretionäre Elemente belastet werden. Im Prognosehorizont werden sich die Ausgaben trotz konjunktureller Erholung wohl deutlich dynamischer entwickeln als die Einnahmen, da von finanzpolitischen Maßnahmen deutliche expansive Impulse ausgehen.

Die mit der aktuellen wirtschaftlichen Schwächephase einhergehende weiter steigende Zahl von Arbeitslosen und Bürgergeldempfänger\*innen schlägt sich in deutlich zunehmenden Ausgaben für monetäre Sozialleistungen nieder. Zudem wirkt im ersten Halbjahr 2025 noch die robuste

Rentenerhöhung zum Juli des Vorjahres nach. Über den Prognosehorizont dürfte sich die Dynamik der monetären Sozialleistungen nur leicht abschwächen. Entlastend für das Staatsbudget wirkt, dass die Sätze zur Grundsicherung zum 1. Januar 2025 nicht weiter angehoben wurden. Dass die Preis- und Lohndynamik weiter an Fahrt verlieren sollte, dürfte zwar im weiteren Prognoseverlauf zu geringeren Rentenanpassungen führen, die Zahl der Rentenempfänger\*innen alterungsbedingt aber weiter zunehmen.

Die sozialen Sachleistungen werden im laufenden und kommenden Jahr wohl weiter deutlich ausgeweitet werden, da die Nachfrage nach Pflege- und Gesundheitsleistungen im Zuge der alternden Gesellschaft voraussichtlich steigen wird. Bei den Vorleistungskäufen trägt die vorläufige Haushaltsführung aktuell zu einer Atempause bei. Nach dem Verabschieden des Haushalts 2025 und der Errichtung des Sondervermögens Infrastruktur dürfte sich die Dynamik wieder beschleunigen. Auch Ausgaben im Rahmen des Sondervermögens Bundeswehr tragen weiter dazu bei.

Die Arbeitnehmerentgelte des Staates sind im vergangenen Jahr hauptsächlich durch die Einmalzahlungen an Beschäftigte der Länder noch einmal deutlich gestiegen. Im laufenden Jahr wirkt der Wegfall von Einmalzahlungen dem ausgabentreibenden Effekt dauerhafter Tabellenanhebungen entgegen. Wegen des sich bereits deutlich abgeschwächten Inflationsgeschehens fallen Lohnsteigerungen zudem geringer aus als zuvor, sodass die Ausgaben für Arbeitnehmerentgelte im laufenden Jahr mit einer geringeren Rate als zuletzt expandieren dürften. Im kommenden Jahr wird

die angestrebte Erhöhung der Verteidigungsausgaben sich wohl auch in einem Personalaufbau niederschlagen und die geleisteten Arbeitnehmerentgelte wieder etwas mehr steigen lassen.

Getrieben werden die Staatsausgaben wohl auch von den Bruttoinvestitionen. Im laufenden Jahr betrifft dies allen voran die Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen im Rahmen des Sondervermögens Bundeswehr. Die Bauinvestitionen des Staates dürften ab dem kommenden Jahr mit dem Sondervermögen Infrastruktur an Dynamik gewinnen. Die sonstigen Subventionen werden voraussichtlich durch die Senkung der Stromsteuer und der Netzentgelte im Rahmen des „Sofortprogramms“ ab dem Spätsommer eine merkliche Expansion aufweisen.

Die Vermögenstransfers werden sich wohl in diesem Jahr durch geringere Mittelabflüsse aus dem KTF und geringere Unterstützungsleistungen an die Ukraine als im Vorjahr rückläufig entwickeln. Mit dem Aufstocken beider Posten durch das Sondervermögen Infrastruktur und Mehrausgaben für den erweiterten Verteidigungsbegriff wird sich die Dynamik im Jahr 2026 wieder erhöhen. Da ein wachsender Anteil von Staatsanleihen mit längeren Laufzeiten sukzessive zu dem im Vergleich zur Niedrigzinsphase deutlich höheren Zinssatz refinanziert werden musste, haben die

geleisteten Vermögenseinkommen deutliche Anstiege verzeichnet. Über den Prognosehorizont dürfte sich diese Dynamik wieder abschwächen. Der Beschluss der zusätzlichen Verschuldungsspielräume hat für sich genommen allerdings zu einem leichten Anstieg des Zinsniveaus geführt. Gegenläufig werden sich wohl die sonstigen laufenden Transfers entwickeln, wo höhere Zahlungen an die EU in den kommenden Jahren die Dynamik anschieben dürften.

Die Staatsausgaben werden in diesem Jahr voraussichtlich um 4,2 Prozent steigen und im kommenden Jahr um 4,8 Prozent. Gemessen am nominalen BIP dürften sie somit ausgehend von 49,7 Prozent im Jahr 2024 über den Prognosehorizont bis auf 51,1 Prozent zunehmen. Der Finanzierungssaldo des Staates wird sich im laufenden Jahr zunächst minimal von minus 2,7 auf minus 2,6 Prozent verbessern, um dann im kommenden Jahr auf minus 3,3 Prozent abzurutschen. Wegen der schwachen Konjunktur und hoher Zinsausgaben nimmt der strukturelle Primärsaldo im laufenden Jahr analog zur leicht restriktiven Finanzpolitik um 0,2 Prozentpunkte auf minus 0,7 Prozent in Relation zum Produktionspotenzial zu (Abbildung 4). Im nächsten Jahr verschlechtert es sich unter nahezu geschlossener Outputlücke um 1,1 Prozentpunkte auf minus 1,8 Prozent. Der Bruttoschuldenstand des Staates wird sich von 63,8 Prozent im Jahr 2024 auf 65,8 Prozent im Jahr 2026 erhöhen (Tabelle 8).



## INTERVIEW

# „Öffentliche Mehrausgaben schieben Konjunktur schon in der kurzen Frist an“

Geraldine Dany-Knedlik ist Leiterin des Bereichs Prognose und Konjunkturpolitik in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin



- 1. Frau Dany-Knedlik, die erratische Handelspolitik der USA bestimmt nach wie vor die Weltwirtschaft. Wie hat sich die deutsche Wirtschaft in diesem Umfeld zuletzt entwickelt?** Zum Jahresauftakt gab es eine positive Überraschung: Die deutsche Wirtschaft hat unerwartet deutlich expandiert. Das liegt zum Teil daran, dass vorgezogene Lieferungen und Käufe seitens der USA unsere Exporte angeschoben haben. Das heißt, Vorzieheffekte überlagern etwas die unterliegende konjunkturelle Entwicklung in Deutschland.
- 2. Gab es noch weitere Stützen der Konjunktur?** Ja, es gab eine deutliche Erholung des privaten Konsums. Trotz anziehender Reallöhne und eines starken Wachstums der real verfügbaren Einkommen hatten wir zuvor noch keine merkliche Erholung im privaten Konsum gesehen. Zum Jahresauftakt gab es jedoch kräftige Zuwächse. Das stimmt uns positiv.
- 3. Wie sieht es im Verarbeitenden Gewerbe und bei den Dienstleistungen aus?** Auch im Verarbeitenden Gewerbe kam es zuletzt zu wieder etwas kräftigeren Zuwächsen. Was uns etwas Sorgen macht, ist die deutliche Eintrübung der Stimmung bei den Dienstleistungen. Zu unserer Überraschung hat sich aber die Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe etwas verbessert. Das hätte man vor dem Hintergrund der von den USA angekündigten Zollerhöhungen anders erwartet.
- 4. Wie stark wirkt sich die Zollpolitik der USA auf die Konjunktur in Deutschland aus?** Das ist natürlich ein großer, dämpfender Faktor. Zu einen belasten die tatsächlich stattfindenden Zollerhöhungen unsere Warenausfuhren. Zum anderen sorgt das Hin und Her in der Zollpolitik seitens der USA für eine steigende Unsicherheit, weil Unternehmen weltweit nicht wissen können, wie die Handelspolitik der USA in den nächsten Jahren aussehen wird. Das beeinträchtigt auch die Planbarkeit von Investitionen. Es geht also nicht nur darum, dass wir durch höhere Zölle weniger Ausfuhren

haben, sondern auch darum, Klarheit in der US-Handelspolitik zu bekommen, damit Investitionen von Unternehmen wieder planbar werden.

- 5. Wie und wann werden sich die geplanten öffentlichen Investitionen der neuen Bundesregierung bemerkbar machen?** Wir gehen davon aus, dass erst ab dem kommenden Jahr Mittel, aber dann in erheblicher Höhe, abfließen werden, allerdings immer noch weniger, als durchschnittlich abfließen müssten. Bei dem Investitionspaket von 500 Milliarden Euro für zwölf Jahre wären das im Jahresdurchschnitt rund 40 Milliarden Euro. Es braucht jedoch einfach eine gewisse Zeit, um Investitionen zu planen und Projekte zu vergeben. Das wird alles bis ins nächste Jahr hinein dauern. Dementsprechend wird etwas mehr als die Hälfte der 40 Milliarden für dieses Jahr erst im kommenden Jahr abfließen. Es stellt sich zudem die Frage: Wo fließen diese Gelder rein? Was sind das für Projekte und was haben diese Projekte für einen Effekt auf das Wirtschaftswachstum? Insgesamt gehen wir davon aus, dass ein deutlicher Effekt schon im kommenden Jahr spürbar ist.
- 6. Mit welchen Wachstumszahlen rechnen Sie?** Wir denken, dass wir in Deutschland im kommenden Jahr ein Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent haben werden. Die Mehrausgaben für öffentlichen Projekte werden auch in der kurzen Frist schon die Konjunktur anschieben. Wir gehen davon aus, dass öffentliche Investitionen einen langfristigen durchschnittlichen Multiplikator von zwei haben, dass also für jeden Euro der öffentlich investiert wird, wieder zwei Euro reinkommen. Bei öffentlichen Geldern, die sich auf den Konsum oder auf Subventionen beziehen, ist der Multiplikator etwas kleiner. Das gilt auch für Militärausgaben, zumindest in der kurzen Frist.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf [www.diw.de/interview](http://www.diw.de/interview)

# Weltwirtschaft: Trumps Zollpolitik hinterlässt Spuren – insbesondere in den USA

Nach einer Phase solider wirtschaftlicher Entwicklung hat sich das globale Wirtschaftswachstum im ersten Quartal 2025 merklich abgeschwächt. Das weltweite Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg gegenüber dem Vorquartal um 0,8 Prozent; im Schlussquartal 2024 waren es noch 1,1 Prozent (Abbildung 7). Dabei verzeichneten sowohl die fortgeschrittenen Volkswirtschaften als auch die Schwellenländer gleichermaßen geringere Zuwächse als noch zu Jahresende. Auch in den kommenden Quartalen ist wegen höherer Handelshemmnisse keine kräftige Belebung zu erwarten.

Der schwächere Jahresauftakt stand vor allem im Zeichen der US-Politik: Die Erhöhung der US-Zölle und entsprechende Gegenmaßnahmen führten weltweit zu stärkeren Handelshemmnissen. Ständige Änderungen in angekündigten und bereits erlassenen US-Zöllen haben zudem die Verunsicherung noch einmal deutlich steigen lassen. Damit setzte die US-Handelspolitik die wirtschaftliche Entwicklung in vielen Regionen unter Druck.

Kurzfristige Effekte der Zollpolitik prägen seit Jahresbeginn vielerorts die Konjunktur. Aus Sorge vor kommenden höheren Einfuhrzöllen beziehungsweise Preissteigerungen haben viele in den USA ansässige Unternehmen Lieferungen aus dem Ausland vorverlegt. Dies ließ vor allem die Importe in die USA im ersten Quartal stark steigen und kräftigte gleichzeitig in eng verflochtenen Volkswirtschaften die Exporte (Abbildung 8). Aufgrund dieser Vorzieheffekte kühlte sich die gesamtwirtschaftliche Aktivität in den USA mit einem Rückgang von 0,1 Prozent gegenüber dem Vorquartal abrupt ab. Allerdings unterzeichnet dies die bislang robuste binnenwirtschaftliche Entwicklung in den USA, die sich auch in einem weiterhin stabilen Arbeitsmarkt widerspiegelt.

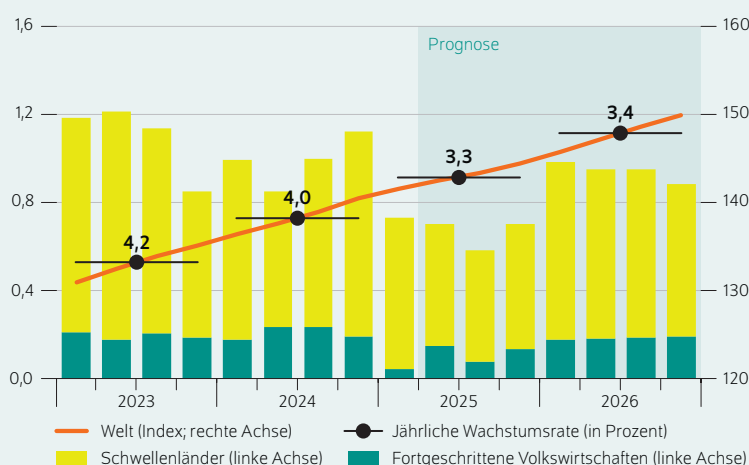
Die entsprechend höheren Exporte in die USA stützten in vielen mit den USA verflochtenen Ländern kurzfristig die dortige wirtschaftliche Entwicklung. In China trugen – wie schon im Schlussquartal 2024 – die hohen Ausfuhren weiterhin spürbar zum Wachstum bei. Dabei haben wohl chinesische Unternehmen Warenlieferungen in die USA vorgezogen und insbesondere über südostasiatische Länder ausgeliefert. Die chinesische Binnennachfrage verlor hingegen aufgrund eines anhaltend schwachen Immobiliensektors weiter an Tempo. Insgesamt verlangsamte sich die Expansion von 1,6 Prozent zum Jahresende 2024 auf 1,2 Prozent im ersten Quartal. Ein ähnliches Muster zeigte sich in Mexiko, wo ein ansonsten schwaches erstes Quartal vorübergehend durch außenwirtschaftliche Impulse stabilisiert wurde.

Vorgezogene US-Käufe hinterließen auch in einigen Volkswirtschaften auf dem europäischen Kontinent ihre Spuren. So fiel im Vereinigten Königreich das Wachstum mit

Abbildung 7

## Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts

In Prozent zum Vorquartal (linke Achse); Index 1. Quartal 2015 = 100 (rechte Achse)



Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2025.

© DIW Berlin 2025

Die gestiegenen Handelshemmnisse belasten sowohl die Schwellenländer als auch die fortgeschrittenen Volkswirtschaften.

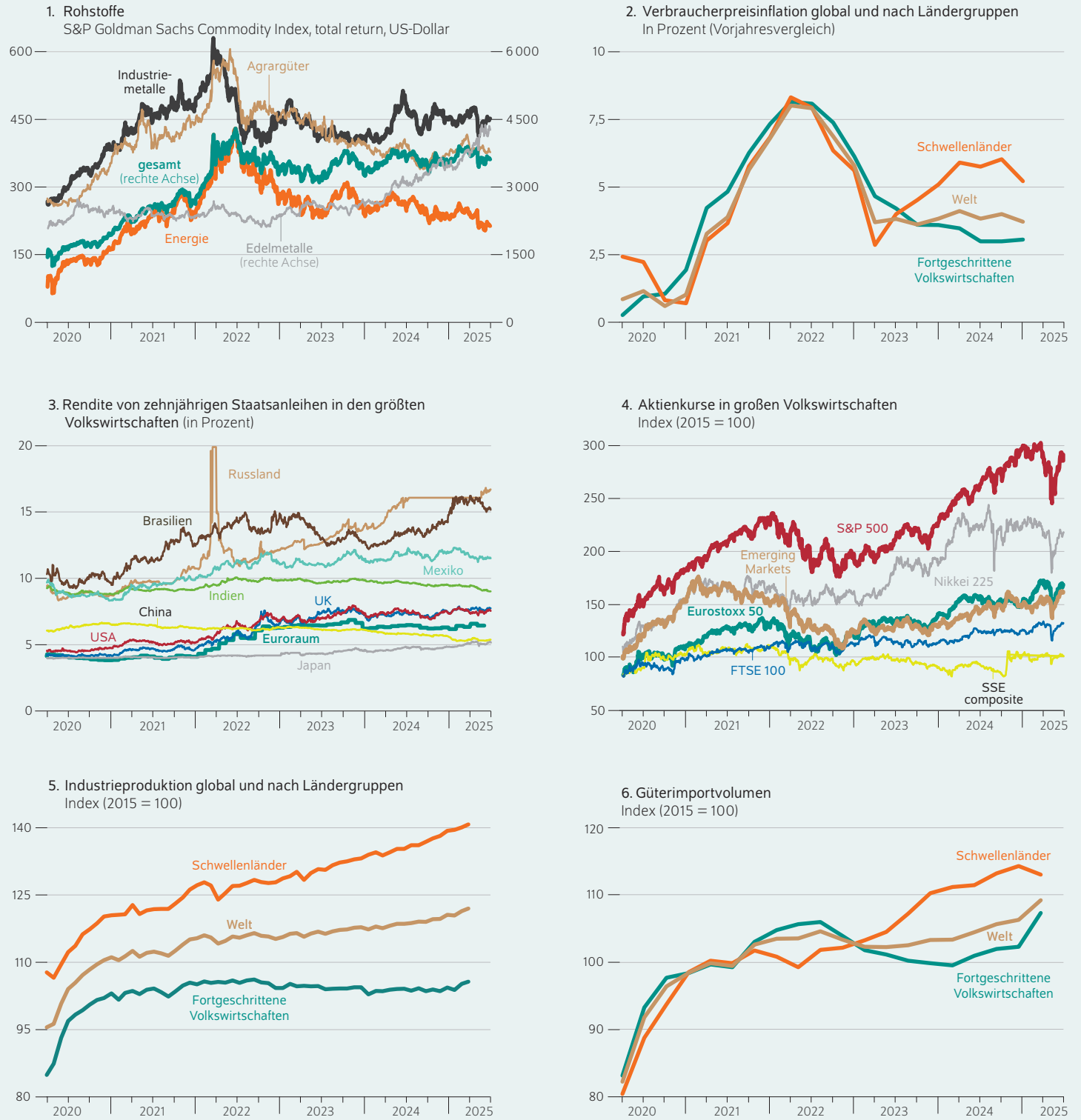
0,7 Prozent überraschend kräftig aus – getragen von Konsum, Investitionen und vorgezogenen Warenexporten. Im Euroraum schlugen sich starke Exporte in die USA vor allem in der Konjunktur von Deutschland und Irland nieder. Insgesamt legte die Währungsunion, gestützt durch vielerorts robusten Konsum und rege Investitionstätigkeit, im ersten Quartal kräftig um 0,6 Prozent zu.

In einigen asiatischen Ländern spielten vorgezogene Lieferungen in die USA eher eine untergeordnete Rolle. In Indien trug vor allem eine robuste Binnennachfrage zu der anhaltend kräftigen wirtschaftlichen Aktivität bei. In Japan und Südkorea, wo die Binnenwirtschaft bereits zuvor schwächelte und vorgezogene Ausfuhren ausblieben, gingen die wirtschaftlichen Aktivitäten im ersten Quartal um jeweils 0,2 Prozent zurück.

Der Welthandel zog mit den vorgezogenen Lieferungen in die USA merklich an. Das Quartalswachstum beschleunigte sich von 0,5 Prozent im Schlussquartal 2024 auf 2,0 Prozent im ersten Quartal. Diese temporären Impulse dürften jedoch im weiteren Jahresverlauf allmählich auslaufen, wodurch die Folgen der gestiegenen Handelshemmnisse für den globalen Handel zum Tragen kommen werden.

Abbildung 8

Indikatoren zum weltwirtschaftlichen Umfeld



Anmerkung: Letzte Beobachtungen: 27. Mai 2025 (Abbildungsteil 1); 31. März 2025 (Abbildungsteil 2); 27. Mai 2025 (Euroraum: 30. April 2025) (Abbildungsteil 3); 28. Mai 2025 (Abbildungsteil 4); 27. Mai 2025 (Abbildungsteil 5); 31. März 2025 (Abbildungsteil 6).

Quellen: S&P Dow Jones Indices; Deutsche Börse; CBOE; EZB; PBoC; Federal Reserve; BoE; BOJ; Central Bank of Brazil; Bureau of Labor Statistics; IHS Markit; CPB World Trade Monitor.

## Zollchaos bremst Weltwirtschaft aus

Die handelspolitischen Spannungen haben sich im zweiten Quartal weiter verschärft und werden wohl auch in diesem und den kommenden Quartalen das weltwirtschaftliche Umfeld belasten. Am sogenannten „Liberation Day“ am 2. April kündigte die US-Administration eine Vielzahl neuer Zölle auf Importe aus fast allen Herkunftsländern an, was zu großer Verunsicherung bei Unternehmen und erhöhter Volatilität an den Finanzmärkten führte (Abbildung 9). Zahlreiche Handelspartner ergriffen Gegenmaßnahmen, wodurch die weltweiten Handelsbarrieren weiter stiegen. Zwar wurden die meisten neu angekündigten reziproken Zölle kurz darauf wieder ausgesetzt, doch der Basiszollsatz von zehn Prozent bleibt bestehen. Somit ist ein Handelsregime entstanden, das den globalen Warenverkehr und die Planbarkeit für Unternehmen erheblich belastet.

Die Zollerhöhungen im Kontext des „Liberation Day“ führten auch zu einer spürbaren Eintrübung der globalen Konjunkturstimmung. Zentrale Frühindikatoren reagierten mit deutlichen Rückgängen. Der globale Einkaufsmanagerindex für Dienstleistungen sank zwischen März und April zeitweilig um 1,8 Punkte, kletterte im Mai wieder auf 52 Punkte und verblieb somit über der Expansionsschwelle von 50 Punkten. Besonders unternehmensnahe Dienstleistungen litten unter der gestiegenen Unsicherheit infolge der verschärften Handelskonflikte. Der globale Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe fiel im April unter die 50-Punkte-Marke und nahm auch im Mai weiter ab. Während sich der Index im Euroraum und den USA im Mai stabilisierte, fiel er in China deutlich.

Insgesamt signalisieren die Frühindikatoren eine weiterhin verhaltene konjunkturelle Entwicklung im zweiten Quartal. Für die vorliegende Prognose wird unterstellt, dass die derzeit geltende US-Zollstruktur über den gesamten Prognosezeitraum Bestand hat (Kasten 1). Diese umfasst universelle Einfuhrzölle in Höhe von zehn Prozent, erhöhte Zölle gegenüber China von 40 Prozent sowie Abgaben von 25 Prozent auf bestimmte Produktgruppen wie Fahrzeuge, Fahrzeugteile, Stahl und Aluminium.<sup>9</sup> Die Einführung weiterer Strafzölle wurde zwar beschlossen beziehungsweise angekündigt, ist aktuell jedoch ausgesetzt. Es wird angenommen, dass diese Aussetzung dauerhaft bestehen bleibt, da eine nachträgliche Umsetzung politisch als wenig realistisch gilt. Vergeltungszölle Chinas in Höhe von zehn Prozent auf sämtliche US-Importe sowie entsprechende Gegenmaßnahmen weiterer Autoexportländer sind bereits in Kraft und im Basisszenario berücksichtigt. Es wird unterstellt, dass auch die Europäische Kommission ab Juli Gegenmaßnahmen ergreift.<sup>10</sup> Diese dürften gezielt und moderat ausgestaltet sein, sodass die binnenwirtschaftlichen Effekte begrenzt bleiben dürften.

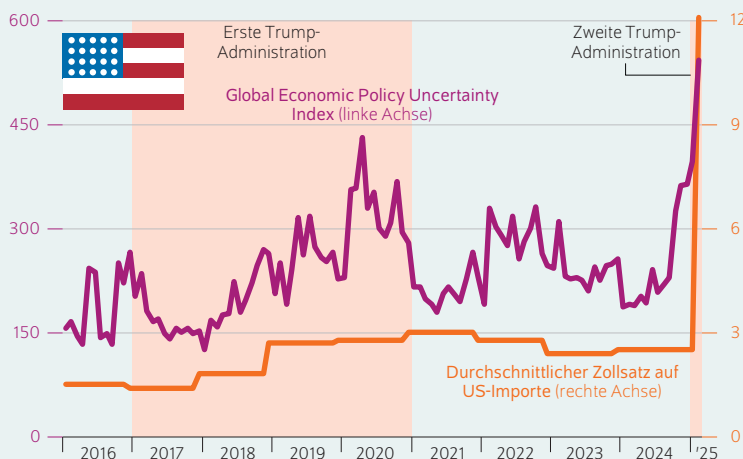
<sup>9</sup> Derzeit gelten erhöhte Importzölle auf Aluminium und Stahl von 50 Prozent. Es wird davon ausgegangen, dass es zu einem Zugeständnis kommt, sodass diese annahmegemäß künftig nur mit 25 Prozent bezollt werden.

<sup>10</sup> Vgl. Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 9. Mai 2025: Reaktion auf US-Zölle: Kommission startet Konsultation und bereitet WTO-Verfahren vor (online verfügbar).

Abbildung 9

### Weltweite ökonomische Unsicherheit und US-Zölle

Index in Punkten (linke Achse) und durchschnittliche US-Importzölle in Prozent (rechte Achse)



Anmerkung: Stand 31. Mai 2025.

Quellen: Tax Foundation; Economic Policy Uncertainty; eigene Darstellung.

© DIW Berlin 2025

Die Unsicherheit ist infolge der US-Zollpolitik weltweit extrem gestiegen.

Insgesamt wird sich die Weltkonjunktur wohl auch im zweiten Quartal schwach entwickeln. Zwar ist noch mit vorgezogenen Käufen aus den USA zu rechnen, aber in geringerem Umfang als im ersten Quartal. Das weltweite BIP legt voraussichtlich lediglich um 0,7 Prozent gegenüber dem Vorquartal zu, bedingt vor allem durch eine wirtschaftliche Abkühlung in den Schwellenländern.

Auch in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist mit geringeren Zuwächsen zu rechnen – mit Ausnahme der USA, wo ein Anstieg der Wirtschaftsleistung um 0,4 Prozent erwartet wird. Diese Entwicklung dürfte auf vorgezogene private Konsumausgaben zurückzuführen sein – ausgelöst durch die erwartete Ausweitung der US-Zölle und den damit verbundenen Preissteigerungen. Die Wirtschaft im Euroraum wird im zweiten Quartal wohl nur stagnieren. Dabei dürfte Spanien – bedingt durch einen robusten Konsum – mit einem Wachstum von 0,5 Prozent erneut zu den Wachstumsstützen zählen, während Frankreich wohl weiterhin kaum vom Fleck kommen wird.

### Im kommenden Jahr dürfte Finanzpolitik Konjunktur stützen

Für den weiteren Prognoseverlauf wird erwartet, dass die Weltwirtschaft im Jahr 2025 weiter an Schwung verliert, bevor sie sich im nächsten Jahr wieder in Trippelschritten erholen dürfte. In diesem Jahr werden wohl vor allem Handelshemmnisse und die damit verbundene Unsicherheit die wirtschaftliche Aktivität noch belasten.

Tabelle 9

**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft**  
In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent								2023	2024	2025	2026
	2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026				
<b>Europa</b>												
Europäische Union	0,6	1,0	1,5	1,8	6,4	2,6	2,5	2,3	6,1	6,0	5,8	5,8
Euroraum	0,6	0,8	1,3	1,3	5,4	2,4	2,2	2,0	6,6	6,4	6,2	6,2
ohne Deutschland	1,2	1,4	1,2	1,3	5,0	2,2	2,0	1,9	8,3	7,8	7,5	7,5
Frankreich	1,1	1,1	0,6	1,2	5,7	2,3	1,7	1,8	7,3	7,4	7,4	7,5
Italien	0,8	0,5	0,7	0,9	5,9	1,1	1,8	1,9	7,7	6,6	6,3	6,3
Spanien	2,7	3,2	2,4	2,1	3,4	2,9	2,3	1,9	12,2	11,4	10,5	10,2
Niederlande	0,1	1,0	1,4	1,1	4,1	3,2	3,0	2,0	3,6	3,7	3,7	3,6
Vereinigtes Königreich	0,4	1,1	1,3	1,4	7,3	2,5	3,2	2,4	4,1	4,3	4,4	4,3
Schweiz	0,7	1,3	1,1	1,2	2,1	1,1	0,3	0,9	4,0	4,3	4,6	4,3
Mittel- und Südosteuropa (MOE)	0,6	1,9	2,5	3,3	11,5	4,0	3,9	3,3	3,6	3,7	3,6	3,5
Türkei	5,1	3,2	2,8	3,1	54,0	58,5	36,9	29,8	9,4	8,7	8,4	8,5
Russland <sup>1</sup>	3,9	4,4	1,5	1,0	5,9	8,5	9,8	7,9	3,2	2,5	2,4	2,4
<b>Amerika</b>												
USA	2,9	2,8	1,4	1,6	4,1	3,0	2,8	2,5	3,6	4,0	4,3	4,5
Mexiko	3,4	1,2	-0,4	0,9	5,5	4,7	3,8	3,1	2,8	2,7	3,4	3,8
Brasilien	3,2	2,9	1,8	1,9	4,6	4,4	5,3	3,8	8,0	6,9	6,9	7,0
<b>Asien</b>												
Japan	1,4	0,2	0,7	0,6	3,3	2,7	2,7	1,7	2,6	2,5	2,4	2,3
Südkorea	1,4	2,1	0,9	2,2	3,6	2,3	2,5	1,9	2,7	2,8	2,9	3,0
China	5,4	5,0	4,3	3,9	-1,7	0,0	0,1	1,1	5,2	5,1	5,2	5,1
Indien	8,8	6,9	6,3	6,5	5,7	4,9	4,1	4,4	8,1	8,0	7,9	7,7
<b>Total</b>												
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	1,8	1,9	1,3	1,5	4,6	3,3	3,0	2,5	4,4	4,5	4,5	4,6
Schwellenländer	5,8	5,1	4,4	4,3	4,2	5,7	5,4	5,4	6,2	6,0	6,0	5,9
Welt	4,2	4,0	3,3	3,4	4,2	3,9	3,8	3,6	5,8	5,7	5,7	5,7
<b>Nachrichtlich:</b>												
Exportgewicht <sup>2</sup>	3,1	2,9	2,4	2,5								
BIP in US-Dollar gewichtet <sup>3</sup>	3,4	3,1	2,7	2,7								

1 Die für Russland prognostizierten Daten sind mit großen Unsicherheiten behaftet. Russland hat nur geringes Gewicht in der Gesamtprognose.

2 Gewichtung der Welt mit den Anteilen an den deutschen Ausfuhren über das Jahr 2024.

3 Gewichtung der Welt mit dem BIP in US-Dollar der Jahre 2023 bis 2026.

Anmerkungen: Die schwarzen Zahlen sind abgerechnete Zahlen. Die Werte der Ländergruppen sind ein gewichteter Durchschnitt, wobei für die Gewichtung des BIP und der Verbraucherpreise das jeweilige BIP in Kaufkraftparitäten aus IMF World Economic Outlook für die Jahre 2023 bis 2026 verwendet wird. Für die Gewichtung der Arbeitslosenzahlen in den Ländergruppen wird die Erwerbsbevölkerung (15 bis 64 Jahre) des jeweiligen Landes für das Jahr 2023 verwendet. MOE besteht aus Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn.

Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2025.

Die vielerorts expansiv ausgerichtete Finanzpolitik dürfte dem teilweise entgegenwirken und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stützen. Im Euroraum ist die Ausrichtung der Fiskalpolitik deutlich expansiver als noch zu Jahresbeginn. Maßgeblich dazu beigetragen haben die umfangreichen deutschen Investitionspakete sowie die durch die gelockerten Fiskalregeln ermöglichte Ausweitung der Verteidigungsausgaben auf EU-Ebene. Dies ist auf die veränderte sicherheitspolitische Lage infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine zurückzuführen – gepaart mit der zunehmenden Unsicherheit über die Rolle der USA als verlässlicher sicherheitspolitischer Partner Europas. Diese finanzpolitischen Maßnahmen werden die Wirtschaft wohl

erheblich stimulieren – ihre konjunkturelle Wirkung dürfte sich jedoch erst zeitverzögert entfalten. Gleichzeitig zwingen hohe Schuldenstände in Ländern wie Frankreich und Italien die Regierungen zu weiteren Konsolidierungen, die die gesamteuropäische Dynamik dämpfen. Auch die Finanzpolitik der USA und des Vereinigten Königreichs sowie Japans und Chinas wird voraussichtlich expansiv ausgerichtet sein und die Konjunktur stützen.

Daneben dürfte die Geldpolitik die Konjunktur ankurbeln: Die Finanzierungsbedingungen haben sich infolge geldpolitischer Lockerungen weltweit verbessert und begünstigen damit die Investitionstätigkeit. Die Europäische Zentralbank

senkte den Einlagesatz im ersten Halbjahr schrittweise auf 2,0 Prozent und gilt damit als neutral ausgerichtet. Weitere Lockerungen werden vorerst nicht erwartet. Die Notenbanken des Vereinigten Königreichs und Indiens werden ihre Zinssenkungen hingegen voraussichtlich zunächst fortsetzen. In China wird die Geldpolitik wohl weiterhin expansiv bleiben, um der schwachen Binnenkonjunktur und den Deflationstendenzen entgegenzuwirken. In den USA hingegen wird die Geldpolitik trotz eines Rückgangs der Inflation auf zuletzt 2,3 Prozent voraussichtlich restriktiv bleiben, da die Zollerhöhungen kurzfristig preistreibend wirken dürften. So wird in den USA für dieses Jahr eine Inflationsrate von 2,8 Prozent erwartet, während sie im Euroraum auf durchschnittlich 2,2 Prozent sinken dürfte – gestützt vor allem durch deutlich gesunkene Energiepreise. Seit Jahresbeginn sind sowohl die Öl- als auch die Großhandelspreise für Gas spürbar gefallen. Auch die globalen Nahrungsmittelpreise dürften weiter rückläufig bleiben.

Trotz der konjunkturellen Abkühlung zeigen sich die Arbeitsmärkte bislang solide und dürften gemeinsam mit sinkenden Energiepreisen wesentlich zu einem robusten Konsum beitragen. Demgegenüber werden allerdings voraussichtlich zunehmende außenwirtschaftliche Unsicherheiten die Investitionstätigkeit beeinträchtigen.

Besonders betroffen dürfte dabei die US-Wirtschaft sein. Für dieses Jahr wird dort nur noch ein vergleichsweise schwaches Wachstum von 1,4 Prozent (Tabelle 9) erwartet. Im Jahr 2026 ist mit einer leichten Beschleunigung auf 1,6 Prozent zu rechnen. Im Euroraum ist im laufenden und im kommenden Jahr mit einem Plus von jeweils 1,3 Prozent zu rechnen. In diesem Jahr dürften der private Konsum und Investitionen das Wachstum tragen, bevor im nächsten Jahr die fiskalischen Impulse aus Deutschland voraussichtlich stützend wirken.

In den Schwellenländern bleibt das Bild uneinheitlich. In China wird die Wachstumsdynamik voraussichtlich weiter abnehmen, bedingt durch eine anhaltend schwache Binnennachfrage und die Handelshemmnisse mit den USA. Auch die mexikanische Wirtschaft wird wohl negativ von den erhöhten Zöllen betroffen sein. In Indien dürfte das Wachstum hingegen kräftig bleiben, auch weil das Land

als alternativer Produktionsstandort zu China von globalen Standortverlagerungen profitieren dürfte. Die mittel- und südosteuropäischen Länder dürften allesamt ein weiterhin robustes Wachstum aufweisen.

Insgesamt wird für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von 1,3 Prozent in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und von 4,4 Prozent in den Schwellenländern erwartet. Für die globale Wirtschaft wird mit einer Wachstumsrate von 3,3 Prozent im Jahr 2025 und 3,4 Prozent im Jahr 2026 gerechnet (Tabelle 9). Die Prognose fällt damit in beiden Jahren vor allem wegen steigender Handelshemmnisse und damit verbundener Unsicherheiten um jeweils 0,2 Prozentpunkte schwächer aus als die Frühjahrsprognose.

Der Ausblick für die Weltwirtschaft bleibt mit erheblichen Risiken behaftet. Das größte Abwärtsrisiko geht von der US-Handelspolitik aus, da weitere angekündigte Maßnahmen – wie eine pauschale Verzollung von EU-Einfuhren von bis zu 50 Prozent – die Handelshemmnisse deutlich verschärfen könnten. Dies würde die wirtschaftliche Entwicklung in Ländern mit enger wirtschaftlicher Verflechtung zu den USA, darunter Deutschland, Italien und die Niederlande, stark belasten.

Ein weiteres Risiko ergibt sich aus der hohen Staatsverschuldung – insbesondere in den USA. Dort plant die Regierung, trotz eines Schuldenstands von über 120 Prozent des BIP bestehende Steuersenkungen zu verlängern und neue einzuführen. Zwar stehen diesen Maßnahmen Einsparungen – etwa durch Kürzungen klimafördernder Investitionsprogramme – sowie zusätzliche Einnahmen aus der Anhebung der Einfuhrzölle gegenüber. Schätzungen des Congressional Budget Office gehen jedoch davon aus, dass die Staatsverschuldung der USA weiter steigen wird. Dies führt zu wachsenden Zweifeln an der fiskalischen Tragfähigkeit, was sich kürzlich schon an den Anleihemärkten zeigte. Diese reagierten bereits mit höheren Risikoaufschlägen: 30-jährige Staatsanleihen notierten im Mai sogar zeitweise über fünf Prozent. Aufgrund der Rolle US-amerikanischer Staatsanleihen als globale sichere Anlage könnte ein weiterer Vertrauensverlust in die USA als verlässlichen Schuldner zu Verwerfungen an den weltweiten Finanzmärkten führen.

### Euroraum stemmt sich gegen US-Zollchaos

Nach einem moderaten Quartalswachstum von 0,3 Prozent zum Jahresende 2024 hat die Wirtschaftsleistung im Euroraum im ersten Quartal um kräftige 0,6 Prozent zugenommen. Davon gehen 0,2 Prozentpunkte auf das Konto Irlands, das mit einem Quartalszuwachs von 9,7 Prozent in das Aggregat einging. Der größte Teil des irischen Wachstums im ersten Quartal ist auf multinationale Konzerne zurückzuführen. Im restlichen Euroraum stärkte neben den privaten Investitionen auch der private Konsum die konjunkturelle Erholung.

In allen großen Mitgliedsländern der Währungsunion weitete sich die Wirtschaftsaktivität zu Jahresbeginn etwas aus. Spanien setzte sein kräftiges Wirtschaftswachstum, wenngleich in geringerem Tempo, mit einem Quartalsplus von 0,6 Prozent fort. Zu verdanken war dies vor allem steigenden Reallöhnen und den damit einhergehenden Zuwächsen

beim privaten Konsum und bei privaten Investitionen. Das italienische BIP wuchs um 0,3 Prozent, getragen vom Verarbeitenden Gewerbe. In Frankreich und den Niederlanden trübte sich das Bild hingegen ein: Die Wirtschaftsleistung nahm jeweils um nur 0,1 Prozent zu. Weder der öffentliche noch der private Konsum trugen in beiden Ländern nennenswert zum Wachstum bei.

Während einige Euro-Länder Lieferungen in die USA vorzogen, die somit stützend wirkten, kamen aus dem Außenhandel insgesamt nur für Deutschland und Irland starke positive Impulse. In Frankreich und den Niederlanden war der Außenhandelsbeitrag sogar negativ.

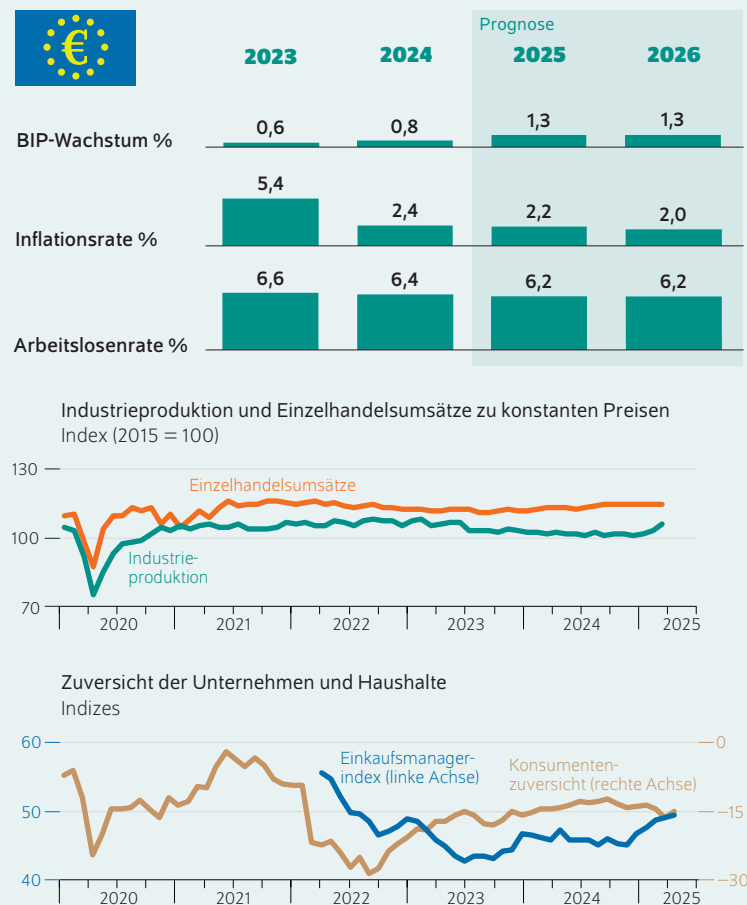
Die Wirtschaft im Euroraum steht im laufenden Quartal unter dem Einfluss des US-Handelskonflikts und dürfte kaum wachsen. Insbesondere die Rückentwicklung der irischen Investitionen und Exporte dürfte das Wachstum insgesamt dämpfen. Die Frühindikatoren zeigen ein leicht eingetrübtes Bild relativ zum Vorquartal. Der Gesamtindex der Einkaufsmanagerindizes stagnierte zuletzt an der Expansionsschwelle von 50 Punkten. Das Konsumentenvertrauen stieg zwar im Mai nach dem Aussetzen der meisten Zollankündigungen der USA, verharrt jedoch weiterhin unter dem langfristigen Mittelwert. Der Einkaufsmanagerindex für den Dienstleistungssektor ist im Euroraum insgesamt gesunken, was vermutlich vor allem auf einen Rückgang der unternehmensnahen Dienstleistungen zurückzuführen ist. Lediglich der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe bewegt sich in Trippelschritten aufwärts und lag im Mai bei 49,4 Punkten, dem höchsten Wert seit über zwei Jahren.

Die Wirtschaftsleistung im Euroraum dürfte sich im weiteren Jahresverlauf wieder leicht beschleunigen und im Gesamtjahr um 1,3 Prozent zunehmen (Abbildung 10). Mit Ausnahme von Frankreich werden sich wohl vor allem die weiterhin steigenden Reallöhne positiv auf den privaten Konsum auswirken. Gleichzeitig belastet die US-Handelspolitik insbesondere die Ausfuhren. In dieser Prognose wird angenommen, dass der Basiszollsatz von zehn Prozent auf alle Exporte in die USA bestehen bleibt, ebenso wie der erhöhte Zollsatz von 25 Prozent auf Aluminium, Stahl, Fahrzeuge und -teile. Ferner wird unterstellt, dass es zu gezielten Gegenmaßnahmen in ähnlichem Umfang auf bestimmte Produktklassen der USA kommt (Kasten 1). Die US-Zölle dürften in den einzelnen Mitgliedsländern zu unterschiedlich starken Exportrückgängen führen. Dabei sind neben Deutschland besonders Italien und die Niederlande betroffen. Dadurch, dass die Gegenmaßnahmen der EU gezielt bestimmte Produkte betreffen und im Umfang wohl geringer ausfallen werden als die Maßnahmen der USA, dürften die negativen Effekte für den Euroraum sehr begrenzt sein.

Auch für das kommende Jahr ist mit einem Wachstum von 1,3 Prozent zu rechnen. Die expansiv wirkenden finanzpolitischen Impulse aus Deutschland, die auch in anderen europäischen Ländern Wachstumseffekte erzielen dürften, werden hier wohl zum Tragen kommen.

Abbildung 10

#### Euroraum auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



Anmerkung: Letzte Beobachtungen März 2025 (Industrie- und Einzelhandelsumsätze); Mai 2025 (Einkaufsmanagerindex und Konsumenten-zuversicht).

Quellen: Markt; Eurostat; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2025.

© DIW Berlin 2025

Der Arbeitsmarkt bleibt über den Prognosezeitraum eine zentrale Stütze der Konjunktur im Euroraum. Die Arbeitslosenquote lag im April unverändert bei historisch niedrigen 6,2 Prozent, wobei keine substantiellen Veränderungen in absehbarer Zeit zu erwarten sind. Das Beschäftigungswachstum schwächt sich ab, verzeichnete im ersten Quartal jedoch weiterhin einen Zuwachs von 0,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal. Die leichte Entspannung im überaus gelasteten Arbeitsmarkt trägt dazu bei, dass die Nominallöhne nicht mehr ganz so stark, aber immer noch stärker als die Inflation zulegen. Dadurch steigen die Reallöhne weiterhin, was den privaten Konsum vor allem über das laufende Jahr stützen dürfte.

Der harmonisierte Verbraucherpreisindex lag im Mai mit 1,9 Prozent leicht unter dem Zwei-Prozent-Ziel der EZB. Stiegen die Preise im Jahr 2024 noch um 2,4 Prozent, ist für das laufende Jahr eine Gesamtjahresrate von 2,2 Prozent zu erwarten. Im Jahr 2026 dürfte die Inflation bei 2,0 Prozent liegen. Insbesondere die Dienstleistungspreise wirken weiterhin preistreibend: Sie nahmen im Mai um 3,9 Prozent zu. Dies lässt auch die Kernrate auf einem weiterhin erhöhten Niveau von 2,7 Prozent verharren. Dem wirken die Energiepreise entgegen, die zuletzt um 3,6 Prozent sanken. Es ist davon auszugehen, dass die Energiepreise weiterhin inflationsdämpfend sein werden. Ein maßgeblicher Indikator dafür sind die mit der Ankündigung der US-Zölle am „Liberation Day“ eingebrochenen Ölpreise, aber auch die zuletzt stark gesunkenen Gaspreise.

Dieser Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass die Senkung der Leitzinsen im Juni um 25 Basispunkte der finale Zinsschritt über den Prognosezeitraum war (Kasten 2). Somit dürfte das Zinsniveau nun eine neutrale Ausrichtung erreicht haben und die Inflation nicht beeinflussen. Ein Rückgang der kurzfristigen Zinsen um zwei Prozentpunkte innerhalb eines Jahres hat spürbar günstigere Finanzierungsbedingungen geschaffen. Das dürfte maßgeblich zur verbesserten Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe, die im Mai auf den höchsten Stand seit Mitte 2022 stieg, und den zunehmenden privaten Investitionen beigetragen haben. Insbesondere Spanien und Deutschland profitierten im ersten Quartal davon, in Frankreich stagnierte die Investitionstätigkeit jedoch. Die rückläufigen Investitionen in den Niederlanden dürften den hohen Raten im Vorquartal geschuldet sein. Im laufenden Jahr werden sich die Investitionen wohl trotz der Unsicherheit über die Handelspolitik allmählich erholen. Im kommenden Jahr dürften die Fiskalprogramme eine zusätzliche positive Wirkung entfalten.

Bis zum Ende des Prognosehorizonts dürfte die Finanzpolitik im Euroraum insgesamt leicht expansiv ausgerichtet sein und dabei im kommenden Jahr maßgeblich durch das deutsche Sondervermögen für Infrastruktur getragen werden. Demgegenüber dürften Impulse für den Euroraum, die aus der Lockerung der europäischen Fiskalregeln zur Unterstützung von Verteidigungsausgaben entstehen, für das Jahr 2026 gering ausfallen. Das aggregierte Defizit der Haushalte im Euroraum lag im Jahr 2024 bei 3,1 Prozent in

Relation zum BIP, im Vergleich zum Vorjahr sank damit das Defizit um 0,4 Prozentpunkte. Die Staatsverschuldung ist hingegen leicht gestiegen und lag Ende 2024 bei 87,4 Prozent des BIP. Unter den großen Mitgliedsländern liegen vor allem Italien und Frankreich deutlich über der vorgesehenen 60-Prozent-Marke. In Frankreich wurden daher zu Beginn des Jahres Austeritätsmaßnahmen in Form von Steuererhöhungen und neuen Abgaben beschlossen. Das von Deutschland beschlossene Sondervermögen für Infrastruktur sowie die Lockerung der nationalen Fiskalregeln zur Stützung von Militärausgaben dürften ab 2026 auch positive Effekte für andere Mitgliedsländer haben und die dämpfende Wirkung der US-Zölle teilweise ausgleichen. Da die Verteidigungsausgaben einen erheblichen Teil der geplanten Staatsausgaben ausmachen und unter die nationale Ausweichklausel fallen dürften, ist im Prognosezeitraum nicht damit zu rechnen, dass Deutschland mit seinen Ausgaben gegen die Fiskalregeln der EU verstößt.

Der von der Europäischen Kommission vorgestellte Plan „Readiness 2030“ sieht Anpassungen der Fiskalregeln vor, um die Finanzierung von zusätzlichen Verteidigungsausgaben zu erleichtern. Mitgliedstaaten können laut dieser Anpassung kreditfinanzierte Verteidigungsausgaben um bis zu 1,5 Prozent des BIP erhöhen. Insbesondere die Haushalte der Länder, die sich bereits in Konsolidierungsverfahren befinden, dürften hiervon profitieren, da sie bereits geplante Verteidigungsausgaben im Rahmen der neuen Fiskalregeln berücksichtigen können. Zusätzlich sollen über EU-Anleihen finanzierte Kredite in Höhe von 150 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Da die rechtliche Grundlage für den Kreditfonds derzeit noch nicht abschließend geklärt ist, bleiben die damit verbundenen zusätzlichen Mittel in der vorliegenden Prognose unberücksichtigt.

Das seit 2021 bestehende Konjunktur- und Investitionsprogramm NextGenerationEU stellt insgesamt 750 Milliarden Euro zur Förderung von Investitionen in die digitale und grüne Transformation zu Verfügung. Bisher wurde etwas mehr als die Hälfte der Mittel von den Mitgliedstaaten abgerufen. Da die Vergabeprozesse jedoch komplex und zeitaufwendig sind, ist nicht davon auszugehen, dass die gesamte verbleibende Förderung bis 2026 ausgeschüttet wird. Die expansiven Impulse dürften also für den Prognosezeitraum gering bleiben.

Alles in allem wird die Wirtschaft des Euroraums im laufenden und im kommenden Jahr wohl jeweils um 1,3 Prozent zulegen (Abbildung 10). Verglichen zur Frühjahrsprognose wurde das Wachstum des Euroraums ohne Deutschland aufgrund der hohen US-Zölle für 2025 und 2026 nach unten korrigiert. Im Euroraum mit Deutschland wurde die Wachstumsrate für das laufende Jahr angehoben. Dies ist insbesondere auf das starke erste Quartal in Irland zurückzuführen. Für das kommende Jahr bleiben die Erwartungen im Vergleich zur Frühjahrsprognose unverändert, wobei das Wachstum maßgeblich von fiskalischen Impulsen gestützt werden dürfte.

## Vereinigtes Königreich startet schwungvoll

Die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs ist im ersten Quartal 2025 mit 0,7 Prozent im Quartalsvergleich überraschend stark gewachsen. Private Investitionen und ein positiver Außenbeitrag aufgrund kräftiger Exporte trugen zur Belebung bei. Auch der private Konsum entwickelte sich robust.

Im laufenden Quartal wird die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs zunächst wohl um 0,3 Prozent weiter wachsen. Die Entwicklung dämpfen dürften die gestiegenen Hemmnisse im Handel mit den USA – trotz der jüngst erzielten Einigung. So kürzten die USA die angedrohten Zölle auf Automobilexporte aus dem Vereinigten Königreich von 25 auf zehn Prozent für die ersten 100 000 Autos. Für Autoexporte über der Quote fallen 25 Prozent Importzölle an. Zusätzlich gilt ein Basiszollsatz von zehn Prozent auf alle britischen Exporte. Im Gegenzug hat das Vereinigte Königreich Importzölle auf US-Ethanol- und Rindfleischimporte

ausgesetzt. Die Binnenwirtschaft wird sich wohl weiter robust entwickeln. Steigende Reallöhne dürften den privaten Verbrauch stützen. Allerdings hat sich die Frühindikatorik zuletzt eingetrübt. So sinkt das Konsumentenvertrauen seit Mitte des vergangenen Jahres. Auch die Einkaufsmanagerindizes zeigen im April eine Abkühlung, wenn auch der Index für Dienstleistungen mit 50,9 Punkten die Expansionschwelle von 50 zuletzt wieder überschritten hat. Die Indizes für Bau und Verarbeitendes Gewerbe befinden sich mit 47,9 und 46,4 deutlich darunter, scheinen die Talsohle jedoch durchschritten zu haben.

Im weiteren Jahresverlauf wird die Wirtschaft vermutlich merklich expandieren. Neben einer insgesamt expansiv ausgerichteten Finanzpolitik dürften die Wirtschaft die im Herbst beschlossenen Maßnahmen der Labour-Regierung stützen, die langsam wirken. Zudem hat die britische Regierung im März ihr Frühjahrsbudget veröffentlicht, das das Herbstbudget noch aufstockt. So sollen zusätzliche Investitionen von umgerechnet 2,4 Milliarden Euro in den sozialen Wohnungsbau fließen und 2,6 Milliarden Euro für Verteidigungsausgaben zusätzlich zur Verfügung stehen, die bis 2027 2,5 Prozent des BIP betragen sollen. Insgesamt dürften die Maßnahmen die Investitionstätigkeit anregen. Zur Gegenfinanzierung beinhaltet der Haushalt allerdings auch Einsparungen der Ausgaben wie Kürzungen der Entwicklungshilfe und der Sozialleistungen.

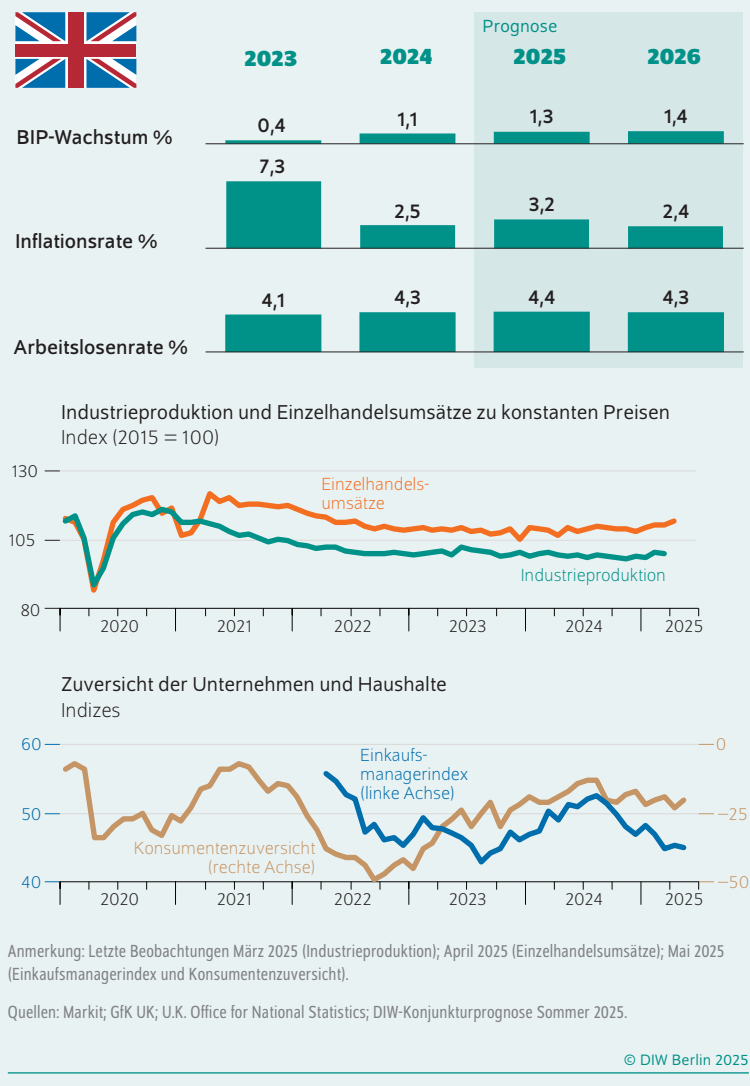
Auch eine weniger restriktiv ausgerichtete Geldpolitik und die damit einhergehenden günstigeren Finanzierungsbedingungen dürften die Investitionen stützen. Die Inflation betrug im April 3,5 Prozent. Aufgrund eines Energiepreisanstiegs und der fiskalpolitischen Maßnahmen dürfte die Teuerungsrate in den kommenden Quartalen nochmals leicht steigen, bevor sie wieder sinkt. Gegen Ende des Prognosehorizonts wird sie sich wohl um das Zentralbankziel von zwei Prozent bewegen. Es wird angenommen, dass die Zentralbank ihre Zinssenkungen zunächst noch fortführt.

Trotz bestehender Arbeitskräfteknappheit entspannt sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter. So ging die Zahl der offenen Stellen zurück. Die im April in Kraft getretene Erhöhung des Arbeitgeberanteils an der National Insurance Contributions dürfte sich leicht negativ auf die Arbeitskräftenachfrage auswirken. Alles in allem wird die Arbeitslosenquote in den kommenden Quartalen wohl leicht anziehen, bevor sie sich im nächsten Jahr wieder etwas verringern dürfte.

Somit ist mit einem Wachstum von 1,3 Prozent im Jahr 2025 und 1,4 Prozent im Jahr 2026 zu rechnen (Abbildung 11). Aufgrund eines überraschend starken Auftaktquartals wurde die Prognose für das Jahr 2025 um 0,6 Prozentpunkte nach oben revidiert. Die Prognose für das Jahr 2026 wurde um 0,1 Prozentpunkte nach unten revidiert.

Abbildung 11

### UK auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



## Mittel- und südosteuropäische Länder sind vom Zollchaos weniger direkt belastet

In Mittel- und Südosteuropa hat die positive Entwicklung in Polen und Tschechien das Wachstum getragen. Die Wirtschaftsleistung stieg im ersten Quartal in Polen um 0,7 Prozent und in Tschechien um 0,5 Prozent im Vergleich zum Vorquartal, während sie in Rumänien stagnierte und in Ungarn leicht sank. In Polen und Tschechien ging das Wachstum einher mit einer im ersten Quartal gestiegenen Industrieproduktion. Der Einkaufsmanagerindex im Verarbeitenden Gewerbe ist in Tschechien seit Jahresanfang bis einschließlich April stetig gestiegen, war im Mai allerdings wieder rückläufig und liegt weiterhin mit 48 Indexpunkten unter der Expansionschwelle; die Auftragseingänge entwickelten sich zu Beginn des zweiten Quartals positiv, nicht aber aus dem Ausland. In Polen ist dieser Index seit Februar spürbar gesunken und liegt nun mit 47,1 Punkten unter der Expansionschwelle. Auch die Auftragseingänge sind zuletzt gesunken. Insgesamt dämpft die unsichere Lage auf den internationalen Märkten auch die Auslandsnachfrage der Region. Zwar ist diese weniger stark mit den US-Märkten verflochten als andere, die ungarischen Automobilexporte in die USA sind jedoch von den US-Zöllen betroffen.

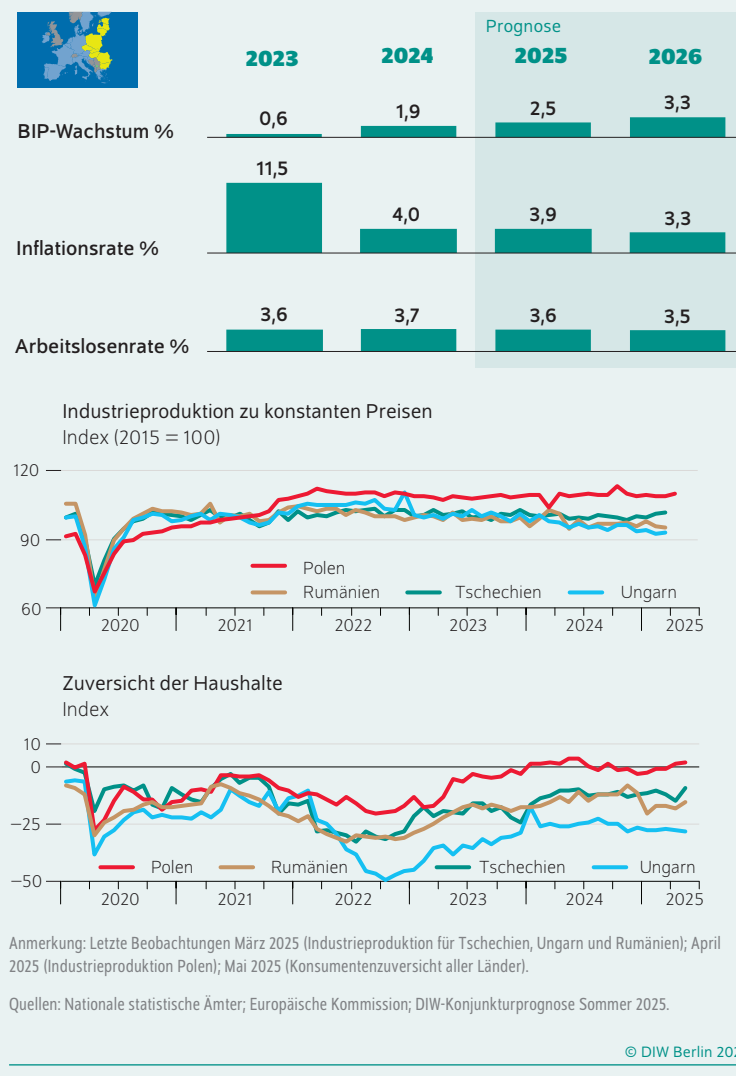
Die Lage am Arbeitsmarkt ist weiterhin robust und die Arbeitslosenrate gering. Eine Ausnahme ist Rumänien mit einer Rate von 5,5 Prozent im Frühjahr 2025. Die gestiegenen Reallöhne stärken grundsätzlich die Kauflaune der privaten Verbraucher\*innen in der Region. Bis Mai hat sich die Konsumentenzuversicht in Polen und zuletzt auch in Tschechien verbessert. Andernorts sind die Verbraucher\*innen offenbar noch zurückhaltend. Dies galt insbesondere für Ungarn. Der Konsum bleibt dennoch die wichtigste Stütze des Wachstums in der Region.

Die Inflation ist in der Region weiter gesunken, auch die Energiepreise sind zuletzt zurückgegangen. Damit nähern sich die Preissteigerungsraten den von den nationalen Zentralbanken jeweils anvisierten Zielkorridoren. Anfang Mai wurde der Leitzins von der polnischen Zentralbank um 0,5 Prozentpunkte und von der tschechischen Zentralbank um 0,25 Prozentpunkte gesenkt. Damit sind die Weichen für eine stärkere Investitionstätigkeit gestellt. Allerdings könnte die hohe Unsicherheit, insbesondere über die weitere Entwicklung in der Ukraine, die Investitionstätigkeit in der Region dämpfen.

In den öffentlichen Haushalten der Länder besteht teilweise erheblicher Konsolidierungsbedarf. Dieser ist besonders in Rumänien hoch, wo das Haushaltsdefizit von 7,9 Prozent im Jahr 2024 über einen mit der EU-Kommission vereinbarten siebenjährigen Anpassungspfad auf 2,5 Prozent im Jahr 2031 gesenkt werden soll. (Fiskal-)Reformen waren in Rumänien aufgrund der schwierigen politischen Lage vor und nach der im Dezember 2024 annullierten Präsidentschaftswahl schwierig. Mit der Wahl eines neuen Präsidenten Mitte Mai 2025 haben sich die Voraussetzungen für Reformen verbessert. In Polen hingegen bedeutet die Wahl eines EU-skeptischen Präsidenten Ende Mai voraussichtlich

Abbildung 12

## Mittel- und südosteuropäische Länder auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



die weitere Blockade innenpolitischer Reformansätze und eine erschwerte Zusammenarbeit mit der EU. Für das Land sind in der Region die höchsten finanziellen Mittel aus den EU-Fördertöpfen der bis 2027 laufenden Förderperiode vorgesehen. Diese Förderung konnte aber erst nach Beilegung der Auseinandersetzung um die Justizreform anlaufen. Bisher sind aus dem Kohäsionsfonds etwa 40 Prozent der vorgesehenen Mittel bewilligt, aber nur sieben Prozent umgesetzt worden. Grundsätzlich werden in den Ländern Mittel- und Südosteuropas als Teil der Nato-Ostflanke die Verteidigungsausgaben weiter steigen. Die Länder hatten für das Jahr 2024 die Nato-Vorgabe von zwei Prozent des BIP bereits erfüllt. Ausnahmeregelungen und die von der EU vorgesehene Security Action for Europe würden Verteidigungsausgaben über die Defizitregeln hinaus erlauben.

Insgesamt ist im laufenden Jahr mit einem Anstieg der Wirtschaftsleistung in der Region von 2,5 Prozent zu rechnen, im Jahr 2026 wird das Wachstum wohl 3,3 Prozent erreichen (Abbildung 12).

### USA: Zollchaos führt zu konjunktureller Abkühlung

In den Vereinigten Staaten ist die Wirtschaft im ersten Quartal 2025 leicht um 0,1 Prozent geschrumpft. Somit kam es gegenüber dem Vorquartal, in dem das BIP noch solide um 0,6 Prozent zulegen hatte, zu einer abrupten Abkühlung. Einen bedeutenden Einfluss hatten Vorzieheffekte im Vorfeld der befürchteten Zollerhöhungen im März und April. So haben sich die Importe im ersten Quartal um 9,0 Prozent erhöht. Im Gegenzug stiegen die Investitionen der Unternehmen und das Lager. Diese Anstiege fielen allerdings deutlich geringer aus als der Anstieg der Importe. Auch der private Konsum legte trotz dieser Vorzieheffekte nur leicht um 0,4 Prozent zu. Da die Erfassung des privaten Konsums und des Lagers auf Umfragen beruht, schlagen sich an der Grenze erfasste Importe zum Ende des Quartals möglicherweise noch nicht vollständig in den Verwendungsaggregaten nieder.

Im laufenden zweiten Quartal wird die US-Wirtschaft wohl wieder um 0,4 Prozent zulegen. Zwar lasten die geltenden erheblichen Zölle auf den US-Importen – neben einem Basiszoll von zehn Prozent für die meisten Waren werden auch höhere sektorale Zölle auf Fahrzeuge, Stahl und Aluminium erhoben. Die Aussicht auf eine erneute Verschärfung der Zölle in der zweiten Jahreshälfte dürfte US-Verbraucher\*innen jedoch wieder Einkäufe vorziehen lassen. Vorerst verbleiben die Einzelhandelsumsätze auf hohem Niveau stabil, wie die Zahlen aus dem April zeigen. Die Lage am Arbeitsmarkt bleibt mit einer Arbeitslosenquote von nur 4,2 Prozent im April solide. Die Stimmung in der Industrie zeigte sich infolge des „Liberation Day“ zunächst deutlich pessimistischer, wie die zeitweise unter die Expansionsschwelle gefallen Einkaufsmanagerindizes belegen. Im Mai haben sich die Werte jedoch erholt und signalisieren wieder etwas mehr Zuversicht.

Im weiteren Prognoseverlauf wird die US-Wirtschaft wohl vorerst eine Wachstumsdelle erleben und erst im Jahr 2026 wieder mehr Schwung aufnehmen, sofern die US-Regierung zusätzlich zu den geltenden Zollerhöhungen keine signifikanten weiteren Erhöhungen beschließen wird. Der private Konsum dürfte sich in der zweiten Jahreshälfte deutlich abschwächen, wobei erhöhte Preise und der Wegfall bereits vorgezogener Einkäufe die Entwicklung wohl eintrüben werden. Von den Unternehmensinvestitionen ist angesichts der weiterhin erhöhten Unsicherheiten vorerst kein Schub zu erwarten. Erst im kommenden Jahr ist mit einer anziehenden wirtschaftlichen Dynamik und leicht sinkenden Zinsen wieder mit etwas höheren Wachstumsraten zu rechnen.

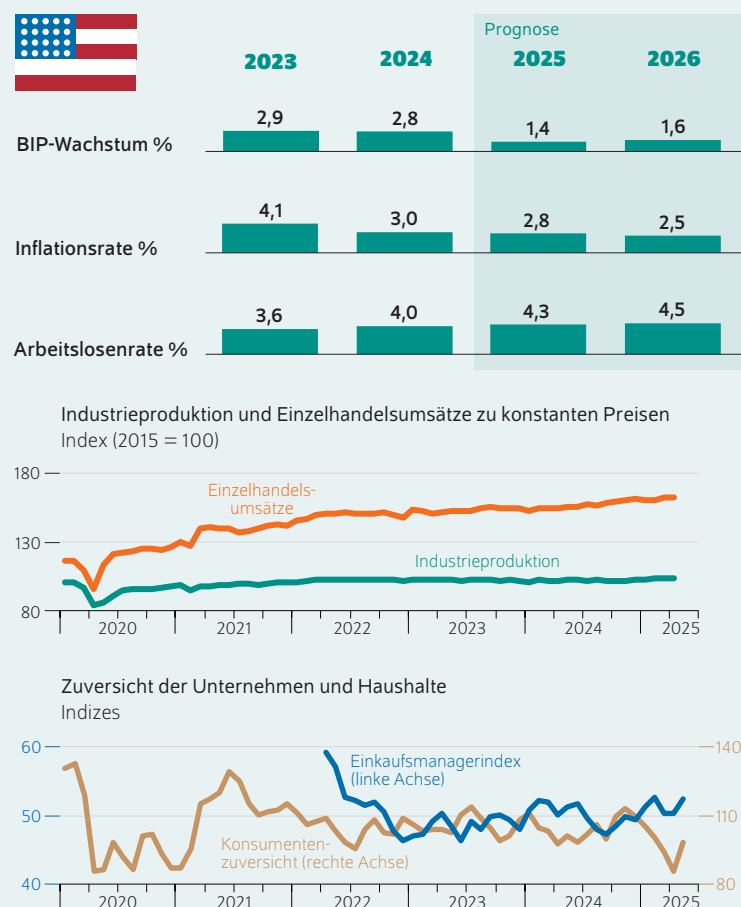
Das Defizit des Bundeshaushalts wird wohl hoch bleiben. Die angekündigten Einsparungen dürften deutlich geringer ausfallen als ursprünglich geplant. Auch von den nun höheren Zolleinnahmen ist kein deutlicher Beitrag zur Reduktion des hohen Defizits zu erwarten. Geplante Steuersenkungen dürften hingegen zu Mindereinnahmen führen. Der Schuldenstand des Bundeshaushalts liegt inzwischen bei mehr als 120 Prozent des BIP, was auch die Ratingagentur Moody's veranlasste, die Bonität der USA im Mai herabzustufen.

Bei der Geldpolitik ist vorerst keine Bewegung zu erwarten. Im April lag die Inflation zwar nur noch 2,3 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Die Zollerhöhungen drohen aber zumindest vorübergehend die Inflation wieder anzuhetzen. Im Gegenzug schwächt sich aber die wirtschaftliche Dynamik ab. Vor diesem Hintergrund dürfte die Zentralbank ihre Leitzinsen vorerst auf dem gegenwärtigen Niveau belassen. Erst gegen Jahresende ist wieder mit einer Zinssenkung zu rechnen.

Alles in allem ist dürfte die US-Wirtschaft im laufenden Jahr um 1,4 Prozent zulegen. Im Jahr 2026 ist mit 1,6 Prozent ein etwas stärkeres Wachstum zu erwarten (Abbildung 13). Die Produktionslücke dürfte sich deutlich reduzieren und zum Ende des kommenden Jahres geschlossen haben. Die Inflation wird im Jahresdurchschnitt 2025 wohl bei 2,8 Prozent liegen und 2026 leicht auf 2,5 Prozent sinken.

Abbildung 13

#### USA auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



Anmerkung: Letzte Beobachtungen April 2025 (Industrieproduktion und Einzelhandelsumsätze); Mai 2025 (Einkaufsmanagerindex und Konsumenten-zuversicht).

Quellen: Markit; The Conference Board; Federal Reserve; U.S. Census Bureau; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2025.

## China unter Druck aus dem In- und Ausland

In China ist die Wirtschaft im ersten Quartal 2025 laut amtlichen Zahlen um 1,2 Prozent im Vergleich zum Vorquartal gewachsen und somit schwächer als noch im Schlussquartal 2024. Die Binnennachfrage blieb gedämpft. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich abgekühlt, und die Löhne erhöhen sich nur noch verhalten. Zudem hat die schwelende Immobilienkrise den Wert vieler Immobilien und die Beschäftigung im Bausektor verringert, was entsprechend negative Effekte auf das Vermögen, das Einkommen und damit auch auf das Konsumverhalten vieler Haushalte hat. Schub kam von den Exporten durch Vorzieheffekte angesichts drohender US-Zölle. Dabei haben chinesische Unternehmen offenbar insbesondere über südostasiatische Länder Waren in die USA ausgeführt. Bei den Importen waren solche Vorzieheffekte nicht zu erkennen, wohl auch weil sich die inländische Nachfrage weiterhin wenig dynamisch entwickelte.

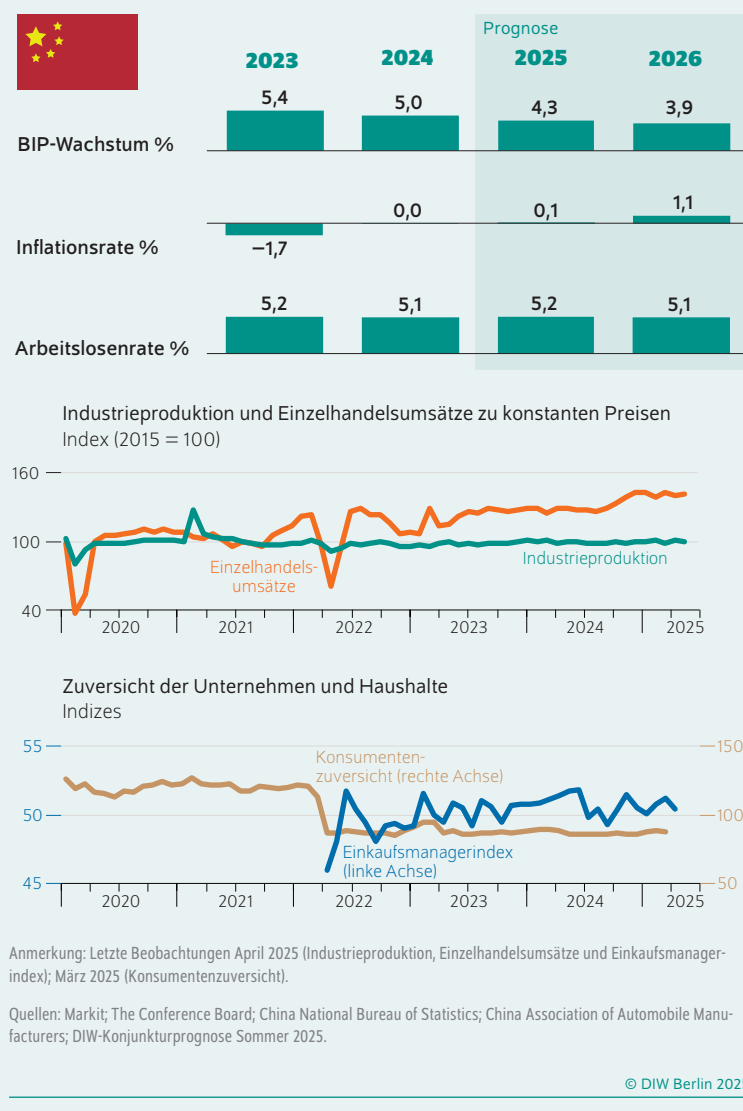
Im laufenden zweiten Quartal wird die chinesische Wirtschaft wohl bedingt durch abnehmende Exporte und einen verhaltenen Konsum etwas schwächer zulegen als im Auftaktquartal 2025. Zwar dürfte es erneut zu Vorzieheffekten bei den Exporten, weiterhin vor allem über Drittländer, kommen. Allerdings dürften sich die Ausfuhren in andere Weltregionen angesichts der schwächeren weltwirtschaftlichen Dynamik nur leicht erhöhen. Auch der private Konsum wird wohl aufgrund der anhaltenden Immobilienkrise und der damit einhergehenden Schuldenprobleme lokaler Regierungen und privater Haushalte nur verhalten wachsen. Die schleppende Expansion der Weltwirtschaft und die hohen handels- und geopolitischen Unsicherheiten dürften die Investitionen der Unternehmen dämpfen. Dementsprechend deuten auch die Stimmungsindikatoren nur auf ein gedämpftes Wachstum der Wirtschaft hin. So hat sich zuletzt der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe stark abgekühlt und notiert nun mit 48,3 Punkten unter der Expansionsschwelle von 50. Im laufenden Quartal ist somit nur mit einer Wachstumsrate von 0,7 Prozent zu rechnen.

Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die konjunkturelle Dynamik weiter abnehmen. Höhere Zölle und Unsicherheiten über deren Entwicklung werden wohl die Wirtschaft belasten. Die Exporte dürften nach dem Auslaufen der Vorzieheffekte vorübergehend rückläufig sein. Ein Wachstumstreiber wird wohl die weiterhin expansiv ausgerichtete Finanzpolitik mit dem 400 Milliarden US-Dollar schweren Konjunkturpaket sein. Insbesondere die Subventionen für die Hightech-Branche dürften die Konjunktur weiter stützen. Es bleibt abzuwarten, ob die Hilfe für die lokalen Verwaltungen den strukturellen Herausforderungen im Immobiliensektor und teilweise hohen öffentlichen Schulden entgegenwirken können.<sup>11</sup>

Die Geldpolitik wird wohl noch etwas expansiver werden, da China weiterhin mit Deflationstendenzen zu kämpfen hat. Im April ging das Preisniveau im Vergleich zum

Abbildung 14

### China auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



Vorjahresmonat um 0,1 Prozent zurück, vor allem aufgrund eines Rückgangs der Preise für Energie und Nahrungsmittel. Die Kerninflation war mit 0,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat immerhin leicht positiv. Aufgrund dieser Entwicklung und der schwächelnden Binnennachfrage wurde die Geldpolitik in China mehrmals gelockert. Weitere Senkungen der Zinssätze und der Reservevorschriften sind im laufenden Jahr zu erwarten.

Alles in allem wird das BIP im laufenden Jahr wohl nur um 4,3 Prozent zulegen und damit unter dem Fünf-Prozent-Ziel der Regierung liegen (Abbildung 14). Im Jahr 2026 dürfte das Wachstum mit 3,9 Prozent sogar noch geringer ausfallen. Die Teuerung bleibt niedrig; in den Jahren 2025 und 2026 werden die Raten bei leicht steigender Tendenz 0,1 und 1,1 Prozent betragen.

<sup>11</sup> Zu den Problemen im chinesischen Immobiliensektor vgl. Geraldine Dany-Knedlik et al. (2023): DIW-Konjunkturprognose Winter 2023. DIW Wochenbericht Nr. 50, Kasten 2, 717 (online verfügbar).

### Japan: Wirtschaft wegen Inflation und Zollkonflikt im Kriechgang

In Japan ist das BIP im ersten Quartal 2025 leicht um 0,2 Prozent im Vergleich zum Vorquartal geschrumpft, nachdem die Wirtschaft im Schlussquartal 2024 noch robust um 0,6 Prozent zugelegt hatte. Die privaten Konsumausgaben stagnierten, wohl vor allem aufgrund der hohen Inflation. Die Unternehmensinvestitionen stiegen hingegen recht dynamisch. Vor allem im Bereich der Halbleiterindustrie werden Produktionskapazitäten aufgebaut. Die Exporte gingen hingegen zurück, während die Importe zulegten. Es kam vor den Zollerhöhungen der US-Regierung offenbar nicht zu sichtbaren vorgezogenen Ausfuhren in die USA.

Im zweiten Quartal dürfte die japanische Wirtschaft noch nicht zu Wachstum zurückkehren; die Wirtschaftsleistung wird wohl nur stagnieren. Darauf deutet auch die Frühindikatorik hin: Der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe liegt unter der Schwelle von 50, die eine

Expansion anzeigt, ist aber im Trend aufwärtsgerichtet. Das stützt die Investitionen etwas. Der Dienstleistungssektor zeigte zuletzt mit einem Wert von etwas über 50 Indexpunkten eine Expansion an. Nachdem sich die Konsumentenstimmung im April deutlich eingetrübt hatte, hellte sie sich im Mai wieder leicht auf. Der private Konsum dürfte dennoch angesichts der anhaltend hohen Inflation und der Zollankündigungen der USA nur verhalten zunehmen. Auch vom Außenhandel werden im zweiten Quartal wohl kaum Impulse kommen. Das globale Wirtschaftswachstum ist gedämpft und lastet auf der Exportnachfrage. Die japanischen Automobilkonzerne bekommen zudem die US-Zölle von 25 Prozent zu spüren. Eine Einigung mit den Vereinigten Staaten im Zollstreit gestaltet sich offenbar schwierig. Drastische Zollserhöhungen – im Raum stehen weiterhin die Anfang April angekündigten zusätzlichen 24 Prozent – können nicht ausgeschlossen werden.

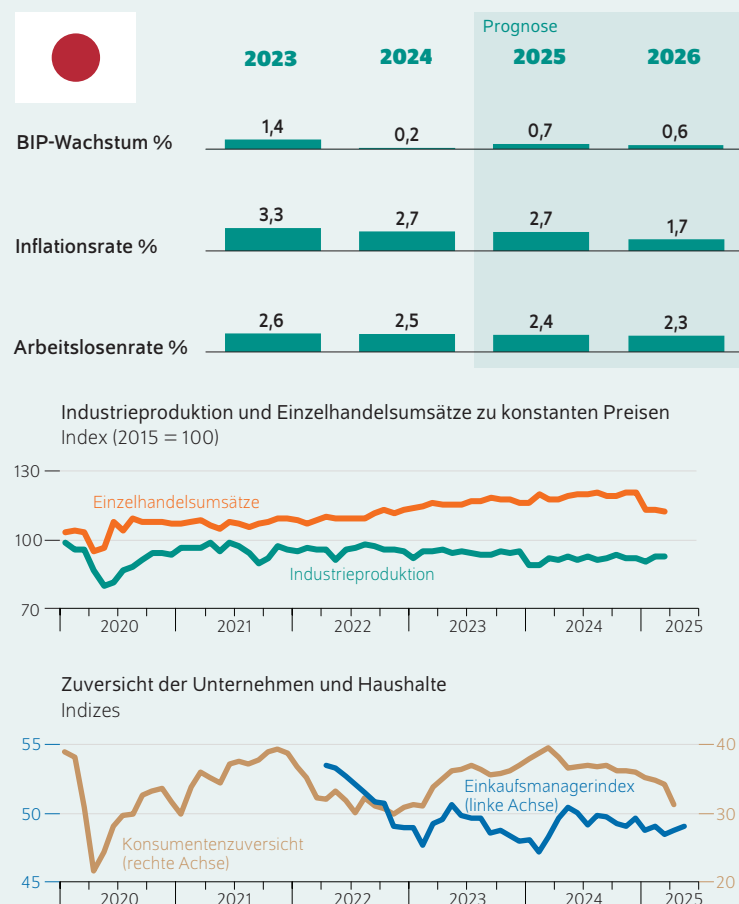
Im weiteren Prognoseverlauf wird die Wirtschaft wohl wieder etwas dynamischer zulegen. Der private Konsum dürfte die Expansion auch wieder mehr unterstützen. Der Arbeitskräftemangel und staatliche Anreize für die Erwerbstätigkeit von Frauen werden wohl die Reallöhne etwas stärker steigen lassen. Zudem lag die Arbeitslosenquote im April weiterhin bei niedrigen 2,5 Prozent. Auch von den Unternehmensinvestitionen dürften vor dem Hintergrund staatlicher Förderprogramme weiterhin solide positive Wachstumsimpulse ausgehen. Vom Außenhandel ist in den kommenden Quartalen dagegen nur wenig Schub für die japanische Wirtschaft zu erwarten.

Angesichts der höheren Inflation hat die Zentralbank die Phase der Negativzinsen im Frühjahr 2024 beendet und seither ihre Zinsen schrittweise auf 0,5 Prozent erhöht. Die Inflation ist in diesem Zeitraum aber weiter gestiegen und lag im April 3,6 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Angesichts der schwächelnden Konjunktur ist aber damit zu rechnen, dass es erst zum Jahresende zu einer weiteren Zinserhöhung kommen wird. Erst im Jahr 2026 dürfte das Zwei-Prozent-Ziel der Zentralbank erreicht werden. Leicht stützend auf die Konjunktur dürften weiterhin fiskalische Maßnahmen wirken. Zur Abfederung der negativen Effekte der US-Zollpolitik wurde ein weiteres Fiskalpaket angekündigt. Erst Ende 2024 hatte die Regierung das letzte Konjunkturpaket verabschiedet. So verbilligen Subventionen die Energie, und steuerliche Anreize fördern Investitionen in die Halbleiterproduktion sowie Forschung und Entwicklung. Das Paket beinhaltet auch steuerliche Anreize, um angesichts des Arbeitskräftemangels die bislang niedrige Erwerbsbeteiligung von Frauen zu fördern.

Das BIP dürfte im laufenden Jahr wohl nur um 0,7 Prozent zulegen (Abbildung 15). Die Prognose liegt somit um 0,5 Prozentpunkte unter der Frühjahrsprognose. Auch im Jahr 2026 wird das Wachstum nur moderat um 0,6 Prozent zulegen, und die Produktionslücke wird voraussichtlich leicht negativ bleiben. Die Inflation bleibt im laufenden Jahr noch deutlich erhöht bei 2,7 Prozent und wird erst im kommenden Jahr unter zwei Prozent sinken.

Abbildung 15

#### Japan auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



Anmerkung: Letzte Beobachtungen März 2025 (Industrieproduktion und Einzelhandelsumsätze); Mai 2025 (Einkaufsmanagerindex); April 2025 (Konsumenten-zuversicht).

Quellen: Markt; The Conference Board; Japanese Ministry of Economy, Trade and Industry; DIW-Konjunkturprognose Sommer 2025.

© DIW Berlin 2025

**Geraldine Dany-Knedlik** ist Leiterin des Bereichs Prognose und Konjunkturpolitik in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | [gdanyknedlik@diw.de](mailto:gdanyknedlik@diw.de)

**Guido Baldi** ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | [gbaldi@diw.de](mailto:gbaldi@diw.de)

**Nina Maria Brehl** ist Expertin für den Euroraum und Verbraucherpreise in Deutschland und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | [nbrehl@diw.de](mailto:nbrehl@diw.de)

**Hella Engerer** ist Expertin für Mittel- und Osteuropa und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin | [hengerer@diw.de](mailto:hengerer@diw.de)

**Angelina Hackmann** ist Expertin für den deutschen Arbeitsmarkt und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | [ahackmann@diw.de](mailto:ahackmann@diw.de)

**Konstantin A. Kholodilin** ist Experte für die Potenzialschätzung und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | [kkholodilin@diw.de](mailto:kkholodilin@diw.de)

**Frederik Kurcz** ist Experte für den Euroraum und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | [fkurcz@diw.de](mailto:fkurcz@diw.de)

**Laura Pagenhardt** ist Expertin für Investitionen und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | [lpagenhardt@diw.de](mailto:lpagenhardt@diw.de)

**Jan-Christopher Scherer** ist Koordinator der Prognose für die deutsche Wirtschaft und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | [jscherer@diw.de](mailto:jscherer@diw.de)

**Teresa Schildmann** ist Expertin für die deutsche Finanzpolitik und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | [tschildmann@diw.de](mailto:tschildmann@diw.de)

**Hannah Magdalena Seidl** ist Koordinatorin der Prognose für die Weltwirtschaft und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | [hseidl@diw.de](mailto:hseidl@diw.de)

**Ruben Staffa** ist Experte für die USA und den deutschen Außenhandel und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | [rstaffa@diw.de](mailto:rstaffa@diw.de)

**Kristin Trautmann** ist Expertin für das Vereinigte Königreich und die europäische Geldpolitik und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | [ktrautmann@diw.de](mailto:ktrautmann@diw.de)

**JEL:** E32, E66, F01

**Keywords:** Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 22–24/2025:

[www.diw.de/diw\\_weekly](http://www.diw.de/diw_weekly)



## HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

### Jahresergebnisse 2024

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung		Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	3 899,6	2 620,0	469,2	810,4	–
4	– Abschreibungen	886,8	487,1	119,4	280,2	–
5	= Nettowertschöpfung <sup>1</sup>	3 012,8	2 132,9	349,7	530,2	–169,0
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 350,2	1 704,1	358,3	287,8	20,0
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	41,5	30,6	0,3	10,6	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	64,0	61,7	0,2	2,2	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	685,2	460,0	–8,7	233,9	–188,9
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 355,9	–	–	2 355,9	14,2
11	– Geleistete Subventionen	54,4	–	54,4	–	9,8
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	441,8	–	441,8	–	5,6
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	1 100,6	1 007,6	46,1	46,9	431,7
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	1 248,2	742,5	34,3	471,4	284,1
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 576,1	194,9	366,9	3 014,3	–326,5
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	539,0	128,2	–	410,8	14,8
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	553,1	–	553,1	–	0,7
18	– Geleistete Sozialbeiträge <sup>2</sup>	910,9	–	–	910,9	3,7
19	+ Empfangene Sozialbeiträge <sup>2</sup>	909,6	153,0	755,7	0,8	5,0
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	787,8	84,7	702,3	0,8	0,8
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	777,7	–	–	777,7	10,9
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	464,4	271,2	90,4	102,7	98,1
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	402,7	237,2	31,4	134,1	159,8
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 517,1	101,0	914,4	2 501,7	–267,5
25	– Konsumausgaben	3 230,6	–	960,2	2 270,4	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,7	–	57,7	–
27	= Sparen	286,4	43,3	–45,9	289,0	–267,5
28	– Geleistete Vermögenstransfers	113,6	13,2	84,4	16,1	8,4
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	91,2	50,7	20,6	19,9	30,8
30	– Bruttoinvestitionen	905,7	503,0	125,7	277,1	–
31	+ Abschreibungen	886,8	487,1	119,4	280,2	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	16,4	16,6	–0,2	–0,0	–16,4
33	= Finanzierungssaldo	228,7	48,3	–115,6	296,0	–228,7
Nachrichtlich:			–			
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 517,1	101,0	914,4	2 501,7	–267,5
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	594,9	–	594,9	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	594,9	–	–	594,9	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 517,1	101,0	319,5	3 096,6	–267,5
38	– Konsum <sup>3</sup>	3 230,6	–	365,4	2 865,3	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,7	–	57,7	–
40	= Sparen	286,4	43,3	–45,9	289,0	–267,5

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der beziehungsweise an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, also einschließlich sozialer Sachleistungen).

© DIW Berlin 2025

## HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

### Jahresergebnisse 2025

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung		Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	3 992,6	2 709,4	482,1	801,1	–
4	– Abschreibungen	915,9	509,8	123,1	283,0	–
5	= Nettowertschöpfung <sup>1</sup>	3 076,7	2 199,6	359,1	518,0	–133,9
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 436,7	1 797,3	367,7	271,8	20,4
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	42,7	31,5	0,3	10,9	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	64,2	61,8	0,2	2,2	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	661,5	432,6	–8,7	237,6	–154,3
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 442,5	–	–	2 442,5	14,6
11	– Geleistete Subventionen	55,1	–	55,1	–	9,2
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	454,1	–	454,1	–	6,2
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	1 121,1	1 020,7	50,5	49,9	452,7
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	1 281,8	766,4	34,5	480,9	290,0
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 663,8	178,3	374,4	3 111,1	–305,3
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	551,6	124,2	–	427,4	15,9
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	566,7	–	566,7	–	0,8
18	– Geleistete Sozialbeiträge <sup>2</sup>	971,6	–	–	971,6	3,9
19	+ Empfangene Sozialbeiträge <sup>2</sup>	970,3	156,5	812,9	0,8	5,2
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	835,2	87,7	746,7	0,8	0,8
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	824,7	–	–	824,7	11,3
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	474,9	275,2	94,0	105,7	103,8
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	420,6	248,3	31,8	140,6	158,1
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 612,8	96,0	945,2	2 571,7	–254,3
25	– Konsumausgaben	3 342,8	–	995,6	2 347,2	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,4	–	57,4	–
27	= Sparen	270,0	38,6	–50,4	281,8	–254,3
28	– Geleistete Vermögenstransfers	109,9	16,5	77,0	16,5	9,9
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	87,9	46,7	21,0	20,2	31,8
30	– Bruttoinvestitionen	931,6	514,1	132,2	285,3	–
31	+ Abschreibungen	915,9	509,8	123,1	283,0	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	16,2	16,4	–0,3	0,1	–16,2
33	= Finanzierungssaldo	216,2	48,1	–115,2	283,3	–216,2
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 612,8	96,0	945,2	2 571,7	–254,3
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	614,1	–	614,1	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	614,1	–	–	614,1	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 612,8	96,0	331,1	3 185,8	–254,3
38	– Konsum <sup>3</sup>	3 342,8	–	381,5	2 961,3	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,4	–	57,4	–
40	= Sparen	270,0	38,6	–50,4	281,8	–254,3

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der beziehungsweise an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, also einschließlich sozialer Sachleistungen).

© DIW Berlin 2025

## HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

**Jahresergebnisse 2026**  
Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung		Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	4 143,0	2 811,7	500,0	831,4	–
4	– Abschreibungen	948,7	528,9	126,0	293,7	–
5	= Nettowertschöpfung <sup>1</sup>	3 194,4	2 282,8	373,9	537,7	–108,8
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 522,6	1 857,2	382,7	282,7	20,8
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	45,4	33,9	0,3	11,1	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	71,8	69,0	0,2	2,7	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	698,2	460,6	–8,9	246,5	–129,7
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 528,4	–	–	2 528,4	15,0
11	– Geleistete Subventionen	62,6	–	62,6	–	9,2
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	469,3	–	469,3	–	6,8
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	1 158,6	1 051,6	55,5	51,5	465,5
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	1 325,7	791,4	35,5	498,8	295,6
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 800,4	200,5	377,7	3 222,2	–286,9
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	567,7	127,6	–	440,1	15,8
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	582,6	–	582,6	–	0,9
18	– Geleistete Sozialbeiträge <sup>2</sup>	1 009,4	–	–	1 009,4	4,1
19	+ Empfangene Sozialbeiträge <sup>2</sup>	1 008,1	160,1	847,1	0,8	5,3
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	859,1	89,3	769,0	0,8	0,8
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	848,4	–	–	848,4	11,5
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	495,5	281,8	102,3	111,3	109,0
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	435,8	257,8	33,0	145,0	168,7
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 743,6	119,6	969,3	2 654,8	–230,2
25	– Konsumausgaben	3 462,9	–	1 040,0	2 422,9	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,0	–	57,0	–
27	= Sparen	280,7	62,6	–70,7	288,9	–230,2
28	– Geleistete Vermögenstransfers	114,0	17,1	79,8	17,1	11,6
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	91,2	48,4	22,2	20,6	34,3
30	– Bruttoinvestitionen	999,2	551,1	147,3	300,8	–
31	+ Abschreibungen	948,7	528,9	126,0	293,7	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	16,1	16,3	–0,3	0,1	–16,1
33	= Finanzierungssaldo	191,3	55,4	–149,3	285,2	–191,3
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 743,6	119,6	969,3	2 654,8	–230,2
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	640,1	–	640,1	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	640,1	–	–	640,1	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 743,6	119,6	329,2	3 294,9	–230,2
38	– Konsum <sup>3</sup>	3 462,9	–	399,9	3 063,0	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,0	–	57,0	–
40	= Sparen	280,7	62,6	–70,7	288,9	–230,2

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der beziehungsweise an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, also einschließlich sozialer Sachleistungen).

© DIW Berlin 2025

## VGR-TABELLEN

### Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2025 bis 2026

	2024	2025	2026	2024		2025		2026	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
<b>1. Entstehung des Inlandsprodukts</b>									
<b>Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr</b>									
Erwerbstätige	0,2	-0,1	0,1	0,3	0,0	-0,1	-0,1	0,0	0,1
Arbeitszeit, arbeitstätig	-0,3	0,0	0,5	-1,0	0,4	0,1	0,0	0,1	1,0
Arbeitstage	-0,2	-0,3	1,0	-0,5	0,0	-1,1	0,6	0,0	1,9
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	-0,1	-0,1	0,6	-0,7	0,4	0,0	-0,1	0,1	1,1
Produktivität <sup>1</sup>	-0,1	0,4	1,0	0,4	-0,6	0,0	0,8	1,0	1,1
<b>Reales Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>-0,2</b>	<b>0,3</b>	<b>1,7</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,1</b>	<b>-0,1</b>	<b>0,7</b>	<b>1,1</b>	<b>2,3</b>
<b>2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen</b>									
<b>a) Milliarden Euro</b>									
Konsumausgaben	3 230,6	3 342,8	3 462,9	1 574,2	1 656,4	1 630,8	1 712,0	1 681,1	1 781,8
Private Haushalte <sup>2</sup>	2 270,4	2 347,2	2 422,9	1 108,5	1 161,8	1 144,9	1 202,3	1 176,3	1 246,6
Staat	960,2	995,6	1 040,0	465,7	494,6	485,9	509,7	504,8	535,2
Anlageinvestitionen	898,5	927,5	996,3	439,4	459,1	448,4	479,2	472,0	524,3
Ausrüstungen	265,3	269,8	295,9	128,6	136,7	127,6	142,2	135,7	160,2
Bauten	464,8	478,2	506,6	229,9	234,9	234,7	243,5	244,3	262,4
Sonstige Anlageinvestitionen	168,4	179,5	193,8	80,9	87,5	86,1	93,4	92,1	101,7
Vorratsveränderung <sup>3</sup>	7,2	4,0	2,9	0,1	7,1	13,9	-9,9	13,3	-10,5
Inländische Verwendung	4 136,3	4 274,4	4 462,1	2 013,6	2 122,7	2 093,1	2 181,3	2 166,5	2 295,6
Außenbeitrag	169,0	133,9	108,8	112,0	57,0	80,6	53,3	67,6	41,2
Exporte	1 799,6	1 819,8	1 841,4	910,7	888,9	908,6	911,3	909,4	932,0
Importe	1 630,6	1 686,0	1 732,5	798,7	831,9	827,9	858,0	841,8	890,8
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>4 305,3</b>	<b>4 408,2</b>	<b>4 571,0</b>	<b>2 125,6</b>	<b>2 179,6</b>	<b>2 173,7</b>	<b>2 234,6</b>	<b>2 234,1</b>	<b>2 336,8</b>
<b>b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr</b>									
Konsumausgaben	3,9	3,5	3,6	4,1	3,7	3,6	3,4	3,1	4,1
Private Haushalte <sup>2</sup>	2,9	3,4	3,2	3,0	2,9	3,3	3,5	2,7	3,7
Staat	6,1	3,7	4,5	6,6	5,6	4,3	3,1	3,9	5,0
Anlageinvestitionen	-0,2	3,2	7,4	-0,5	0,2	2,1	4,4	5,3	9,4
Ausrüstungen	-3,8	1,7	9,7	-3,1	-4,4	-0,8	4,1	6,4	12,6
Bauten	-0,3	2,9	5,9	-1,5	0,9	2,1	3,7	4,1	7,7
Sonstige Anlageinvestitionen	6,6	6,6	7,9	7,0	6,2	6,5	6,7	6,9	8,9
Inländische Verwendung	2,9	3,3	4,4	2,0	3,8	3,9	2,8	3,5	5,2
Exporte	-0,9	1,1	1,2	-0,6	-1,3	-0,2	2,5	0,1	2,3
Importe	-1,1	3,4	2,8	-3,9	1,8	3,7	3,1	1,7	3,8
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2,9</b>	<b>2,4</b>	<b>3,7</b>	<b>3,3</b>	<b>2,5</b>	<b>2,3</b>	<b>2,5</b>	<b>2,8</b>	<b>4,6</b>
<b>3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt</b>									
<b>a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro</b>									
Konsumausgaben	2 705,4	2 737,7	2 778,9	1 330,2	1 375,2	1 346,0	1 391,7	1 363,8	1 415,1
Private Haushalte <sup>2</sup>	1 885,3	1 903,5	1 926,5	926,8	958,5	934,3	969,2	943,1	983,4
Staat	820,7	834,9	853,4	403,7	417,0	412,0	422,9	421,2	432,2
Anlageinvestitionen	711,4	715,9	749,9	349,1	362,3	347,1	368,8	357,3	392,6
Ausrüstungen	226,3	225,1	240,3	109,7	116,6	106,6	118,5	110,9	129,4
Bauten	335,2	335,7	346,5	166,7	168,5	165,5	170,2	168,2	178,3
Sonstige Anlageinvestitionen	153,1	159,0	168,2	73,8	79,3	76,4	82,6	80,1	88,1
Inländische Verwendung	3 452,7	3 487,8	3 564,3	1 693,3	1 759,4	1 716,4	1 771,5	1 744,6	1 819,6
Exporte	1 499,0	1 493,0	1 501,0	761,7	737,3	746,3	746,8	742,7	758,4
Importe	1 342,4	1 360,0	1 384,4	660,5	681,8	669,4	690,6	675,3	709,2
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3 606,9</b>	<b>3 618,4</b>	<b>3 678,5</b>	<b>1 794,0</b>	<b>1 813,1</b>	<b>1 792,1</b>	<b>1 826,3</b>	<b>1 810,9</b>	<b>1 867,5</b>
<b>b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr</b>									
Konsumausgaben	1,1	1,2	1,5	0,8	1,3	1,2	1,2	1,3	1,7
Private Haushalte <sup>2</sup>	0,2	1,0	1,2	0,1	0,3	0,8	1,1	0,9	1,5
Staat	3,2	1,7	2,2	2,5	3,9	2,0	1,4	2,2	2,2
Anlageinvestitionen	-2,7	0,6	4,8	-2,9	-2,5	-0,6	1,8	2,9	6,5
Ausrüstungen	-5,4	-0,5	6,8	-4,9	-6,0	-2,9	1,7	4,0	9,2
Bauten	-3,2	0,1	3,2	-4,2	-2,2	-0,7	1,0	1,6	4,8
Sonstige Anlageinvestitionen	3,9	3,9	5,7	4,6	3,2	3,5	4,2	4,8	6,7
Inländische Verwendung	0,3	1,0	2,2	-0,9	1,5	1,4	0,7	1,6	2,7
Exporte	-1,8	-0,4	0,5	-1,0	-2,7	-2,0	1,3	-0,5	1,6
Importe	-0,7	1,3	1,8	-2,5	1,0	1,3	1,3	0,9	2,7
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>-0,2</b>	<b>0,3</b>	<b>1,7</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,1</b>	<b>-0,1</b>	<b>0,7</b>	<b>1,1</b>	<b>2,3</b>

VGR-TABELLEN

**Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland**

Vorausschätzung für die Jahre 2025 bis 2026

	2024	2025	2026	2024		2025		2026	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
<b>4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2020 = 100)</b>									
<b>Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr</b>									
Private Konsumausgaben <sup>2</sup>	2,7	2,4	2,0	3,0	2,5	2,4	2,4	1,8	2,2
Konsumausgaben des Staates	2,8	1,9	2,2	3,9	1,7	2,2	1,6	1,6	2,8
Anlageinvestitionen	2,6	2,6	2,5	2,4	2,7	2,6	2,5	2,3	2,8
Ausrüstungen	1,8	2,3	2,7	1,9	1,6	2,2	2,4	2,2	3,1
Bauten	3,0	2,7	2,6	2,8	3,3	2,8	2,6	2,4	2,8
Exporte	0,9	1,5	0,6	0,4	1,4	1,8	1,2	0,6	0,7
Importe	-0,4	2,1	1,0	-1,5	0,7	2,3	1,8	0,8	1,1
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3,1</b>	<b>2,1</b>	<b>2,0</b>	<b>3,6</b>	<b>2,6</b>	<b>2,4</b>	<b>1,8</b>	<b>1,7</b>	<b>2,3</b>
<b>5. Einkommensentstehung und -verteilung</b>									
<b>a) Milliarden Euro</b>									
Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>	3 014,3	3 111,1	3 222,2	1 473,7	1 540,6	1 525,3	1 585,8	1 571,4	1 650,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	402,6	427,5	444,2	194,6	208,1	207,3	220,1	214,9	229,3
Bruttolöhne und -gehälter	1 953,3	2 015,1	2 084,2	934,0	1 019,3	968,9	1 046,2	997,2	1 086,9
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	658,4	668,5	693,8	345,2	313,2	349,1	319,5	359,2	334,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	561,8	552,7	578,2	269,1	292,6	262,6	290,1	263,8	314,4
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>3 576,1</b>	<b>3 663,8</b>	<b>3 800,4</b>	<b>1 742,8</b>	<b>1 833,3</b>	<b>1 787,8</b>	<b>1 875,9</b>	<b>1 835,2</b>	<b>1 965,2</b>
Abschreibungen	886,8	915,9	948,7	440,8	445,9	455,2	460,7	470,2	478,5
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>4 462,8</b>	<b>4 579,7</b>	<b>4 749,0</b>	<b>2 183,7</b>	<b>2 279,2</b>	<b>2 243,1</b>	<b>2 336,6</b>	<b>2 305,4</b>	<b>2 443,7</b>
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	3 188,7	3 264,7	3 393,8	1 552,1	1 636,6	1 586,8	1 677,9	1 631,1	1 762,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	832,8	822,2	865,4	423,6	409,2	410,6	411,6	419,0	446,4
Arbeitnehmerentgelt	2 355,9	2 442,5	2 528,4	1 128,5	1 227,4	1 176,2	1 266,3	1 212,2	1 316,2
<b>b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr</b>									
Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>	4,1	3,2	3,6	4,3	3,9	3,5	2,9	3,0	4,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	5,1	6,2	3,9	5,4	4,8	6,6	5,8	3,7	4,2
Bruttolöhne und -gehälter	5,8	3,2	3,4	6,5	5,2	3,7	2,6	2,9	3,9
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	-1,3	1,5	3,8	-1,7	-0,9	1,1	2,0	2,9	4,7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-3,1	-1,6	4,6	-2,7	-3,5	-2,4	-0,9	0,5	8,4
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>2,9</b>	<b>2,5</b>	<b>3,7</b>	<b>3,1</b>	<b>2,6</b>	<b>2,6</b>	<b>2,3</b>	<b>2,6</b>	<b>4,8</b>
Abschreibungen	3,6	3,3	3,6	3,5	3,6	3,3	3,3	3,3	3,9
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>3,0</b>	<b>2,6</b>	<b>3,7</b>	<b>3,2</b>	<b>2,8</b>	<b>2,7</b>	<b>2,5</b>	<b>2,8</b>	<b>4,6</b>
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	1,8	2,4	4,0	2,2	1,4	2,2	2,5	2,8	5,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-7,8	-1,3	5,3	-7,4	-8,3	-3,1	0,6	2,0	8,5
Arbeitnehmerentgelt	5,7	3,7	3,5	6,3	5,2	4,2	3,2	3,1	3,9
<b>6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte</b>									
<b>a) Milliarden Euro</b>									
Masseneinkommen	1 971,8	2 033,8	2 097,1	948,1	1 023,7	983,6	1 050,2	1 012,4	1 084,7
Nettolöhne- und -gehälter	1 364,1	1 389,7	1 435,1	647,2	716,9	663,7	725,9	682,2	752,9
Monetäre Sozialleistungen	777,7	824,7	848,4	384,4	393,2	410,0	414,6	423,0	425,4
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen <sup>5</sup>	170,0	180,6	186,4	83,5	86,5	90,1	90,4	92,8	93,6
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	658,4	668,5	693,8	345,2	313,2	349,1	319,5	359,2	334,6
Sonstige Transfers (Saldo) <sup>6</sup>	-128,5	-130,6	-136,1	-58,8	-69,8	-64,1	-66,5	-66,8	-69,3
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>2 501,7</b>	<b>2 571,7</b>	<b>2 654,8</b>	<b>1 234,5</b>	<b>1 267,2</b>	<b>1 268,6</b>	<b>1 303,1</b>	<b>1 304,9</b>	<b>1 349,9</b>
<i>Nachrichtlich:</i>									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	57,7	57,4	57,0	28,0	29,7	27,9	29,5	27,7	29,3
Konsumausgaben	2 270,4	2 347,2	2 422,9	1 108,5	1 161,8	1 144,9	1 202,3	1 176,3	1 246,6
Sparen	289,0	281,8	288,9	154,0	135,0	151,6	130,3	156,3	132,6
Sparquote in Prozent <sup>7</sup>	11,3	10,7	10,7	12,2	10,4	11,7	9,8	11,7	9,6
<b>b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr</b>									
Masseneinkommen	6,1	3,1	3,1	6,8	5,5	3,7	2,6	2,9	3,3
Nettolöhne- und -gehälter	6,0	1,9	3,3	7,0	5,2	2,6	1,3	2,8	3,7
Monetäre Sozialleistungen	6,4	6,0	2,9	6,7	6,2	6,7	5,4	3,2	2,6
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen <sup>5</sup>	6,8	6,2	3,2	7,8	5,8	8,0	4,6	2,9	3,5
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	-1,3	1,5	3,8	-1,7	-0,9	1,1	2,0	2,9	4,7
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>4,0</b>	<b>2,8</b>	<b>3,2</b>	<b>4,3</b>	<b>3,8</b>	<b>2,8</b>	<b>2,8</b>	<b>2,9</b>	<b>3,6</b>
Konsumausgaben	2,9	3,4	3,2	3,0	2,9	3,3	3,5	2,7	3,7
Sparen	12,6	-2,5	2,5	13,1	12,0	-1,6	-3,5	3,1	1,8

## VGR-TABELLEN

### Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2025 bis 2026

	2024	2025	2026	2024		2025		2026	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
<b>7. Einnahmen und Ausgaben des Staates<sup>a</sup></b>									
<b>a) Milliarden Euro</b>									
<b>Einnahmen</b>									
Steuern	994,9	1020,9	1051,9	485,7	509,2	506,0	514,9	517,3	534,6
direkte Steuern	553,1	566,7	582,6	269,8	283,3	280,9	285,8	284,7	297,9
indirekte Steuern	441,8	454,1	469,3	215,9	225,9	225,0	229,1	232,6	236,7
Nettosozialbeiträge	755,7	812,9	847,1	365,5	390,3	395,4	417,5	410,8	436,4
Vermögenseinkommen	34,3	34,5	35,5	17,9	16,3	17,9	16,7	18,2	17,3
Laufende Übertragungen	31,4	31,8	33,0	13,9	17,6	14,2	17,6	14,8	18,2
Vermögenstransfers	20,6	21,0	22,2	9,3	11,3	9,0	11,9	9,6	12,6
Verkäufe	185,1	191,7	196,9	84,9	100,2	88,6	103,1	91,3	105,6
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
<b>Insgesamt</b>	<b>2 022,2</b>	<b>2 113,0</b>	<b>2 186,9</b>	<b>977,3</b>	<b>1 044,9</b>	<b>1 031,1</b>	<b>1 081,9</b>	<b>1 062,1</b>	<b>1 124,8</b>
<b>Ausgaben</b>									
Vorleistungen	284,2	291,3	305,5	128,7	155,5	130,5	160,8	138,0	167,5
Arbeitnehmerentgelte	358,3	367,7	382,7	173,2	185,1	179,6	188,0	185,5	197,3
Soziale Sachleistungen	392,0	413,9	431,4	193,2	198,9	206,6	207,3	213,7	217,7
Vermögenseinkommen (Zinsen)	46,1	50,5	55,5	23,0	23,1	25,3	25,2	28,1	27,4
Subventionen	54,4	55,1	62,6	25,2	29,2	24,0	31,1	28,5	34,1
Monetäre Sozialleistungen	702,3	746,7	769,0	346,9	355,4	371,2	375,5	383,4	385,5
Sonstige laufende Transfers	90,4	94,0	102,3	43,6	46,8	45,3	48,7	49,3	53,0
Bruttoinvestitionen	125,7	132,2	147,3	55,2	70,4	56,9	75,2	64,7	82,6
Vermögenstransfers	84,4	77,0	79,8	37,2	47,2	29,7	47,3	31,4	48,4
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	-0,2	-0,3	-0,3	-0,1	-0,1	-0,2	-0,1	-0,2	-0,1
Sonstige Produktionsabgaben	0,3	0,3	0,3	0,1	0,2	0,1	0,2	0,1	0,2
<b>Insgesamt</b>	<b>2 137,8</b>	<b>2 228,2</b>	<b>2 336,2</b>	<b>1 026,1</b>	<b>1 111,7</b>	<b>1 069,1</b>	<b>1 159,1</b>	<b>1 122,7</b>	<b>1 213,5</b>
Finanzierungssaldo	-115,6	-115,2	-149,3	-48,9	-66,8	-38,0	-77,2	-60,6	-88,7
<b>b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr</b>									
<b>Einnahmen</b>									
Steuern	3,5	2,6	3,0	2,9	4,1	4,2	1,1	2,2	3,8
direkte Steuern	3,7	2,5	2,8	4,1	3,4	4,1	0,9	1,3	4,3
indirekte Steuern	3,2	2,8	3,3	1,5	4,9	4,2	1,4	3,3	3,3
Nettosozialbeiträge	6,5	7,6	4,2	6,8	6,1	8,2	7,0	3,9	4,5
Vermögenseinkommen	9,2	0,8	2,8	12,4	5,9	-0,5	2,1	2,2	3,5
Laufende Übertragungen	-5,9	1,2	3,9	-5,4	-6,3	2,1	0,4	4,5	3,4
Vermögenstransfers	6,0	1,9	5,9	8,9	3,7	-2,7	5,7	6,4	5,5
Verkäufe	11,8	3,6	2,7	8,4	14,9	4,3	2,9	3,0	2,4
Sonstige Subventionen	-13,0	0,6	-2,9	-2,5	-20,4	4,9	-3,2	-2,9	-2,9
<b>Insgesamt</b>	<b>5,3</b>	<b>4,5</b>	<b>3,5</b>	<b>4,9</b>	<b>5,6</b>	<b>5,5</b>	<b>3,5</b>	<b>3,0</b>	<b>4,0</b>
<b>Ausgaben</b>									
Vorleistungen	7,7	2,5	4,9	5,8	9,3	1,4	3,4	5,7	4,2
Arbeitnehmerentgelte	6,1	2,6	4,1	7,7	4,7	3,7	1,6	3,2	4,9
Soziale Sachleistungen	8,3	5,6	4,2	8,0	8,5	7,0	4,2	3,4	5,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	26,0	9,6	9,9	33,5	19,3	10,2	9,0	10,9	8,8
Subventionen	-35,6	1,1	13,8	-40,4	-30,8	-4,9	6,3	18,9	9,8
Monetäre Sozialleistungen	6,9	6,3	3,0	7,2	6,6	7,0	5,7	3,3	2,7
Sonstige laufende Transfers <sup>9</sup>	-1,5	3,9	8,9	-1,1	-1,9	3,7	4,1	9,0	8,7
Bruttoinvestitionen	7,3	5,2	11,5	9,3	5,8	3,1	6,8	13,7	9,8
Vermögenstransfers <sup>9</sup>	13,3	-8,8	3,7	25,2	5,4	-20,1	0,2	5,9	2,3
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen <sup>9</sup>	-57,6	43,7	0,0	-56,3	-58,6	100,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Produktionsabgaben <sup>9</sup>	-9,4	-1,8	0,1	0,0	-16,7	-3,4	-0,3	0,1	0,0
<b>Insgesamt</b>	<b>5,6</b>	<b>4,2</b>	<b>4,8</b>	<b>5,9</b>	<b>5,3</b>	<b>4,2</b>	<b>4,3</b>	<b>5,0</b>	<b>4,7</b>

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Milliarden Euro.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.



MARCEL FRATZSCHER

# Merz und sein gefährlicher Irrweg in der Migrationspolitik

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.  
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.



Bundeskanzler Merz und Innenminister Dobrindt haben angekündigt, an den Zurückweisungen von Geflüchteten an der Grenze festhalten zu wollen – trotz des Gerichtsurteils zum Verbot der Zurückweisung von Asylsuchenden ohne Dublin-Verfahren. Das ist aus mehreren Gründen ein schwerer Fehler. Der Wunsch nach einer besseren Steuerung der Zuwanderung ist legitim und verständlich. Aber mit dem angekündigten Vorgehen höhlen ausgerechnet Regierungsverantwortliche unsere Demokratie aus.

Die Migrationspolitik der Union, die scheinbar auch vom Koalitionspartner SPD getragen wird, richtet aus drei Gründen erheblichen Schaden an. Auch wenn es im Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts nur um einen Einzelfall ging, rüttelt die Ankündigung, trotzdem an Zurückweisungen festhalten zu wollen, an demokratischen Grundfesten. Das Recht auf Asyl ist unmissverständlich im Grundgesetz verankert. Anstatt Brücken zu bauen und einen breiten Konsens zu finden, vertieft dieses Vorgehen die politische Spaltung in unserem Land. Merz und Dobrindt scheinen die Lehren der letzten zehn Jahre nicht verstanden zu haben: Die AfD ist die einzige Gewinnerin dieser Politik. Verlierer sind unsere Demokratie, der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Zweitens schwächt der Kurs der deutschen Migrationspolitik Europa empfindlich. Das Gericht hat angemahnt, dass die Bundesregierung sich an europäisches Recht halten muss und keinen nationalen Alleingang gehen darf. Zurückweisungen an der Grenze fallen auf unsere Nachbarländer zurück und stärken auch dort die rechten politischen Ränder. Wir sehen gerade in Polen, wohin dies führen kann – und wozu die deutsche Politik einen Beitrag leistet. Mit dieser Schwächung Europas schadet Deutschland vor allem sich selbst.

Drittens richtet die Migrationspolitik der Bundesregierung erheblichen wirtschaftlichen Schaden an. Sie wird unweigerlich dazu führen, dass qualifizierte Fachkräfte einen Bogen um Deutschland machen werden. Denn diese haben Alternativen und meiden Deutschland, da sie sehr wohl die Signale des

Nicht-Willkommenseins wahrnehmen. Menschen, die wegen Krieg, Verfolgung oder Armut nach Deutschland kommen, haben dagegen meist keine andere Wahl. Die Konsequenz ist: weiterhin ungesteuerte Zuwanderung, aber kaum gesteuerte Zuwanderung, die wir für unseren Arbeitsmarkt dringend benötigen. Viele Bereiche der Daseinsvorsorge werden darunter leiden – und damit alle Bürgerinnen und Bürger. Viele Unternehmen sind durch fehlende Fachkräfte in ihrer Existenz bedroht, was auch Arbeitsplätze für Deutsche gefährdet.

Wir brauchen daher dringend einen Kurswechsel: Erstens muss die Bundesregierung schnell und glaubwürdig kommunizieren, dass sie sich an Recht und Gesetz hält. Und dass sie Deutschlands Verantwortung in Europa – auch in der Migrationspolitik – in Zukunft besser gerecht wird. Dies erfordert ein Ende nationaler Alleingänge und die Stärkung europäischer Institutionen und Regeln. Zweitens müssen die Parteien die Migrationsdebatte wieder mit mehr Ehrlichkeit und ohne den unsäglichen Populismus der vergangenen Jahre führen. Das erfordert das Eingeständnis, dass die Zuwanderung zwar eine Herausforderung ist, aber für keines unserer großen Probleme verantwortlich ist. Demokratische Politiker\*innen sollten nicht ausschließlich über die Probleme und Gefahren, sondern viel stärker über Erfolge und Chancen der Zuwanderung sprechen. Und sie sollten den Menschen ehrlich vermitteln, dass unser Wohlstand auf dem Spiel steht. Drittens benötigen wir eine Verlagerung der Migrationspolitik – weg von dem Fokus, wie Menschen aus Deutschland ferngehalten werden können, und hin zu der Frage, wie wir die Schutzsuchenden besser in Arbeitsmarkt und Gesellschaft integrieren können.

Die Migrationspolitik der neuen Bundesregierung befindet sich auf einem gefährlichen Irrweg. Sie höhlt unsere Demokratie aus, sie schwächt Europa und sie verursacht erheblichen wirtschaftlichen Schaden. Und sie hat nur einen Gewinner: die AfD.

Der Beitrag ist am 6. Juni 2025 in einer längeren Fassung auf Zeit Online erschienen.